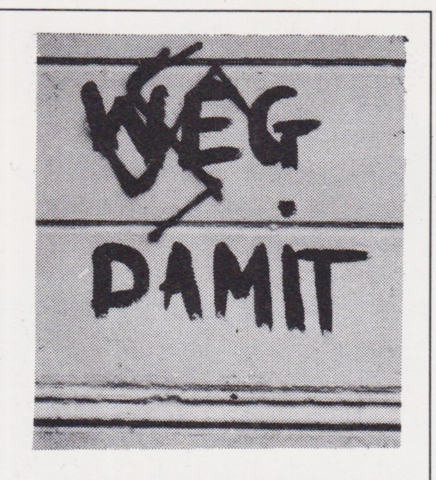
INFO 24 BLATT

Oktober/November 1993 4,– DM

... Nachfolgeorganisationen der NF und des NB ... Naziaufmarsch in Fulda ... Verein für das Deutschtum im Ausland ... Die Neue Rechte: Junge Freiheit ... Südafrika: Krieg auf kleiner Flamme ...

Herzlichen Glückwunsch...



Antifaschistisches Infoblatt

Nr. 24, Oktober/November 1993
V.i.S.d.P. und Kontaktadresse:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Eigentumsvorbehalt

Aus dem Inhalt

Zu den Sachen, die leider immer wieder zu Mißverständnissen führen.

Bei den Überweisungen auf unser Konto gibt es nach wie vor öfters Zuordnungsschwierigkeiten. Bitte deutlich schreiben, von wem und für was das Geld ist. Wenn das Geld zum Bezahlen einer Rechnung gedacht ist, bitte als Absender die Lieferadresse angeben.

Es gibt nach wie vor Probleme mit der Post. Wir wissen von mehreren Sendungen, die nicht bei uns angekommen sind. Sollten wir also auf Briefe nicht reagieren, meldet Euch bitte noch mal. Trotzdem könnt Ihr uns keine Einschreiben schicken, das gleiche gilt für Zahlungsanweisungen. Bei Bestellungen müßt Ihr die Sachen im Normalfall nach höchstens drei Wochen haben. Anfragen zu speziellen Punkten übersteigen oft unsere zeitlichen Kapazitäten. Da tut es uns leid, wenn wir teilweise sehr spät oder auch gar nicht auf alles reagieren können.

Und, sollten wir noch nicht Eure neue PLZ haben, schickt sie uns bitte zu.

Dankeschön...

Ein großes Dankeschön an alle Leute, die unser Info weiterverkaufen. Ihr sorgt dafür, daß unsere langsam, aber stetig steigende Auflage unter die Leute kommt. Dafür möchten wir uns auf diesem Wege nochmal bedanken. Wir haben uns auch ein paar Gedanken über den Weiterverkauf gemacht und sind zu dem Entschluß gekommen, daß wir unsere für WiederverkäuferInnen doch sehr unfreundlichen Preise ab jetzt etwas angenehmer gestalten werden. Die Preise bleiben zwar gleich, sämtliche Portobelastungen für die erste oder auch Nachbestellungen (nur bei Nachbestellung zum Weiterverkaufen) gehen aber auf unsere Kosten.

Ein weiteres riesiges Danke geht an die Leute, die uns in zunehmenden Maße mit Material oder ganzen Artikeln versorgen. Das Lob, was wir oft für unsere umfangreichen und gut recherchierten Berichte bekommen, möchten wir auf diesem Weg an die Leute weitergeben, die mit dafür verantwortlich sind. Auch wäre die bundesweite Berichterstattung allein von Berlin aus gar nicht machbar. Wenn wir nicht alles Material direkt in Artikeln verarbeiten oder abdrucken können, dann bitten wir um Entschuldigung. Das bedeutet dann aber nicht, daß wir es nicht gebrauchen können, nur ist unser Platz nach wie vor begrenzt.

Last but not least ein Dank an die zunehmende Zahl der AbonnentInnen und an die Leute, die uns in Form von Förderabos oder unregelmäßigen bzw. regelmäßigen Geldspenden finanziell besonders unterstützen.

VORWORT

Dem Vaterlande zum Geburtstag!

Nun befinden wir uns bereits im vierten Jahr der neuen deutschen Glücklichkeit. Von der Euphorie des einig DM–Vaterlandes ist nur noch wenig zu spüren, statt dessen hält dieses Land direkten Kurs auf die Etablierung der Traditionen Preußen- und Hitler-Deutschlands. Der nationale Grundkonsens wurde mit der Abschaffung des Asylkompromisses durchgesetzt und die Haltungen der »demokratischen Opposition«, von Gewerkschaften bis SPD, triefen von ewiggestriger Volksgemeinschaftsideologie. Die Benennung des sächsischen Rechtsaußenpolitikers, Steffen Heitmann – CDU, zum Bundespräsident-Kandidat, ist kennzeichnend für die weitere Ausrichtung der Politik. Er faselt von Überfremdung und Mutterschaftsrolle und fordert, endgültig einen Schlußstrich unter die deutsche NS-Vergangenheit zu ziehen. Nach den Jahren der nationalen Euphorie und der rassistischen Offensive wird der Sinn und Zweck deutschnationaler Politik sichtbar.

Ein Zitat aus einem Kohl-Vortrag beim Arbeitgeberpräsidenten Klaus Murmann gibt Aufschluß über die Rückbesinnung auf die Werte Preußendeutschlands: *»Aus guter Kameradschaft«* versprach er *»dem lieben Herrn Murmann«* und den *»alten Freunden Alfons Horten und Philip von Bismarck«*, daß er zum *»eisernen Sparen«* und zur Leistungsanpassung der *»Leistungskraft unserer Volkswirtschaft«* an eine veränderte Welt entschlossen ist. Um dahin zu kommen, müsse aber *»ein ungewöhnlich triviales Verständnis des Begriffes Selbstverwirklichung«* ausgemerzt und ersetzt werden *»durch Gemeinsinn«*, denn *»ohne Tugenden hat das Land keine Zukunft: Treue zu Sachen und Personen, Zuverlässigkeit, Fleiß ... Dienen-Können ist eine Grundvoraussetzung«*, die *»sehr viel mit der ökonomischen Lage des Landes zu tun«* habe, *»denn, sie (lieber Herr Murmann) können ohne geistig-moralische Grundlagen auf Dauer keine ... Marktwirtschaft gestalten.«*

Es geht an die Umsetzung der totalen Macht des Kapitals und die Mehrheit der deutschen ArbeiterInnen haben sich selbst entwaffnet, indem sie der rassistischen Hatz zustimmten. Die Gewerkschaften sehen ein, daß die ArbeiterInnen zugunsten der KapitalistInnen den Gürtel enger schnallen müssen und die größte Einzelgewerkschaft der Welt, die IG Metall, bietet schon im Vorfeld der nächsten Tarifrunde den Verzicht auf Lohnerhöhungen an. Die Kalikumpel von Bischofferode werden von ihrer Gewerkschaft IG Bergbau und Energie im Stich gelassen und nur von fortschrittlichen GewerkschaftlerInnen unterstützt. Unser allseits geliebter Stahlhelm-Politiker Kohl, der seit seiner frühen Jugend für die BASF gearbeitet hatte, macht sich für seine Gönner stark und sichert die Schließung der Kaligrube von höchster Stelle ab.

Begonnen hatte dieser Kurs nicht erst mit der deutschen Vereinigung. Die konservative Wende von 1982 hatte sich zum Ziel gesetzt, Preußendeutschland zu restaurieren und damals erkannt, daß Nationalismus vor allem für eines gut ist: Für die unbeschränkte Herrschaft und den Profit.

1981 seien nur 21% der Westdeutschen *»sehr stolz«* darauf gewesen, *»ein Deutscher zu sein«*. Das wurde von dem CDU-nahen Allensbach Institut für sehr bedenklich gehalten, denn es gebe *»Einflüsse des Nationalbewußtseins auf andere Werthaltungen, insbesondere auf die Leistungsbereitschaft im Bereich der Arbeitswelt und auf die Verteidigungsbereitschaft«* wieder.

»Ich will nicht die Luft über den Stammtischen atmen, ich will sie bestimmen.« (Wolfgang Schäuble)

Über 15.000 rassistische Anschläge und 64 Morde seit der deutschen Vereinigung sprechen eine deutliche Sprache, mit welcher Vehemenz dieser Kurs durchgesetzt worden ist. Nachdem die westliche Republik über Jahre die kleine Minderheit der Nazi-Gruppen geschützt hatte, wurden sie zum inoffiziellen Bündnispartner erhoben – die Pogrome von Rostock und Hoyerswerda und das Umgehen der Justiz mit den Naziverbrechern lassen keinen anderen Schluß zu. Im wesentlichen haben sich nicht die Nazis der konservativen Po-

Das Antifa-Info

im Abonnement:
Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonnement zu beziehen. Ihr könnt den Bestellvordruck auf der Rückseite verwenden, da dürfte eigentlich nichts schief gehen. Wichtig ist, ab welcher Ausgabe Ihr das Info haben wollt und bei den Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Außerdem müssen Abos bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Scheck oder mit Überweisung.

Besonders freuen wir uns über Förderabos, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

Nachbestellung:
Alle bereits erschienenen Ausgaben könnt Ihr nachbestellen. Ausgegangene Ausgaben sind kopiert und entsprechend teuer. Die Preise entnehmt bitte der untenstehenden Liste. Es ist immer nur die Liste aus der aktuellen Nummer zu verwenden. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

zum Weiterverkauf:
Darüber freuen wir uns besonders. Du sagst uns, wieviel Ausgaben (mindestens drei) Du haben willst und ab welcher Ausgabe, wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Die Preise stehen unten.

Preise:

Abo (fünf mal eine Ausgabe):	30,00 DM
Doppelabo (fünf mal zwei Ausgaben):	50,00 DM
zum Weiterverkaufen:	
ab drei Stück pro Ausgabe:	4,00 DM
ab fünf Stück pro Ausgabe:	3,60 DM
ab 10 Stück pro Ausgabe:	3,20 DM

(alle Preise inclusive Porto und Verpackung)

Bereits erschienene Infos:

Portokosten: 3,- DM bis fünf Stück, 5,- DM ab sechs Stück

INFO 0,	87,		1,00 DM
INFO 1,	6/87,	K,	6,00 DM
INFO 2,	12/87,		2,00DM
INFO 3,	3/88,		2,00 DM
Sondernr.,	5/88,		2,00 DM
INFO 4,	9/88,	K,	7,50 DM
INFO 5,	11/88,	K,	6,00 DM
INFO 6/7,	2/89,	K,	8,50 DM
INFO 8	5/89,		3,00 DM
INFO 9	10/89,	K,	9,50 DM
INFO 10	2/90,	K,	7,00 DM
INFO 11	5/90,		3,00 DM
INFO 12	9/90,	K,	7,00 DM
INFO 13	Win/90		3,00 DM
INFO 14	Früh/91		3,00 DM
INFO 15	Som/91	K,	7,00 DM
INFO 16	Win/91		3,00 DM
INFO 17	3/92		4,00 DM
INFO 18	5/92		4,00 DM
INFO 19	7/92		4,00 DM
INFO 20a/b,	11/92,	K,	10,50 DM
INFO 21	3/93		4,00 DM
INFO 22	5/93		4,00 DM
INFO 23	Som/93		4,00 DM

Speziell für Infoläden/Antifagruppen/Archive:
Antifa-Info Nr. 11,13,14,17,18 für 10,- DM (incl. Porto)

litik, sondern die konservative Politik hat sich den Nazis genähert. Dafür steht nicht nur der schlesienstämmige Innenminister Kanther, der die CDU für *»Republikaner wählbar machen«* will, sondern auch seine Innenstaatssekretäre, die teilweise der Braunzone zuzurechnen sind:

– Eduard Lintner ist Mitglied der revanchistischen »Sudetendeutschen Landsmannschaft« und bezeichnete 1988 die Grenzen von 1937 als Ausgangspunkt für die territoriale Ausdehnung Deutschlands (FAZ 19.2.1988).

– Horst Waffenschmidt ist Vorstandsmitglied des VERBANDes FüR DAS DEUTSCHTUM IM AUSLAND (VDA-siehe Artikel) und hat sich vor allem für die versteckte Landnahme Deutschlands in Rußland stark gemacht und die Entstehung einer deutschen Wolgarepublik gefördert.

Diesem Innenministerium wird eine herausragende Rolle zufallen, wenn es 1994 darum geht, daß Wahlkampfthema Nr.1, Innere Sicherheit, vom Zaun zu brechen. Zwar stand dieses Thema in den wöchentlichen Meinungsumfragen im August 1993 noch auf Platz 37 der politischen Themen, die als wichtig erachtet werden, aber die Regierung hat ja schon beim Asylthema gezeigt, wie der Wille der Bevölkerung manipuliert werden kann.

Die Bundeswehr hat den ersten Schritt zum militärischen Eingreifen außerhalb der deutschen Grenzen gemacht, in dem sie sich unter dem Deckmantel »humanitärer« Hilfe nach Somalia senden ließ. Noch ist das politische Gewicht Deutschlands im Weltmaßstab nicht so groß, um die Pläne der Bundeswehrführung und des Kriegsministers Volker Rühe umzusetzen, einen einseitigen Kriegseinsatz gegen die Serben zu fahren. Im NATO-Rat wurde die deutsche Initiative überstimmt und vorerst wird das deutsche Heer nicht wieder gegen Belgrad marschieren.

Um festzustellen, welcher Geist heute in der Bundeswehr weht, muß man sich nur ein Zitat des neuen Generalstabschefs Karl Naumann auf der Zunge zergehen lassen: *»Zu Ende geht eine Periode, die in der französischen Revolution von 1789 ihren Anfang hatte. ... Sie geht zu Ende, weil Ideologien, die nur leben können, wo sie mit der Mischung von Lüge und Wahrheit arbeiten können, in einer durch moderne Kommunikation vernetzten Welt keinen Platz mehr haben.«* Gemeint ist die Tradition der Aufklärung, des Humanismus und der Menschenrechte und alles was auf die Grundlagen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, aufbaut.

Das Projekt des imperialistischen Deutschland soll nach Außen und Innen mit aller Macht durchgesetzt werden. Die Kugeln, die Wolfgang Grams in Bad Kleinen trafen, waren gegen alle gerichtet, die sich dem nicht fügen wollen. Als Panne wird nicht die quasi Hinrichtung betrachtet sondern die schlechte Presse, die die Schergen der GSG 9 darauf erhielten. Dieser Staat hatte zuvor eine politische Lösung mit der RAF ausgeschlagen und mit dem Todesschuß von Bad Kleinen unterstrichen, daß es ihm nur um die Vernichtung des Widerstandes geht.

Für uns ist das alles kein Grund, die Köpfe hängen zu lassen, sondern es ist höchste Zeit, mit allen Menschen, die sich dem neuen Preußenstaat widersetzen, nach neuen Wegen zu suchen. Widerstand ist nötig und machbar. Die alten Zöpfe an der Macht verbreiten den Modergestank der Junker, die heute ihren nach 1945 enteigneten Besitz zurückverlangen, der Ludendorffs, Wilhelms und Bismarcks, der IG-Farben-Ausschwitz und der Technokraten im Stile der NS-Herrschaft. Der Kampf geht weiter und es liegt auch an uns, ob die Idee von der Befreiung des Menschen durch den Menschen von der politischen Bildfläche dieses Landes verschwindet oder nicht. Wir werden weiter gegen Ausbeutung, Faschismus, Rassismus, Patriachat und Krieg kämpfen und gleichzeitig nach einem alternativen Gesellschaftsmodell suchen. Es ist höchste Zeit, mit allen Menschen, die im In- und Ausland durch dieses neue Preußendeutschland bedroht sind, zu einem gemeinsamen Widerstand zu gelangen.

Es liegt dabei an uns, aus den Fehlern der linken Bewegungen zu lernen, um nicht in ein überkommenes K-Gruppen-Modell zurückzufallen oder andererseits sich entäuscht in sektenähnliche »linke« Gruppen abzusondern, die nur ichbezogenen elitären Blödsinn verbreiten. Den Kopf oben zu halten ist gewiß nicht leicht in einer Zeit, in der die reaktionäre Mobilisierung die Herzen und Köpfe vieler Menschen erobert hat, und viele von uns mit dem täglichen Kampf gegen die Nazibanden beschäftigt sind.

Von dem Kurs der Herrschenden dieses Landes ist auf Dauer nur Krieg und Vernichtung zu erwarten!

Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder – keine Frage!

Der Verein für das Deutschtum im Ausland in Osteuropa

Anfang Oktober 1989 veranstaltete der Verein für das Deutschtum im Ausland/VDA in Bonn einen Kongreß der Deutschen aus aller Welt. Thema: *»Eine Zukunft für die Deutschen in Südost- und Osteuropa schaffen«*. Schirmherr war Bundeskanzler Kohl, 100.000 DM standen aus Bundesmitteln für die Durchführung bereit.

Ein wegweisender Kongreß eines bis dahin mehr oder weniger vor sich hindümpelnden Vereins, über den es nicht viel mehr zu sagen gab, als daß er dem weitgefächerten Netz des Rechten Randes angehörte und sich auch vor direkten Kontakten ins faschistische Lager nicht scheute.

Der Oktober-Kongreß und seine Auswirkungen

Während des Oktober-Kongresses wurde von der Mitgliederversammlung ein neuer VDA-Verwaltungsrat gewählt. Darunter befinden sich so honorige Persönlichkeiten wie z.B. EBERHARD DIEPGEN, WILFRIED BÖHM, CDU-MdB, KARL-HEINZ HORNHUES, CDU-MdB und Mitglied der Deutschen Afrika Stiftung, der Bauunternehmer ROBERT HEITKAMP aus Herne, HANS KLEIN, CSU-MdB und Mitglied in verschiedenen Rechtsaußenorganisationen, HELMUT KOWARIK, Vorsitzender der Österreichischen Landsmannschaft, HORST SIELAFF, SPD-MdB, REINHARD OLT, der VDA Haus und Hof-Berichterstatter in der FAZ und zu guter Letzt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenministerium, HORST WAFFENSCHMIDT, CDU. Letzterer war ein Jahr zuvor von der Bundesregierung zum Beauftragten für Aussiedler ernannt worden.

Als Studenten 1991 das Auswärtige Amt um Auskunft über die Lage der deutschen Minderheiten in den osteuropäischen Ländern baten, erhielten sie die Auskunft, ihre Anfrage doch an den VDA zu richten.

Im September 1990 beauftragte das Auswärtige Amt den VDA mit der Durchführung kultureller Vorhaben zugunsten der deutschen Minderheiten in der damaligen Sowjetunion. Das Bundesinnenministerium (BMI) überträgt dem VDA die Projekt-Abwicklung - und damit verbunden deren Betreuung - für die Deutschen in der ehemaligen Sowjetunion.

Darüber hinaus ist der VDA in Polen, Tschechien, der Slowakei und Rumänien tätig. Dazu richtete er in einigen dieser Länder Büros ein. Konkret heißt dies, daß der VDA den überwiegenden Teil der Regierungsprojekte in diesen Ländern, die zugunsten der dort lebenden Deutschen bewilligt werden, abwickelt. Diese Vermittlerrolle des VDA beinhaltet aber auch die hinter den sozial-humanitären Projekten versteckte Arbeit eines Wegbereiters für Joint-Ventures bundesdeutscher Unternehmen in diesen Ländern.

Aus einem Werbebrief des VDA-Niedersachsen: *»Namhafte deutsche Großunternehmen mit Auslandsbeziehungen fördern auch aus wirtschaftlichem Eigeninteresse unsere Tätigkeiten. Die deutschen Minderheiten im westlichen wie im östlichen Ausland gehören in der Regel zu den kulturell und wirtschaftlich einflußreichen, zumindest jedoch beachtenswerten Bevölkerungsschichten. Dies ist auch aus Gründen des Exportinteresses von Bedeutung.«*

Über die VDA-Schaltstellen laufen die Kontakte zwischen bundesdeutschen Investoren und den lokalen Partnerstellen. So wickelt der VDA z.B. die Reisen des Parlamentarischen Staatssekretärs Waffenschmidt in die GUS-Länderr ab (gegen Cash in Form von Verwaltungskostenpauschale natürlich). In dessen Gefolgschaft reisen Vertreter der deutschen Wirtschaft, die nach günstigen Einsatzgebieten und Einstiegsmöglichkeiten suchen. Ebenso bereitet er die Treffen von Wirtschaftsvertretern aus den GUS-Ländern und der BRD vor. Dies sind keine ungewohnten Herausforderungen für den VDA, rekrutiert sich doch ein Großteil seiner MitgliederInnen und FörderInnen aus der Wirtschaft (wie z.B. der Bau-Großunternehmer Heitkamp)

Zu dieser neuerlichen Ostkolonisation mittels marktwirtschaftlichen Investitionspolitik zur Ankurbelung der nationalen Wirtschaft gehört auch die Gründung von Firmen. Diese dienen formal als lokale Partner. Auffällig ist allerdings, daß ihre Teilhaber entweder VDA-Organe oder -Mitarbeiter sind. Diese Tatsache beschäftigt noch immer den Bundesrechnungshof, der in seiner Überprüfung der Mittelverwaltung öf-







Alle Bilder zeigen Mitglieder des VDA

fentlicher Gelder durch den VDA vorsichtig Bedenken äußerte.

Im Interesse des Schutzes der deutschen Minderheiten, wie zum Beispiel der Rußlanddeutschen, fungiert der VDA als ideologischer Wegbereiter für bundesdeutsche Außenpolitik, für bundesdeutsche Kapitalexpansionspolitik. Unter gemeinnützigem Mäntelchen wirken seine Mitglieder, die in den politischen Parteien ebenso wie den Medien oder den Wirtschaftsvertretungen sitzen, für diese Zielvorgaben.

Um das vorher durch die Medien aufgebauschte Gespenst der *»Aussiedler-Schwemme«* aufzuhalten, wird die alte Forderung der Rußlanddeutschen nach einer autonomen Wolgarepublik aufgegriffen. Diese 'rettende Alternative' für die unterdrückte deutsche Minderheit wird den Bundesdeutschen immer wieder vorgekäut. Herausragend ist dabei Reinhard Olt, VDA-Mitglied und FAZ-Redakteur. Die jahrzehntelang reklamierten 'Menschenrechte' für die Auslandsdeutschen im Osten, die nur durch freie Entscheidung des Wohnorts und letztlich in der Zusammenführung aller Deutschen als gewährleistet galten, sind nun hinfällig, politisch überholt. Der Osten ist als Markt wieder 'frei verfügbar'. Die Revanchisten und alten 'kalten Krieger' sind sich einig. Die Aussiedlung muß in für die deutsche Wirtschaft nutzbare Bahnen gelenkt werden.

Zur Verhinderung der Aussiedlung werden Projekte initiiert, über die für die Rußlanddeutschen z.B. wirtschaftliche Selbsthilfestrukturen aufgebaut werden sollen usw. Dafür bewilligen das Innen- und Außenministerium Millionenbeträge, von denen, laut dem Sprecher der Rußlanddeutschen, H. Wormsbecher, mindestens die Hälfte in die Kassen deutscher Firmen wandert. Da werden an deutsche Firmen Gutachten über mehrere hunderttausend Mark in Auftrag gegeben oder Aufträge an deutsche Firmen vergeben, die kompetenter und billiger von russischen Firmen hätten ausgeführt werden können usw. Der VDA verstrickt sich immer mehr in der Verwaltung der Millionen und wittert Profit. Das Bundesinnenministerium macht's möglich.

Im Dezember 91 erhielt der VDA für ein Soforthilfeprogramm (Lebensmittel und Bekleidung) für die Bevölkerung in den Verwaltungsgebieten Saratow und Wolgograd innerhalb von 5 Tagen nach Bewilligung fast 29 Mio. Mark überwiesen. Der Großteil dieser Projektgelder wurde auf Festgeldkonten zwischengelagert, so daß ein Zinsgewinn zugunsten des VDA in Höhe von ca. einer Million Mark dabei heraussprang. Dieser Gewinn wurde erst zurückgezahlt, als sich der Haushaltsausschuß des Bundestages mit dem Rechnungshofbericht beschäftigte. Abgewickelt ist dieses Projekt bis Sommer 93 noch immer nicht. Dazu sagte der Präsident des Bundesrechnungshofes, Dr. Zavelberg im Sommer 92, daß es im übrigen auf der Hand lie-

ge, daß eine Institution, die bisher nur 1 Mio. DM zur Verfügung gehabt habe, nunmehr aber über mehrere Mio. DM verfügen könne, in – verständliche – Schwierigkeiten gerate. Diese Bedenken würden auch von der deutschen Botschaft in Moskau geteilt.

Das Jahr 1992 schließt der VDA mit flüssigen Mitteln in Höhe von über 50 Mio., gelagert auf verschiedenen Filialen der Deutschen Bank, ab.

Zu den vom VDA durchgeführten Projekten in Osteuropa gehört auch die Unterstützung deutschsprachiger Zeitungen, sei es durch Seminare für die JournalistInnen, durch Ausstattung mit Kommunikationstechnik oder aber durch Versorgung mit Informationen. Einige dieser Zeitungen haben sich besonders dadurch hervorgetan, daß sie auch Artikel aus dem faschistischen deutschen Blätterwald publizieren.

Der VDA, seine Geschichte und seine Verbindungen

Der sich in öffentlichen Darstellungen heute äußerst moderat gebende VDA beruft sich gerne auf seine über hundertjährige Tradition und Geschichte. Vor allem in der Weimarer Zeit wurde seine Volkstumspolitik von breiten gesellschaftlichen Kräften mitgetragen und unterstützt. VDA-Größen aus dieser Zeit setzten denn auch große Stükke auf Hitlers Volkstumsgedanken: *»Sie* (die Volksgruppen) *sind überzeugt, daß Sie* (Hitler) *dem Volkstumsgedanken, den Sie als Ordnungsprinzip Europas verkündet haben, den Einfluß verschaffen werden, der notwendig ist, um der Welt den Frieden zu geben. Außerhalb der Reichsgrenzen wird ein ununterbrochener Krieg gegen unser Volkstum geführt.«*

Die Volkstumspolitik des VDA öffnete der NSDAP außenpolitische Türen. 1939 wurde der VDA endgültig gleichgeschaltet. Auf vorbereitetem Boden konnten die NS-Agenten sich festsetzen und als 'Fünfte Kolonnen' des Hitler-Regimes die imperialistische Kriegspolitik innerhalb der auserkorenen 'Feindesländer' vorbereiten.

Nach Kriegsende war der VDA zunächst verboten. Seine Neugründung fand 1955 in München statt. Eine Namensänderung in 'VDA-Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehung im Ausland' sollte die Vergangenheit abstreifen. Ab 1981, dem Jahr des 100jährigen 'Jubiläums, trägt der Verein wieder seinen alten Namen: 'Verein für das Deutschtum im Ausland'. Die Scham war vorbei.

Enge Kontakte bestehen auch noch heute zwischen dem VDA und dem KYFFHÄUSER-VERBAND (VVDSt), was sich oftmals auch in Doppelmitgliedschaften ausdrückt. In den 50er Jahren verknüpfte THEODOR OBERLÄNDER, Vertriebenenminister, den VDA eng mit den Vertriebenenorganisationen (BdV und dessen verschiedenste Landsmannschaften). Verbindungen bestehenauch zu rechtsextremen Gesellschaften und Verbänden wie der DEUTSCHE-SÜDAFRIKA-GESELLSCHAFT, dem HILFSKOMITEE SÜDLICHES AFRIKA, der GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK, zum WITIKOBUND usw.

Wenig Berührungsängste zeigen der VDA und seine Mitglieder auch, wenn es um Veröffentlichungen von Artikeln oder Anzeigen in rechtsextremistischen Publikationen, wie z.B. 'NATION EUROPA', 'CRITICON', 'WIR SELBST', 'ECKART-SCHRIFTEN' usw. geht. ■

Hauptsächlich entnommen aus: Organisationsprofil »Verein für das Deutschtum im Ausland«, Hrsg. LUPE e.V. und Buntstift e.V., siehe Anzeige

Die Nachfolgeorganisationen der Nationalistischen Front (NF)



Der Zuge der NF 1991 in Halbe, die Fahne trägt Rene Mauritz (Königs-Wusterhausen)

Im Wettlauf mit staatlichen Verboten versucht die NF immer wieder, unter neuem Logo aufzutreten. In Berlin und Brandenburg sind sie unter dem Namen »FÖRDERWERK MITTELDEUTSCHE JUGEND, FMJ« und »SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT, SrA« aufgetaucht. Öffentlich in Erscheinung getreten ist nur die Vorfeldorganisation FMJ, die SrA als Kaderpartei blieb im Hintergrund (zur Entstehungsgeschichte des FMJ siehe Info Nr. 21). Nicht alle NF-Ortsgruppen sind nachher als FMJ aufgetreten. Die NF-Ortsgruppen bestehen jedoch weiter, die Struktur wird weiter ausgebaut und die Mitglieder geschult. Erst nach umfangreichen Schulungen werden sie wieder ins Rennen geschickt.

Der Wettlauf gegen die hilflosen Verbotsbemühungen des Staates geht weiter. Nachdem die FMJ im Visier der Öffentlichkeit stand, waren neue Namen schnell parat.

Die unterschiedlichen Aufgabenbereiche

Das FMJ hat die Aufgabe durch regionale politische Arbeit Mitglieder an die Organisation zu binden. Im Organisationsprofil der NF heißt es: *»Die sichere Grundlage der nationalrevolutionären Bewegung sind die örtlichen Basisgruppen. Wichtig ist nicht der personelle Umfang einer Gruppe, sondern die Qualität ihrer Mitglieder«*. Folglich wird auf Schulung und Erziehung der Mitglieder großen Wert gelegt, um ideologisch gefestigte Leute für die Kadergruppe zu rekrutieren. »Betreut« werden diese Ortsgruppen von Kadern der SrA.

Mehrere Gruppen einer Region werden zu Bereichen zusammengefaßt, da *»ein weitverzweigtes Netz solider örtlicher Basisgruppen in enger Koordination die nötigen Handlungsmöglichkeiten«* bereitstelle. Die Bereichsleitung setzt sich aus Kadern der SrA zusammen, diktiert die Arbeitsprogramme für die Ortsgruppen und koordiniert gemeinsame Aktivitäten.

In der SrA sind die Kader organisiert, also Leute die Führungsaufgaben und andere besonders verantwortliche Aufgaben übernehmen wie z.B. die eben erwähnte Bereichsleitung und Ortsgruppenleiter. Zu den Pflichten des Kaders gehören Schulung, Disziplin und Teilnahme an Aktionen. Die Leitung der Organisation ist in Referate und einen Organisationsleiter gegliedert (siehe Kasten).

Die Organisationsleiter

Die Organisationsleiter stehen für die direkte Nachfolge der NF. Andreas POHL aus Berlin war im Bundesvorstand der NF und ist jetzt Vorsitzender der SrA. Enno GEHRMANN aus Berlin war 3. Stellvertreter der NF und dann Vorsitzender des FMJ. Am 3.1.1993 wurde Gehrmann auf der Jahreshauptversammlung des FMJ seines Amtes enthoben, weil durch seine einschlägig bekannte NF Mitgliedschaft *»ein vereinsschädigendes Verhalten vorliegt«*, heißt es in einer Mitteilung des FMJ. Gehrmann hat viel Dreck am Stecken. Zur Zeit läuft eine Anklage gegen Gehrmann wegen Raub und Körperverletzung. Hintergrund ist der Angriff von NF-lern auf ein Ehepaar, welches gegen eine Verteilaktion der NF-ler im KZ Ravensbrück protestierte. Das Fluchtauto gehört Gehrmann.

Der als Rausschmiß getarnte Schachzug sollte Gehrmann erstmal aus dem Licht der Öffentlichkeit zerren. Seine ideologischen Ergüsse sind auch weiterhin im FMJ Blättchen ANGRIFF zu lesen. Der Nachfolger von Gehrmann wurde dann ein DEGENHARDT. Ein gewisser Olaf Degenhardt war vorher in der NF Gruppe Kremmen aktiv. Sollte es der Gleiche sein? Die letzte Vorstandscombo, LÜCK, DOBERSCHÜTZ und HANKE, sind relativ unbekannte

Der Vorstand des FMJ (Stand 27.3.93):

R. Doberschütz – Vorsitzender
K.L. Lück – Stellvertreter
M. Hanke – 2. Stellvertreter
J. Schwarz – Schatzmeister
R. Bratke – Schriftführerin
O. Biermann – Vorsitzender der Schiedskomission
F. Hahn – Beisitzer

Der Vorstand der SrA (Stand 30.9.92):

Enno Gehrmann – Berlin, Organisationsleiter
Mark Neserks – Ref. Finanzen
Jens Ohg – Kremmen, Ref. Sicherheitsdienst innen
Andreas Pohl – Berlin, Ref. Öffentlichkeitsausschuß und Medien
Sven Hansen – Schwedt, Ref. Schulung
Horst Schott – Ref. Beschaffung
Andre Läder – Ref. Sicherheitsdienst außen, (wahrscheinlich Anti-Antifa)
Sören Fähnle – Ref. Volks- und Brauchtumspflege

Vertikal ist die Organisation folgendermaßen gegliedert:
Organisationsleitung – Bereichsleitung – Gruppenführung und Gruppenmit-

Leute die das Image aufpolieren sollten.

Angriff, die Propagandazeitung des FMJ

Die Mitteilungsblatt des FMJ heißt »Angriff«. Diese Schrift ist als »unabhängige Jugendzeitung« deklariert. Weil mal wieder ein neuer Name fällig war, nennen sich die Herausgeber der Nr. 3 »Kameradschaftsverbund Mitteldeutschland«, das angegebene Postfach 67 wurde schon von der NF und dem FMJ genutzt. Der Schwerpunktbericht über den Möllner Prozeß ist nach bekannt mieser Machart gestrickt, die zwei Täter werden zu Justiz- und Medienopfern gemacht. Der Artikel über den Anwalt der türkischen Familie, Rechtsanwalt Ströbele, ist als Fahndungsbrief aufgemacht. Der *»Drahtzieher und Hintermann der antideutschen Szene«* ist mit Adresse, Bild und einer Art Lebenslauf dargestellt. Zu Solingen wird zynisch bemerkt *»... fünf Ermordete, sicher unschön«*.

Desweiteren wird in einem anderen Artikel bekanntgegeben, daß mehrere Gefangene in Luckau, Bütow und anderswo unterstützt werden. Zur Zeit sitzen in den Knästen Brandenburgs mehrere NF-ler ein.

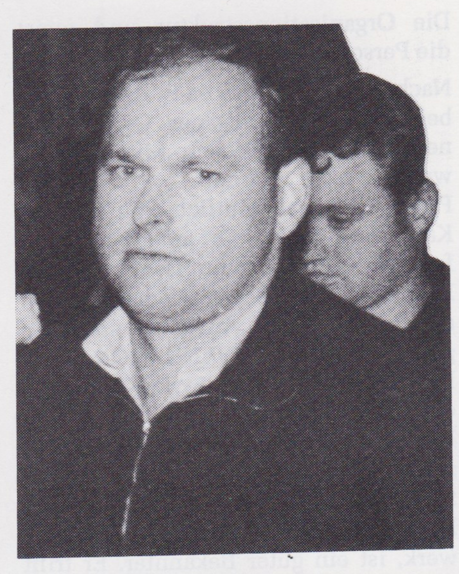
Angekündigt wird noch das Erscheinen weiterer Pamphlete, die dann von einer »DIREKTEN AKTION« zu beziehen sind.

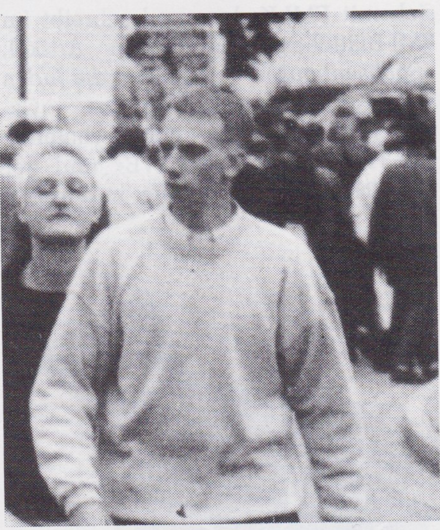
Neuste Entwicklung des FMJ seit Frühjahr 93

Vom 17.5.93 bis 22.5.93 wollte die FMJ in Dänemark ein Revisionistenkongreß abhalten. Referenten sollten die Geschichtsverdreher ZÜNDEL, IRVING, Thies CHRISTOPHERSEN und FAURISSON sein.

Die spektakulärste Aktion des FMJ in Brandenburg war im Sommer 93. Am 19.6. wurde zu einer kultigen »Sonnenwendfeier« in Altfriesack (Kreis Neuruppin) geladen. Ca. 200 Nazis aus der ganzen BRD reisten zum Teil in Uniformen, mit Nazi-Emblemen, Flaggen und Waffen an. Enno Gehrmann war wie immer mit von der Partie. Die Örtlichkeit in Altfriesack, eine Halbinsel, war generalstabsmäßig abgesichert. Quergestellte Autos versperrten die Zufahrtswege, Wachposten auf dem Festland sowie Wachboote auf dem See. Obwohl die Feier schon vorher bekannt war, fühlte sich die Polizei erst im Morgengrauen bemüßigt einzuschreiten. Gefunden wurde jede Menge Nazi Propaganda. Nach den Ereignissen in Altfriesack forderte die SPD ein Verbot der FMJ. Flugs löste sich die FMJ am 20.6.93 auf. In der Auflösungserklärung heißt es: *»dem FMJ war es nicht möglich, die faschistischen Tendenzen bei dem Großteil seiner Mitglieder zu stoppen bzw. erzieherisch auf diese einzuwirken«* (haben wir gelacht).

Vor der FMJ Auflösung wurde in einem internen Rundschreiben den Mitgliedern mit Hinweis auf den Tag X (das Parteiverbot) mitgeteilt: *»die Kameraden müßten sich bald lediglich an einen neuen Namen und neue Mitgliedsausweise gewöhnen«*. Und siehe da, eine Pressemitteilung, in gleicher Machart wie die Auflösungserklärung des FMJ, teilt mit, daß sich ein »UNABHÄNGIGER JUGENDVERBAND, UJV« gegründet hat, unterzeichnet mit CHRISTOPHEIT, Sprecher des UJV. Dieser UJV veranstaltete mit dem Nazi-Barden Frank RENNICKE in der Wuhlheide ein Konzert vor 500 Faschos. Gleichzeitig fand das Festival des Christopher Street Day in der Nähe statt. Als Bedrohungen gegen Schwule und Lesben liefen (im Sprachgebrauch der UJV als »Geschlechtsschwindler« bezeichnet), wurde das Christopher Street Day Konzert aufgelöst, obwohl ca. 2000 Leute da waren. Ansonsten ist der UJV nicht mehr aufgetaucht.





Andreas Pohl (o.) und Enno Gehrmann beide NF/SrA (s. Kasten), beide Berlin

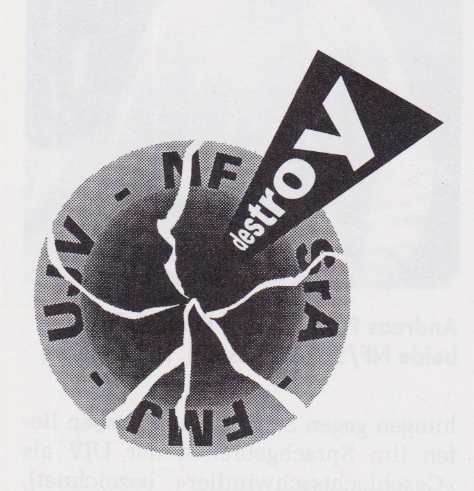
Eine neue Gruppe mit dem Namen »Direkte Aktion« hat sich angekündigt.

Einschätzung der Arbeitsweise

»Die politische Arbeit geht selbstverständlich weiter, wir machen uns von keinem Namen abhängig« heißt es in einem Schreiben des ehemaligen Vorstands an alle Mitglieder und Freunde des FMJ. Diese Einschätzung gibt auch der Artikel zur FMJ, *»Die Idealisten machen weiter«* in der Zeitung der NATIONALEN, Berlin Brandenburger, wieder. Die Strategie ist klar: durch ständig neue Namen wird versucht weiteren Verboten zu entgehen, um offiziell und legal arbeiten zu können.

Die Organisationsstruktur und meist die Personen bleiben die gleichen.

Nach der Wende gab es in der NF, wie bei allen faschistischen Organisationen, einen erheblichen Mitgliederzuwachs. Schnell wurden Personalmängel deutlich, die mittlere Kaderriege, die vor Ort anleiten und öffentlich auftreten kann, ist dünn gesät. Deshalb setzte die SrA wieder verstärkt auf Schulung der Anwärter und Mitglieder. Im HOFFMANN VON FALLERSLEBEN BILDUNGSWERK erhalten die FMJ-ler das rechte ideologische Rüstzeug. Frank SCHWERDT, Vorsitzender des Landesverband der »DEUTSCHEN LIGA« und Mitglied im Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk, ist ein guter Bekannter. Er trifft sich mit FMJ-Kadern und schreibt im FMJ-Blättchen Angriff den Artikel, *»Sachsenhausen – zündelten die Juden selbst«*. Desweiteren finden »Gesprächsabende« mit der verbotenen »NATIONALEN OFFENSIVE« und der »WIKING JUGEND« – wie in Pirna – statt.





Aufbau und Aktivitäten der Ortsgruppen in Brandenburg

Die Ortsgruppen der früheren NF und jetzigen FMJ sind von Andreas Pohl, Enno Gehrmann und Axel GRUNOW aufgebaut worden. Insgesamt beträgt die Mitgliederzahl 80 bis 100 Leute, dazugerechnet werden muß noch ein weitaus größerer Sympathisantenkreis.

Kreis Oranienburg

Die Region um Oranienburg stand schon öfter im Licht der Öffentlichkeit; der Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen, Angriffe auf Flüchtlingswohnheime, Übergriffe auf AusländerInnen und Kirmesleute bis hin zu Mord.

Hier ist die Hochburg des FMJ, der Bereich Osthavel. FMJ Gruppen gab es in Oranienburg, Kremmen, Hennigsdorf. Velten, Nauen, Neuruppin und Falkensee gehören zum Einflußbereich.

Die Kremmener Gruppe war einer der ersten und aktivsten. Führende Köpfe sind Olaf Degenhardt (eventuell kurzzeitiger Nachfolger von Gehrmann), Wilko KUBIAK, Jens OHG und Werner SCHNEIDER. Die Gruppe hatte einen guten Draht zur NF Führung, öfters waren Kader aus Bielefeld da. So fand auch der außerordentliche Parteitag der NF am 8.8.92 in Kremmen statt.

Die Kremmener NF-Gruppe gab ihre eigene Lokalzeitung raus, den KREMMENER BEOBACHTER, mit Postfach 67 in Velten. Die beiden Ausgaben beschäftigten sich hauptsächlich mit Lokalpolitik und wurden in Kremmener Haushalten verteilt. Anstatt gegen die rassistischen Pamphlete vorzugehen, bat der Bürgermeister und der Stadtrat um eine Aussprache mit den Machern. Die Bedingungen für dieses Gespräch diktierte die NF. In einem Schreiben heißt es *»wir lehnen ein Gespräch unter Ausschluß der Öffentlichkeit ab. Wir haben nichts zu bereden mit grün angemalten Bolschewiken und Liberalisten«*. Zu dem Gespräch erschienen u.a. Wilko Kubiak und Nicole MIERKE mit Videokamera und filmten.

Auch praktische, bürgernahe Aktionen versuchte die NF-Gruppe durchzuführen. Am 1.Mai wollte sie mit der örtlichen Naturschutzgruppe eine Müllsammelaktion durchführen und gab Anzeigen dazu in der Lokalpresse auf. Die Naturschutzgruppe distanzierte sich davon. Im August 92 schloß sich die Kremmener mit der Hennigsdorfer NF-Gruppe zum Bereich Osthavel zusammen. Die Gruppenleitung Osthavel, Kremmen, rief zusammen mit der »Deutschen Liga« zu einer Veranstaltung gegen eine antirassistische Demo, die anläßlich des Mordes an Antonio Amadeu stattfand, auf.

Nach dem Verbot der NF gab es in Kremmen zwei Hausdurchsuchungen, bei denen Propagandamaterial und

Sven Hansen, einer der führenden Nazis in Schwedt (Foto links, mit Gehhilfe) und die Kameradschaft Kremmen im Gespräch mit dem Bürgermeister und einigen Stadtverordneten: Wilko Kubiak (rechts) und Nicole Mierke (daneben)



Waffen gefunden wurden. Der Kremmener Beobachter stellte sein Erscheinen ein, wegen der bekannten NF-Nähe.

Kurze Zeit später erscheint zwei Orte weiter eine Postille in gleicher Machart mit dem Namen »HENNIGSDORFER BEOBACHTER«. Zu beziehen ist er über das schon zu NF-Zeiten genutzte Postfach 67 in Velten und wird jetzt vom FMJ herausgegeben. In diesem Schmierblatt heißt es u.a.: »..*treibt es manche zur Prostitution. Natürlich dort wo Unmoral kein Fremdwort ist. Im Ausländerwohnheim*«. Prompt versammelten sich Nazis davor und zwei andere gingen hinein, um »ficken« zu wollen. Auffallend ist, daß die Autoren sowohl über Lokalgeschehnisse gut informiert sind, als auch mit jeder Menge interner Zahlen und Fakten jonglieren können. Diese Informationen können nur aus dem Kreis der Stadtverordneten kommen. Als Hauptlieferant gilt der CDU-Stadtverordnete GÖLLNER. Nach der Auflösung des FMJ heißt der Herausgeber des Beobachters »Direkte Aktion«, Verantwortlicher ist Marko Pfannschmidt, Fontanestr. in Hennigsdorf. Marko PFANNSCHMIDT war zuvor FMJ Stützpunktleiter in Hennigsdorf.

Eine weitere wichtige Person in der Hennigsdorfer NF-, jetzt FMJ-Szene ist ein gewisser STUMPF. Stumpf steht unter dem Verdacht, an einem Sprengstoffanschlag auf ein Auto eines Sozialarbeiters am 21.4.93 beteiligt gewesen zu sein. Die Kiste mit dem Sprengstoff soll zuvor bei ihm gesehen worden sein. Die Polizei ließ sich mit der Hausdurchsuchung erst mal Zeit und fand dann nur noch die Einladung der FMJ nach Altfriesack. Nicola Mierke, die Freundin von Stumpf, gehört mit zum alten NF/FMJ-Kreis. Sie war in Kremmen bei dem Gespräch mit den Lokalpolitikern anwesend, ihre Wohnung ist in der Neuendorfer Str. in Hennigsdorf.

In Falkensee organisierte die NF ein Konzert mit dem Nazi-Barden Frank Rennicke vor 250 Nazis. In Nauen versuchten Nazis einen Brandanschlag auf einen linken Jugendclub. Bei den Tätern wurde NF Propagandamaterial und weitere Brandsätze gefunden.

Schwedt

Ein weiteres Zentrum von FMJ Aktivitäten ist Schwedt mit Ausstrahlung ins Umland. Zuvor war hier die NF aktiv und nannte sich »NATIONALISTISCHE JUGEND SCHWEDT, NJS«. Geschult und aufgebaut wurde diese Truppe von Kai Nando BÖCKER aus Eberswalde, dem Mörder von Antonio Amadeu, und Andreas Pohl. Die NJS hat offiziell einen Raum in dem Jugendfreizeitheim HIT und wird von der Stadt zu Gesprächsrunden eingeladen, wenn es um die Belange der Jugendlichen geht. Anstatt gegen die Nazis und deren Terror vorzugehen, werden die Antifas kriminalisiert. Gleichzeitig war die Stadt übersät mit rassistischen Aufklebern der NF. Nach dem Verbot der NF waren FMJ-Aufkleber zu Hauf zu finden, an Türen von Antifas klebte »Fegt hinweg den roten Dreck«. Der »Angriff« wurde an Schulen, hauptsächlich Gymnasien, verteilt und in den Wohnblocks war u.a. gesprüht: *»Verbotene Früchte schmecken gut, Nationalismus*

Presseerklärung der Autonomen Antifa Schwedt (aas)
Kontakt über: Infoladen Bambule, z.Hd. aas, Schönhauser Allee 20, 10435 Berlin.

PRESSE-INFORMATION von Montag dem 20. September 1993
»Fascho-Terror auf Rock-Konzert«

Samstag den 18. September fand im Schwedter CAFé LISA ein Rockkonzert statt. Als Ordner waren in dem Café, das schon mehrfach Ziel faschistischer Angriffe war, u.a. auch Nazi-Skinheads eingesetzt.

Während des Konzertes sammelten sich am Café 30-40 Faschisten, unter ihnen die Führer der Schwedter NATIONALISTISCHEN FRONT (NF) bzw. ihrer Nachfolgeorganisation FÖRDERWERK MITTELDEUTSCHE JUGEND (FMJ). Sie fotografierten die Gäste des Cafés. Ein Gast wurde verbal von den Nazis bedroht. Dieser beschwerte sich bei der für die Veranstaltung verantwortlichen Vertreterin des Jugendamtes (Petra Schwarz). Die Fascho-Ordner griffen sich den jungen Mann daraufhin und warfen ihn raus. Statt ihn zu schützen, übergaben sie ihn ihren »Kameraden«.

Er wurde daraufhin von den Faschisten vor dem Café zusammengeschlagen, er flüchtete, wurde eingeholt und völlig zusammengetreten. Er liegt mit schweren Gesichtsverletzungen auf der Wachstation im Klinikum Uckermark.

Das Vorgehen der Faschisten gegen genau diesen Gast, einem links-orientierten und politisch sehr aktiven Mann, unter Anleitung der NF/FMJ-Kader, läßt auf eine vorbereitete, zielgerichtete Aktion schließen.

Die Veranstaltung war polizeilich nicht abgesichert. Warum dann noch ausgerechnet Rechtsradikale als Ordner eingesetzt wurden und warum sie den Linken den vor dem Café wartenden Faschisten ausliefern konnten, ohne daß z.B. die Vertreterin des Jugendamtes darauf reagierte, ist uns schleierhaft. Fräulein Schwarz hat sich dafür zu rechtfertigen, das Konzert liegt auch in ihrem Verantwortungsbereich, da es im Rahmen der vom Jugendamt organisierten WOCHE DER JUGEND stattfand.

Wir sehen den Vorfall auch im Zusammenhang mit dem Jugendforum vom vorhergegangenen Mittwoch, bei dem die Stadtregierung ihre »tolle« Jugendarbeit lobte, und die Probleme »Jugendgewalt« und »Rechtsextremismus« völlig verschweigen wollte. Sie präsentierte auch wieder einmal einige »gesprächsbereite« rechte Jugendliche.

Eben diese Jugendlichen jagten nach dem Treffen eine junge Frau (die gerade ein paar Journalisten die Stadt zeigen wollte) quer durch Schwedt, um sie »aufzuklatschen«.

Eben diese Jugendlichen waren auch bei der Randale beim Rockkonzert dabei!

Schwedt ist eines der bedeutendsten Zentren des organisierten Rechtextremismus in Brandenburg, und dies versucht die Stadtregierung medienwirksam z.B. mit der WOCHE DER JUGEND zu leugnen. Dafür haben sie jetzt die Quittung bekomen, der Schuß ging nach hinten los. Speziell im Jugendamt müssen Konsequenzen gezogen werden. Wir wollen nicht warten, bis wieder einer unserer Freunde zu Tode kommt.

Es gab schon genug Opfer rechtsextremistischen Terrors in unserer Stadt!

Wir fordern die Absetzung des verantwortlichen Jugendamtleites Fleischmann und die Erarbeitung schlüssiger Konzepte gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Wir bieten uns einem neuen Jugendamtsleiter dafür als Diskussionspartner an.

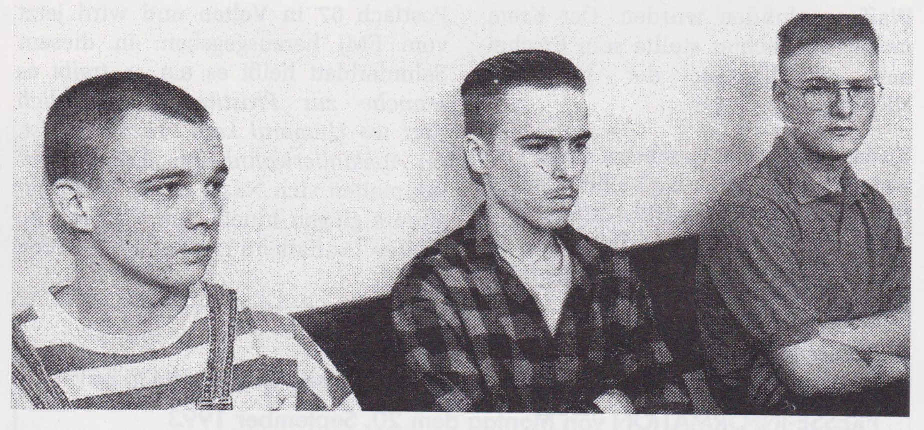
Diese Stadt hat in unverschämter Weise Rechtsradikale toleriert oder gar unterstützt, linke und alternative Jugendliche wagen sich kaum mehr auf die Straße. Wir sind gerne bereit, interessierten Medien oder politischen Stellen wietere Informationen dazu zu geben.

Autonome Antifa Schwedt









Hagen Bohrloch, KW (Foto links oben)
Silvio Jakowski, KW (Foto links)
Die Mörder des Obdachlosen Rolf Schulze: Marco Wenzel, Thomas Sdzny, Daniel Krüger (v.l.n.r. – oben)
Das Plakat links wurde kurz nach Bekanntwerden der Geldzahlungen Dolgenbrodter BürgerInnen für eine Brandstiftung des örtlichen Asylheimes in Königs-Wusterhausen verklebt.

ist auch Frauensache – Kämpft mit uns, Postadresse Velten«.

Führende Leute der FMJ sind Steffen WÜNSCH, Sören KREISEL und der schon länger bekannte Sven HANSEN. Letzterer war '91 bei dem Naziaufmarsch in Halbe und wollte Ende '91 an einer Schulung der faschistischen »DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT« von Ursula SCHAFFER teilnehmen. Die FMJ-Truppe hat ein Sympathisanten-Umfeld von ca. 50 Leuten. Auch hier findet ein beispielloser Terror gegen Antifas und Ausländer, vor allem PolInnen, statt. Das jüngste Beispiel: auf einer öffentlichen Kulturveranstaltung im Jugendcafe Mona Lisa wird ein bekannter linker Lehrer von der Bühne gezerrt, nach draußen geschleppt und dort zusammengetreten. Er liegt auf der Intensivstation des Krankenhauses.

Luckenwalde

In Luckenwalde gibt es eine vier- bis sechsköpfige FMJ-Gruppe, die über ein großes Umfeld verfügt. Der Anführer ist Michael BARTH. Gegen ihn wird zur Zeit wegen Volksverhetzung ermittelt, da er der Urheber eines extrem rassistischen Flugblatts des FMJ sein soll. Ein weiteres FMJ Mitglied ist LINDER. Er organisiert Schulungs- und Videoabende und war in Dänemark auf dem Revisionistenkongreß der FMJ '93. Treffpunkt der Faschos ist das Mitropa am Bahnhof, in dem '92 eine Mitgliederversammlung der NF stattgefunden haben soll.

Königs Wusterhausen

Hier tauchte nur einmal die Propaganda des FMJ auf. Die alten NF-Kader verlegen sich eher auf Schulungen und Strukturaufbau, wie der einschlägig bekannte NF-ler Hagen BOHRLOCH, ehemals Bereichsleitung Mitte, und Rene MAURITZ. Mehrere NF-Mitglieder aus dem Kreis KW zeichnen sich durch eine besondere Brutalität aus. Daniel KRÜGER war im Nov. 92 an der bestialischen Ermordung eines Obdachlosen beteiligt. Silvio JAKOWSKI steht unter Verdacht, im Auftrag der örtlichen Bürgerinitiative das Flüchtlingswohnheim in Dolgenbrodt angezündet und dafür 2000 DM erhalten zu haben. Ein weiterer tatkräftiger Unterstützter der BI war Marko SCHMIDT. Auf dem Gelände seines Vaters, Wolfgang WENDLAND, fand ein als Geburtstagsparty getarntes Faschokonzert mit der Gruppe »Kahlkopf« statt. Die ca. 500 »Gratulanten« gröhlten faschistische Parolen und hißten die Hakenkreuzflagge. Die Polizei, die darüber informiert war, hielt es lange Zeit nicht für nötig, einzuschreiten. Organisiert hat dieses Faschokonzert Carsten SZCZEPANSKI, der als Herausgeber des dumpfen Skin-Zine »UNITED SKINS« über gute Kontakte verfügt. Neuerdings werden darin die HNG Gefangenenlisten veröffentlicht, angeregt durch den Austausch mit Maik HAMPEL aus Oranienburg, HNG Beauftragter für Mitteldeutschland. Szczepanski ist schon seit längerem einschlägig bekannt. Er war der Kontaktmann und Adresse des KU KLUX KLAN in Deutschland und Chef der Berliner KKK Truppe.

Zwei Tage nachdem die Hintergründe über den Brandanschlag auf das Flüchtlingswohnheim in Dolgenbrodt bekannt wurden, tauchten im ganzen Kreis KW Plakate der »RECHTEN FRONT« und des »DEUTSCHEN FREUNDESKREIS« auf. Erstere ruft zum »Nationalen Widerstand« auf und endet mit dem Ulrike-Meinhof-Zitat: *»Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht«*. Der »Deutsche Freundeskreis« gibt vor, die Mordbrennerei a la Solingen stoppen zu wollen, bekräftigt aber gleichzeitig den Kampf gegen die *»volksverzehrende und multikulturelle Gesellschaft«*. Beide Elaborate stammen aus der Küche der NF.

Insgesamt gilt die NF als aktivste faschistische Gruppe im Land Brandenburg. Am 22. Dezember finden hier Kommunalwahlen statt. Es wird unbedingt wichtig sein, genau zu beobachten, welche faschistische Gruppierung sich zu den Wahlen aufstellen läßt, sei es als »Deutsche Liga«, »Nationalen« oder als harmlos getarnte Wählergemeinschaften. ■

Neuorganisierung und Wehrsportübungen der GdNF in Franken

In der letzten Ausgabe des Antifa Infoblatts wurde über das Verbot der GdNF-Partei NATIONALER BLOCK (NB) aus Bayern berichtet. Ein Zentrum dieser GdNF Struktur ist in und um die oberfränkische Kleinstadt Kronach. An den neueren Aktivitäten ist zu erkennen, wie wenig sich die Verbote der letzten Zeit auf die Organisierung der Kader der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF) ausgewirkt haben.



Aufmarsch des Nationalen Blocks am 1.Mai in München: Stefan Jahnel (ex-NO, AVÖ-Büro), 2.v.l.; Jürgen Sünkel (ex-NB), 3.v.l., mit Mütze; Chr. Worch (NL), 4.v.l.; Gerhard Endress (VAPO), 4.v.l.; Manfred Geith, ganz rechts

Der DEUTSCHE FREUNDESKREIS als Auffangbecken

»Es ist verboten, Ersatzorganisationen für den NATIONALEN BLOCK zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen.«, so sieht es jedenfals die Verbotsverfügung des NATIONALEN BLOCKs vom 11.6.93 vor. Wie auch schon bei den Verboten der Naziparteien NATIONALISTISCHE FRONT (NF), DEUTSCHE ALTERNATIVE (DA) und NATIONALE OFFENSIVE (NO) des letzten Jahres ließ auch in diesem Fall die Reaktion der Nazi-Kader der GdNF nicht lange auf sich warten. *»Aktivisten werden sich von diesem lächerlichen Verbot nicht beeindrucken lassen. Denn das System kann zwar Organisationen verbieten, jedoch der Geist des deutschen Nationalismus, vertreten durch den einzelnen Aktivisten, wird bald den dekadenten Liberalismus hinwegfegen.«* JÜRGEN SÜNKEL, Führungskader des NB aus Kronach (Im Ziegenwinkel) bringt damit den Hintergrund für die neuerlichen Aktivitäten der Fränkischen GdNF auf einen Nenner. Als Auffangbecken für die Aktivisten des NB fungiert der DEUTSCHE FREUNDESKREIS (DF) aus Miltenberg.

Der DF ist bereits im Dezember 1990 gegründet worden, um als Sammlungsorganisation verschiedener Naziparteien in Franken zu fungierene – das Ziel war der Aufbau einer bundesweiten Organisationsstruktur. Der sogenannte FRANKENRAT stellt das »kollektive Führungsgremium« des DF dar. In ihm sind sind leitende Mitglieder der DEUTSCHEN LIGA (DL), der WIKING JUGEND (WJ), der NPD und ihrer Jugendorganisation JN, der FAP, der verbotenen NATIONALEN OFFENSIVE (NO), des BUND FRANKENLAND und des verbotenen NATIONALEN BLOCKs (NB) vertreten. WERNER EICHINGER, der Sprecher des Frankenrats beschreibt dies als *»eine neue, bislang nicht gekannte Arbeits- und Entscheidungsform nationaler Basisdemokratie«*. Auf einem Treffen des Frankenrats unter Federführung des Nationalen Blocks am 10.4.93 in Kronach entstanden zwei Pojekte des Deutschen Freundeskreises.

Erstens wurde die ANTI-ANTIFA Franken gegründet. Als Kontaktadresse wird das Postfach der FAP Aschaffenburg angegeben. Schwerpunkte der Franken Anti-Antifa sollen in Nürnberg-Erlangen, Bayreuth, Hof, Bamberg und Aschaffenburg mit dem östlichen Rhein/Main-Gebiet sein. Im Raum Nürnberg-Erlangen ist mit SILKE WUNDERLICH bereits eine Aktivistin der Anti-Antifa Franken nach dem Pogrom in Rostock in Erscheinung getreten. Wunderlich, die bereits vom Zündel-Prozeß in München und anderen öffentlichen Anti-Antifa-Aktionen her bekannt war, hat dennoch den Versuch unternommen, sich über Monate in Nürnberger Antifa-Strukturen einzunisten. Der Versuch ging jedoch voll nach hinten los (und war sehr »aufschlußreich«). Sie gehörte dem NB-Kronach bis zu seinem Verbot an.



Silke Wunderlich (Ex-NB) probierte mehrere Monate, sich in Nürnberger Antifa-Strukturen einzuschleichen

Der Frankenrat:

Sprecher:
Werner Eichinger (Deutsche Liga), Am Ammelgraben 22, Rollbach

Geschäftsführer:
Herbert Quast (DL), Würzburg

Schriftleiter:
Stefan Brodowski (NPD/JN)

Kassenwart:
Dirk Schricker

Pressesprecher:
Jörg Fischer (Deutsche Liga)
Jürgen Schwab (ex-REP, jetzt Deutscher Freundeskreis), Georg Stang Ring 18, Amorbach

Parteiaufbau Untermain:
Klaus Baier (NPD), Miltenberg
Michael Aulbach
Falco Schüßler (FAP), Kauschrüben 1a, Großostheim

Parteiaufbau Mittelfranken:
Roland Schäder
Manfred Thiemer (NPD), Am Lärchenweg 2, Rothendorf
Hans Schwarz
Uwe Schyia (Deutsche Liga)
Peter Streubel

Weitere Mitglieder:
Uwe Meenen (NPD/Frankenbund), Würzburg
Axel Schunk (Wiking Jugend), Ballenbergring 17, Stockstadt
Frank Schulz (ex-NO)
Kai Dalek (GdnF), Oberrodach/Marktrodach
Jürgen Sünkel (GdNF), Im Ziegenwinkel, Kronach

Die Zeitung JUNGES FRANKEN

Als zweites Projekt wurde die Zeitung »JUNGES FRANKEN – Zeitung für die Sache des Volks« gegründet. Auch hier sind wieder die Kameraden des (ex)-Nationalen Blocks federführend beteiligt. Der Kronacher JÜRGEN SÜNKEL fungiert als Schriftleiter und versucht sich als Autor, wobei er von der Identität, die jedes Volk bewahren möchte, faselt und von der Angst, nicht mehr der Herr im eigenen Haus zu sein. *»Das stete Argumentieren und Agitieren in den Medien gegen unsere angebliche »Ausländerfeindlichkeit«, ist ärgerlich und verstärkt unsere Liebe zu Ausländern nicht. Wenn wir türkische Jugendliche mit Fahnen in Deutschland demonstrieren , protestieren und plündern sehen, so ärgert uns das.«*

Das Zeitungsprojekt »Junges Franken« ist das publizistische Organ des Deutschen Freundeskreises. Kein Wunder, wenn sich alle im DF organisierten Gruppen darin wiederfinden. So schreibt FALKO SCHÜßLER für die FAP über die Exekutive und Justiz im Freistaat aus der Sicht seiner Partei und jammert über die »harte« Vorgehensweise des Bayrischen Staates gegenüber Rechtsextremisten. Dabei kommt er zu dem Schluß, daß es *»mit einem System, das sich nicht einmal an seine eigene Gesetze hält (...) für einen Nationalisten keine Koexistenz geben«* kann. (Anstatt sich für die geleistete Schützenhilfe artig zu bedanken)

Für die NPD un JN galten bis vor kurzem noch proforma Abgrenzungsbeschlusse mit »bekennenden Nationalsozialisten«. Im »Jungen Franken« klappt die Zusammenarbeit ohne Schwierigkeiten. Die JN berichtet über die Aktivitäten des fränkischen Regionalvorsitzenden RAINER HATZ aus Nürnberg und bietet dabei gleich ihre neue Material- und Propagandaliste an.

Der BUND FRANKENLAND des NPD Aktivisten UWE MEENEN (Matthias Ehrenfriedstr. 43) aus Würzburg berichtet über eine gelungene Aufkleberaktion, die sogar der nationale Informationsdienst »DESG inform« für so wichtig hielt, daß er darüber berichtete. Meenens Parteifreund, der ehemalige REP-Kreisvorsitzende JÜRGEN SCHWAB aus Amorbach (Georg-Stand Ring 18) und jetziges Vorstandsmitglied des Bund Frankenland fungiert für das Junge Franken als Verantwortlicher Schriftleiter. Mit einer Anzeige in der Septemberausgabe der JUNGEN FREIHEIT bemüht er sich sichtlich um Kontakt zu den Schlips- und Kragenfaschisten der NEUEN RECHTEN.

Neben den Berichten über die einzelnen Aktivitäten der im Deutschen Freundeskreis organisierten Gruppen soll die Zeitung auch als Plattform für die Anti-Antifa Franken genutzt werden. KLAUS BEIER, NPD-Kreisvorsitzender aus Miltenberg, kündigte für die nächste Ausgabe des JUNGEN FRANKEN eine breite Veröffentlichung von AntifaschistInnen aus Franken an. Der *»ausländerfreundlichste Mitbürger Frankens«* soll nach BEIERs Ankündigung ermittelt werden. Dabei denkt er an *»ausländerfreundliche Kommunalpolitiker, Rechtsanwälte und Antifaschisten«*. Da er dafür noch Mitarbeiter bzw. Informanten sucht, kann es mit diesen Bestrebungen noch nicht so weit her sein.

Wehrsportübungen der GdNF im Frankenwald

Während die Nazis des Nationalen Blocks ihre Organisation innerhald des Deutschen Freundeskreises fortsetzen, verliefen auch die diesjährigen Vorbereitungen zum »Rudolf Hess Gedenkmarsch«, bei denen die Kronacher Faschos eine zentrale Rolle spielen, ungestört. Dazu gehörte auch eine Präsentation von Wehrsportübungen, die für führende Köpfe der GdNF am Wochenende vor dem Aufmarsch abgehalten wurde. Unter anderen waren EWALD BELA ALTHANS von der AVÖ (Althans Vertriebsmittel und Öffentlichkeitsarbeit) und die regionalen GdNF-Führer KAI »Herta« DALEK (aus Oberrodach) und Jürgen Sünkel (aus Kronach, in Ziegenwinkel) anwesend. So stellten sich dann ca. 10-15 Nazis der Kronacher Kameradschaft vor ihren Führern zum Appell auf und demonstrierten ihre »Wehrfähigkeit«.

Die Wehrsportübungen finden seit ca. einem Jahr unter dem Deckmantel von Gotchaspielen statt. Ort ist das Gelände einer stillgelegten Papierfabrik in Stadtsteinach bei Kronach. Gotcha ist eine moderne Variante von Kriegsspielen. Ausgerüstet mit Luftdruckpistolen, die Farbkugeln verschießen, versuchen sich die SpielerInnen gegenseitig zu treffen. Wer von einer Farbkugel getroffen wird, scheidet aus dem »Spiel« aus.

Bei den Gotchaspielen, die in Stadtsteinach veranstaltet werden, sind führende Kader der GdNF gesehen worden. Anwesend waren die VAPO-Leiter (Volkstreue Außerparlamentarische Opposition) GÜNTER REINTALER aus Salzburg (z. Zt. in Haft) und GERHARD ENDRES aus Wien. Endres ist bereits als Leiter des Ordnungsdien-

stes bei den jährlichen Hess-Aufmarschen aufgetreten. Im Moment ist er als Nachfolger des inhaftierten GOTTFRIED KÜSSEL als Chef der österreichischen GdNF Truppe tätig.

Freifahrtschein von der Polizei

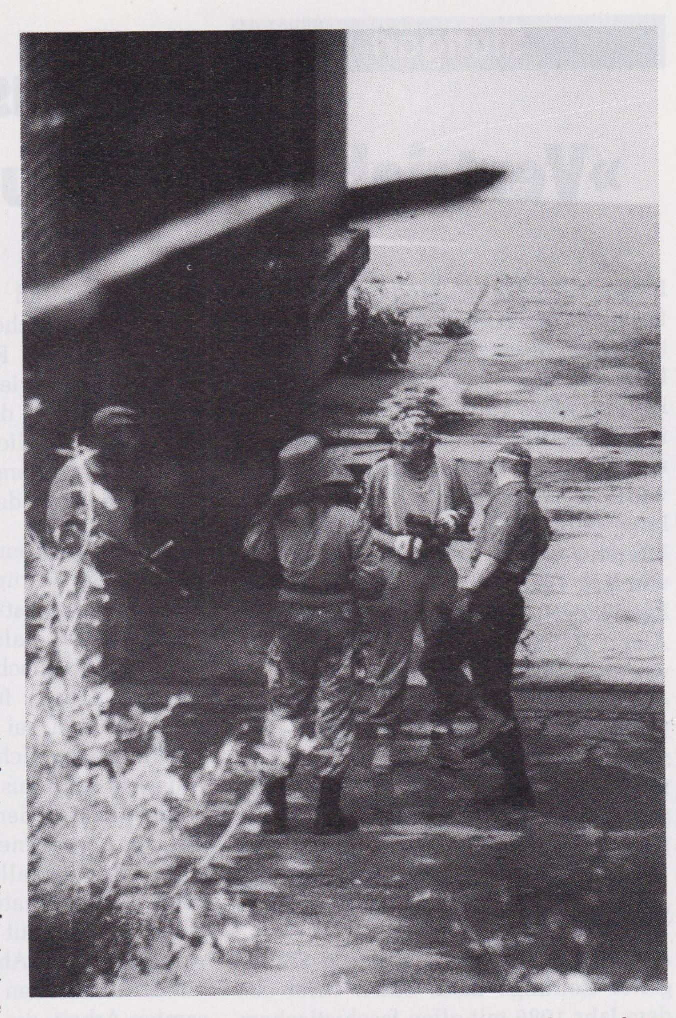
Dabei geht die Kronacher GdNF bei der Organisierung ihrer Wehrsportübungen anders vor als die VAPO, die diese laut dem Film »Wahrheit macht frei« heimlich veranstalten. Sie führt ihr Nahkampftraining zusammen mit einem Gotcha-Club aus dem benachbarten Kulmach, in dem keine Nazis organisiert sind, auf einem gemieteten Gelände durch. (Gotchaspiele sind in der BRD auf »befriedetem« Gelände, das heißt auf eingezäunten und privatem Grund erlaubt.) Dadurch erhält das Ganze einen legalen Anstrich, nach außen hin wird der Eindruck vermittelt, das hier eine unpolitische Jugendgruppe ihrem Hobby nachgeht. Diese Tarnung nimmt die örtliche Polizei dankbar auf und kommt zu der Bewertung, daß diese »Gotchaspiele« eine *»völlig unpolitische sportliche Betätigung sind«*. Dementsprechend schlägt der Leiter der Polizeiinspektion Stadtsteinach, Hauptkomissar Gerhard Koenen in einem Interview der »Bayrischen Rundschau« (24. 8. 93) den Mitgliedern des Gotcha Clubs vor, einen »Tag der offenen Tür« zu veranstalten. *»Dann können sich die Leute das ganze einmal aus der Nähe anschauen. Wenn nämlich jeder weiß, was ihr macht, dann gibt es keine Spekulationen mehr.«*

Der Besitzer der Papierfabrik

Für den Besitzer der alten Papierfabrik, WOLFGANG SCHWARZ aus Guttenberg (Schulstr. 6) gibt es keine Spekulationen mehr darüber, was auf seinem Gelände veranstaltet wird. Er hat wegen der Veröffentlichungen der Wehrsportübungen auf seinem Besitz Anzeige gegen die TAZ und die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke gestellt. Anscheinend hat er es heute eilig, sich von seiner rechtsextremen Gesinnung zu distanzieren. Noch im Juli 92 erklärte Schwarz gegenüber der »Bayrischen Rundschau« (18/19 Juli 92), daß er bereits seit fünf Jahren Kontakt zu rechtsextremen Gruppen hat. Im Moment bleibt die Frage offen, ob er direkt in die organisatorischen Zusammenhänge der Kronacher GdNF-Struktur eingebunden ist oder doch »nur« Kontakt zu Rechtsextremisten hat.

Über seine Gesinnung läßt er an anderer Stelle jedoch keinen Zweifel offen. Unter dem Namen ARBEITSGEMEINSCHAFT OBERFRÄNKISCHER BÜRGERINITIATIVEN GEGEN DEN NEUBAU VON DURCHGANGSHEIMEN gibt er Flugblätter heraus, in denen gegen den Bau eines Durchgangslagers für Aussiedler in Bayreuth gehetzt wird. Tausende von Aussiedlern und »Asylanten« würden in ein riesiges Durchgangslager kommen, dessen Bau es zu verhindern gelte. Schwarz argumentiert vorranigig mit dem Wertverlust der Häuser: *»Mit einem Durchgangslager in ihrer Nachbarschaft werden ihre Hauser und Eigentumswohnungen sehr stark an Wert verlieren. Niemand wird die es kaufen, (...) . Mieter und Bauinteressenten werden die Gegend meiden.«* Seine »Deutschland den Deutschen« Einstellung bringt er am Ende des Flugblatts noch einmal richtig zur Geltung. Hier verbreitet er, daß die BRD gegenüber anderen Staaten von mehr als dem Zehnfachen an Aussiedlern und Asylanten »überflutet« und diese die Wohnungen wegnehmen würden. Schwarz unterscheidet sich in seiner Argumentation nicht von den Parolen eines Schönhubers oder Freys, was auf seine Gesinnung Rückschlüsse erlaubt.

Mit der Deckung der Wehrsportübungen auf dem Gelände der Papierfabrik bei Stadsteinach durch den Vermieter Schwarz und der Ignorierung durch die Polizei hat die GdNF, unbeeindruckt von dem Verbot des NATIONALEN BLOCKs, die Möglichkeit, potentielle Brandstifter für ihre Pogrome und Übergriffe auszubilden. Diese Vorgehensweise ist also gemeint, wenn die Bayrische Staatsregierung nach dem Anschlag von Mölln davon spricht, mit Verboten hart gegen Rechtsextremisten durchzugreifen. Damit erhalten wir einen kleinen Ausblick, was unter dem Schlagwort »Innere Sicherheit« und deren Absicherung verstanden wird. ■



Gotchaspieler in der alten Fabrik in Stadtsteinach im Juli 93

Faschistische Literatur im »Vertriebenen«-Haus der Landesregierung

In den vergangenen Monaten gelangten faschistische Umtriebe in mehreren (staatlich finanzierten) Vertriebenen-Einrichtungen ans Licht der Öffentlichkeit. Im März 1993 wurde bekannt, daß im Stuttgarter »Haus der Heimat«, einer offiziellen Einrichtung des baden-württembergischen Innenministeriums, offen nazistische Literatur und Schallplatten angeboten wurden. Dem Leiter des Hauses, dem Egerländer-»Vertriebenen«-Funktionär Albert Reich, wurde außerdem vorgeworfen, ein faschistisches Flugblatt an seine Mitarbeiter verteilt zu haben. Nach öffentlichen Protesten entzog der SPD-Landesinnenminister daraufhin Reich die Befugnis über die Bibliothek. Reich verschwand in den »Jahresurlaub« und wurde anschließend »krank«. Daraufhin wurde es wieder ruhig.

Anfang Mai veröffentlichte die »Stuttgarter Zeitung« dann einen Brief aus dem Jahr 1986 mit offen faschistischem Inhalt und mit der Unterschrift Reichs. Daraufhin wurde Reich am 6. Mai vom Dienst suspendiert. Allerdings stellte sich dann heraus, daß der skandalöse Brief wahrscheinlich gefälscht worden war. Die Diskussion in der Lokalpresse drehte sich nun nur noch um die fragwürdige Echtheit des Briefes von 1986. Der baden-württembergische Finanzminister Mayer-Vorfelder vom extrem rechten Flügel der CDU, die REP-Landtagsfraktion und die »Vertriebenen«-Verbände sprachen von »Rufmord« und forderten Reichs »Rehabilitierung«. Die erwiesene Tatsache, daß Reich als Leiter des »Hauses der Heimat« mit öffentlichen Geldern faschistische Literatur verbreitete, verschwand aus den Schlagzeilen.

Die baden-württembergische Landtagsfraktion der »Grünen« beantragte, das »Haus der Heimat« zu schließen, da es möglicherweise als »Organisationszentrale einer deutschnationalen, ja rassistischen Arbeit« fungiert habe. Damit, so die Grünen, sei auch der »Sache der Vertriebenen« nicht gedient. Die Regierungskoalition aus CDU und SPD (mit Unterstützung der Republikaner, die mit 15 Abgeordneten im Landtag sitzen) stimmte allerdings dafür, das »Haus der Heimat« weiterhin aufrecht zu erhalten. Laut Stuttgarter Zeitung warnte ein SPD-Abgeordneter vor einer »undifferenzierten Verurteilung der gesamten Arbeit, die im Haus der Heimat geleistet werde.« Angesichts solcher Anbiederung an die Revanchisten-Verbände triumphierte die neu-rechte Monatszeitung »Junge Freiheit« wohl nicht ganz zu Unrecht, die »Säuberungen im Südwesten« und die »Kampagne gegen die Vertriebenenverbände« seien »gescheitert«.

Am 8. September wurde bekannt, daß Reich nach monatelanger »Krankheit« seinen Dienst als Leiter des Hauses der Heimat wieder antreten wird. Er erhielt eine arbeitsrechtliche

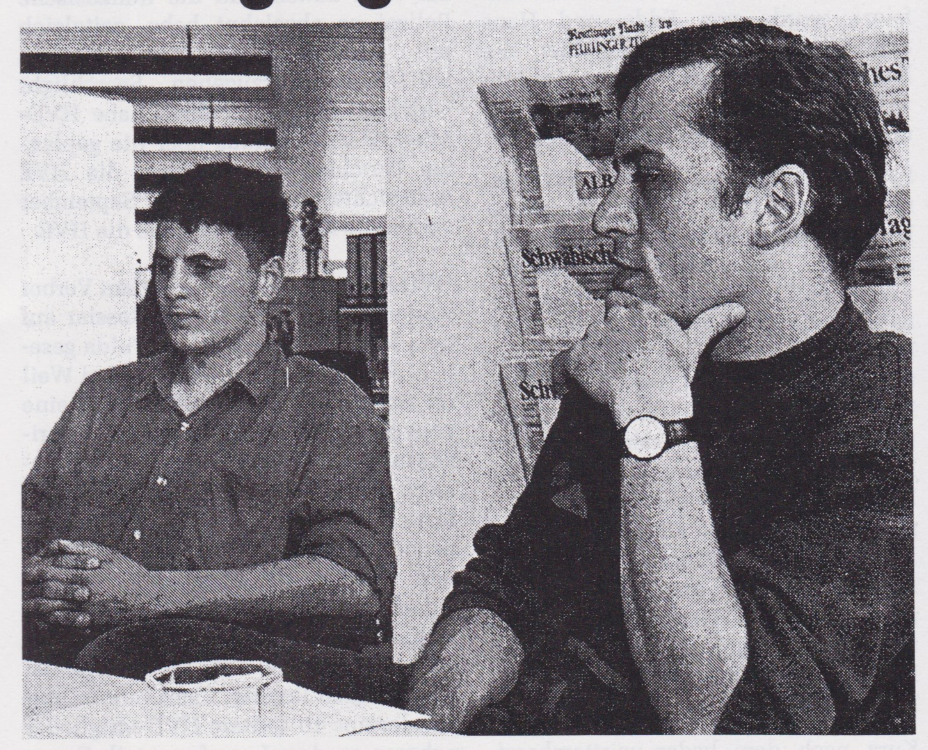
Abmahnung vom Innenministerium, weil er rassistische und neonazistische Flugblätter entweder selbst im Haus verteilt oder deren Verteilung nicht unterbunden hatte. Außerdem wurde Reich gerügt, Landesmitarbeiterinnen für mindestens 200 Stunden mit »Vertriebenen«-Verbandsarbeit betraut zu haben. Er mußte einwilligen, sich zum 1. April 1994 auf eine andere Stelle versetzen zu lassen. Trotzdem war sich das SPD-Landesinnenministerium (lt. Stuttgarter Zeitung) nicht zu blöde, Reich schriftlich zu bestätigen, daß er einen »Beitrag zur Versöhnung zwischen Deutschland und Osteuropa geleistet habe.« Die REP-Landtagsfraktion begrüßte Reichs Wiedereinsetzung in einer Pressemitteilung.

Das Stuttgarter »Haus der Heimat« war 1976 unter dem damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten und ehemaligen Nazi-Marinerichter Hans Filbinger gegründet worden. Filbinger leitet heute das rechts-konservative »Studienzentrum Weikersheim«. Der jetzige Fraktionsvorsitzende der Reps im Stuttgarter Landtag, Rolf Schlierer, war dort früher Kuratoriumsmitglied.

Nach Recherchen des Fernsehmagazins »Report Baden-Baden« wird auch in anderen sogenannten »Vertriebenen«-Bibliotheken faschistische Literatur angeboten, so zum Beispiel im »Haus des deutschen Ostens« in München (eine Behörde des bayerischen Sozialministeriums), oder in der größten deutschen »Vertriebenen«-Bibliothek in Herne (finanziert vom Bundesinnenministerium, vom NRW-Sozialministerium und von der Stadt Herne). Laut »Report« befindet sich darunter Holocaust-revisionistische und kriegsverherrlichende Literatur.

Nach Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes werden derartige Bibliotheken mit Steuergeldern finanziert, um »das Kulturgut der Vertreibungsgebiete zu pflegen und zu wahren«. Inzwischen dürfte allgemein klar sein, was damit gemeint ist. ■

Neonazistische »Heimattreue Vereinigung Deutschlands« verboten



Dirk Plankenhorn (rechts) und Andreas Rossiar (beide HVD)

Am 14. Juli 1993 wurde die neonazistische »Heimattreue Vereinigung Deutschlands« (HVD) vom baden-württembergischen Innenministerium verboten. Die aus der FAP (MOSLER-Flügel) hervorgegangene HVD gilt als die größte militante neofaschistische Kaderorganisation in Baden-Württemberg und verfügt über internationale Verbindungen.

Die HVD wurde 1988 im Landkreis Reutlingen (Hauptquartier in Lichtenstein) von Andreas Rossiar (heute 27jährig), Dirk Plankenhorn (heute 25) und weiteren Rechtsradikalen gegründet. Rossiar und Plankenhorn, die im Stuttgarter »Bewegungsprozeß« mitangeklagt sind, hatten vor 1988 im Raum Reutlingen eine Gruppe »United German Warriors/ Vereinigte Deutsche Kämpfer« und eine »FAP-Kameradschaft« geleitet. Rossiar kandidierte bei den Europawahlen 1989 für die FAP.

In ihrer Satzung bezeichnet sich die HVD als parteipolitisch neutral. Dem »Schwäbischen Tagblatt« erklärte Rossiar nach dem Verbot, es sei der HVD darum gegangen, *»durch die Heranbildung von Kadern mittelfristig eine politisch schlagkräftige Elite auf die Beine zu stellen, die fähig ist, auf eine entstehende Krisensituation wirtschaftlich, geistig und logistisch zu reagieren.«* Die Zeit von 1933-1945 hält er *»für eine der Blütezeiten Deutschlands.«*

Die HVD verfügt laut Verfassungsschutz-Bericht (Ba-Wü 1992) über mehrere Ortsgruppen, zumindest in Reutlingen, Esslingen, Göppingen, Ulm, Nürtingen, Böblingen, Konstanz und Schwarzwald-Baar, sowie über enge Kontakte ins Elsaß (siehe unten). Die Angaben über Mitgliedszahlen in Ba-Wü schwanken zwischen 160 (HVD-Angaben 1990), 80-100 (Lokalpresse), 80 (VS-Bericht und Staatsanwaltschaft Tübingen) und »20 bis 30 Mitglieder und etwa ebensoviele Sympathisanten« (Verbotsverfügung des Innenministeriums). Das Ministerium redet auch von »dem ein oder anderen Sympathisanten« in Franken (Bayern), während Rossiar im »Tagblatt« von einem 15-köpfigen »Landesverband Franken« spricht. Außerdem sind Kontakte der HVD zur »Deutschen Liga« bekannt.

Die 13-seitige Verbotsverfügung (datiert auf den 8.7.93) bezieht sich auf Paragraph 3 des Vereinsgesetzes und wirft der HVD vor, sie sei *»gegen die verfassungsmäßige Ordnung«* gerichtet. Die Verfügung wurde Rossiar und Plankenhorn frühmorgens am 14.7. zugestellt. Gleichzeitig wurden landesweit 23 Wohnungen durchsucht und Unterlagen, Propagandamaterial, PCs, Mobiltelefone, Waffen, scharfe Munition, NS-Embleme und Uniformteile beschlagnahmt.

Das Vereinsgesetz sieht die Möglichkeit eines Verbots vor, wenn die *»Zwecke oder Tätigkeit (des Vereins) den Strafgesetzen zuwiderlaufen«*, bzw. wenn er sich *»gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet.«* Der SPD-Innenminister begründete das Verbot bezeichnenderweise nicht mit dem Verstoß gegen die Völkerverständigung sondern wählte die »staatstragende« Version (verfassungsmäßige Ordnung).

HVD-Mitglieder und Sympathisanten werden für eine lange Reihe von Straftaten (mehrere Angriffe auf Aussiedler- und Flüchtlingsheime, Schändungen von jüdischen Friedhöfen und KZ-Gedenkstätten, Naziparolen-Schmierereien, etc.) verantwortlich gemacht. Laut einem internen Rundschreiben nahmen HVD-ler am Rudolf-Heß-Gedenkmarsch im August 1992 in Rudolstadt teil. Die HVD organisierte 1992 in Ba-Wü mehrere geschichts-revisionistische Veranstaltungen, u.a. mit Kirk Lyons (USA, Anwalt des berüchtigten »Gaskammer-Experten« Fred Leuchter), Dr. Max Wahl (Schweiz) und Karl Philipp (Frankfurt/M.).

Am 12. Juni 1993 konnten (laut Verbotsverfügung) Rossiar und mindestens fünf weitere HVD-Mitglieder am 12. Juni 1993 *»durch polizeilichen Gewahrsam gerade noch daran gehindert werden, gemeinsam mit anderen Rechtsextremisten gewaltsam«* die bundesweite Antifa-Demo zum ANS/NA-Prozeß in Stuttgart anzugreifen. Bereits 1989 wurde bei einer polizeilichen Durchsuchung ein *»internes Arbeitspapier zur Aufstellung des Sicherheitsdienstes (SD)«* gefunden. Dieser SD sollte gegebenenfalls »Überläufer«, »Spitzel« und Presseleute »bestrafen«.



Beschlagnahmtes Propagandamaterial und Waffen der HVD

Eine Woche später, am 19. Juni 1993 veranstaltete die HVD in Haigerloch (Zollernalbkreis) eine »Sonnwendfeier« mit etwa 100-120 Teilnehmern, davon etwa 40-50 Skinheads (laut »Schwarzwälder Bote«). An der Veranstaltung sollen auch französische, englische, belgische und holländische Rechtsradikale teilgenommen haben. Die Skinheads bedrohten eine türkische Familie, die jedoch Hilfe herbeiholen konnte. Laut »Schwarzwälder Bote« vertrieben 50-60 Türken die Nazis. Die Polizei schritt nicht ein, sondern schickte nur kurz ein Zivilfahrzeug »zur Erkundung der Lage« vorbei (in der HVD-Verbotsverfügung brüstet sich das Innenministerium mit der Lüge, »nur durch starke Polizeikräfte« hätte eine »Massenschlägerei« verhindert werden können). Die »Sonnwendfeier« wurde von Edda und Hans Schmidt (Bissingen) angemeldet, die laut »Schwarzwälder Bote« ein NS-»Versandantiquariat« betreiben und über einschlägige Kontakte verfügen.

Laut Verbotsverfügung hat die HVD gemeinsam mit ihrer Partnerorganisation HVE (»Heimattreue Vereinigung Elsaß«) im vergangenen Jahr mehrere »Wehrsportübungen« im Elsaß abgehalten, zuletzt vom 20.-23. Mai 1993. Daran sollen insgesamt 35 Personen teilgenommen haben, davon 13 HVD-Mitglieder aus Ba-Wü (einschl. Rossiar und Plankenhorn). Da der Bericht des Landesinnenministeriums über die Mai-Übung relativ detailliert ist, kann mensch wohl davon ausgehen, daß Polizei-Spitzel im Einsatz waren. Die Neonazis übten den Umgang mit selbstgebauten Tretminen und Granaten, Plastiksprengstoff, elektronischen Fernzündern und Schußwaffen (incl. Dum-Dum-Geschossen).

Kurz nach dem baden-württembergischen HVD-Verbot ging die französische Polizei gegen HVE-Mitglieder vor, v.a. im Rahmen der Ermittlungen aufgrund unaufgeklärter antisemitischer Aktionen (eine Friedhofsschändung und eine Synagogen-Brandstiftung). Laut Searchlight (englischsprachige Antifa-Zeitschrift) gab es acht Festnahmen, darunter ein Polizist. Offensichtlich gab es Konflikte zwischen der deutschen und der französischen Polizei. Die deutsche »Südwestpresse« berichtete, . über »Gerüchte«, daß elsässische Polizisten Verbindungen zur HVE hätten und die französische Polizei es abgelehnt habe, zeitgleich mit dem baden-württembergischen HVD-Verbot vorzugehen. Searchlight berichtet, die BRD-Polizei habe HVD-Mitglieder im voraus über die geplanten Durchsuchungen gegen die HVE unterrichtet habe. Am 1: September verbot die Regierung in Paris die HVE.

HVD-Kader sind auch nach dem Verbot weiterhin aktiv. So wurde Rossiar auf dem Heß-Gedenkmarsch in Fulda gesehen. Am 28. August 1993 fand bei Weil im Schönbuch (Kreis Böblingen) eine konspirativ vorbereitete HVD-Solidaritätsveranstaltung mit etwa 30 Teilnehmern (laut Polizei) statt. Die Polizei löste die Lagerfeuer-Veranstaltung auf, nachdem etwa 60 Neonazis überprüft und Waffen beschlagnahmt worden waren. Viele von ihnen waren vorher in Karlsruhe gesehen worden. Möglich also, daß sie aus dem Elsaß angereist waren. Auch Rossiar, Plankenhorn und mindestens 10 weitere HVD-Mitglieder nahmen an dem Lagerfeuer teil. Gegen sie wird jetzt wegen »Aufrechterhaltung einer verbotenen Organisation« ermittelt. Außerdem nahmen an dem Lagerfeuer laut LKA auch »einige Mitglieder« der 1992 in Heidelberg gegründeten »Aktionsfront Nationale Kameraden« und der verbotenen »Deutsche Alternative« teil.



Kurzmeldungen und Berichte



aus der Fascho-Szene



Die Jungen Nationaldemokraten beim Aufmarsch in Fulda am 14.8.93

Halbe

Nazi-Aufmarsch in Halbe 1993 angemeldet

In den Jahren 1990 und 1991 pilgerte das gesamte NS-Spektrum zum Soldatenfriedhof von Halbe. (siehe Infos 17/20). Letztes Jahr wurde der Aufmarsch und die angekündigte Antifa-Demo vor Ort verboten und Halbe wurde weiträumig von der Polizei abgeriegelt. Es fanden nur kleinere Ersatzkundgebungen statt. Frau Dr. URSULA SCHAFFER aus Berlin, hat als Vorsitzende der BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN für den Volkstrauertag, dieses Jahr am 14. November, wieder einen Aufmarsch angemeldet.

Achtet auf die Ankündigungen antifaschistischer Initiativen!

Der Vorstand der JN (Stand 27.2.1993):

Andreas Storr (Berlin) – Bundesvorsitzender

Sascha Wegner (Aachen) – Beisitzer

Andreas Weber (Wuppertal) – Bundesschatzmeister

Carsten Sievert (Hannover) – Bundesgeschäftsführung

Dieter Koch (Wuppertal) – Bundesgeschäftsführung

Axel Michaelis (Bamberg) – Organisation

BRD

Andreas Storr – neuer Bundesvorsitzender der JN

Am 27. Februar 1992 wählten 52 Delegierte der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) einen neuen Bundesvorstand. Nachdem Andreas Storr, (Geßlerstr.4, W-1000 Berlin 62, tel+fax: 030-7846188 – aus dem Antrittsschreiben Storrs) den Bundesvorstand nach dem Rücktritt ERHARD HÜBSCHENs bereits kommissarisch geleitet hatte, wurde er zum Bundesvorsitzenden gewählt. Auf dem Treffen sprachen der Hamburger Nazianwalt JÜRGEN RIEGER und für die NPD ihr Generalsekretär ULRICH EIGENFELD.

Storr trat bereits 1987 im Rahmen der Aktivitäten der westberliner faschistischen »Bürgerinitiative für Demokratie und Identität« in Erscheinung. Er war Vorsitzender der JN-Berlin und ist ein Nazi, der in enger Verbindung mit der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT, heute BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN (BKP), einer fraktionsübergreifenden Kaderschmiede des NS-Spektrums, steht. Die BKP-Vorsitzende URSULA SCHAFFER ist die alljährliche Anmelderin des Naziaufmarsches auf dem Friedhof in Halbe.

Während Storr gute Kontakte zu Nazis verschiedenster Fraktionen hat, liegt er im Streit mit dem Vorsitzenden der verbotenen DEUTSCHEN ALTERNATIVE, FRANK HÜBNER. Storr beschuldigte Hübner ihm eine Polizeirazzia, während seiner Geburtstagsfeier, am 16.April in Cottbus beschert zu haben. Hübner soll zusammen mit der Polizei eingetroffen sein, die die Personalien der 60 feiernden Nazis festgestellt hatte. Die Polizei hatte einen Hinweis erhalten, daß sich DA-Mitglieder unter den Anwesenden befanden.

Dolgenbrodt

Geld für Asylheim-Brandstiftung

Bereits im März dieses Jahres berichtete das Antifa-Info (Nr. 21 – Artikel über KW), daß die Brandstifter am 1.November '92 des gerade fertig gestellten Asylheims – Dolgenbrodt, in den Reihen der Bevölkerung vermutet werden. Im August '93 wurde es dann offiziell und konkreter: Der 21-jährige Nazi SILVIO JANKOWSKY, aus der Kreisstadt Königs-Wusterhausen, hatte zuvor damit geprahlt, daß er und ein paar Freunde für 2.000 DM Belohnung *»die Lösung des Problems organisiert«* haben, jetzt sitzt er in Haft. Gar nicht erfreut darüber waren die Dolgenbrodter, die den Brand in der örtlichen Gaststätte gefeiert und offensichtlich für die Belohnung gesammelt hatten. Einmal in der Öffentlichkeit unter Druck geraten, versuchten sie die Schuld auf die Laubenbesitzer aus Berlin abzuwälzen und die Bürgermeisterin UTE PREIßLER übte sich in profanen Ausflüchten, doch keiner wollte ihr glauben. Zumal sie aus ihrer Einstellung gegenüber Flüchtlingen auch kein Geheimnis machte. Sie räumte ein, daß niemand im Dorf das Asylheim wollte und keiner über den Brand traurig war. *»Aber deswegen sind wir doch nicht lauter Nazis.«*



Das soll wohl auch für den Besitzer des Anwesens gelten, der in Sichtweite der ausgebrannten Baracke, die Reichskriegsflagge wehen ließ. Der Fahnenwart ARMIN SCHULZ und seine Nachbarn machten sich über die Polizeibeamten lustig, die auf Anweisung des Potsdamer Innenministeriums nach Bekanntwerden der Hintergründe des Brandes den Lappen vom Fahnenmast herunterholen mußten. Die Zeitung »News« zitierte in ihrer Reportage über die Biedermänner von Dolgenbrodt einen gewissen »Professor Dr. Georgiev, Internist und Präsident der Freien Universität Berlin«: *»Ich lebe schon seit 27 Jahren hier. Da gibt es keine Ausländerfeindlichkeit. Aber wissen sie – wir haben gehört, daß in dieses Heim ausschließlich Roma und Sinti gekommen wären. Und von denen sind sicher 80% kriminell.«* Der aus Bulgarien stammende Prof. Dr. med. vet. SHORO GEORGIEV ist zwar nicht Präsident der FU, aber dafür, laut Vorlesungsverzeichnis '93 der FU *»wissenschaftlicher Mitarbeiter am Tierklinikum (Berlin) Düppel, in den Bereichen Tierschutz, Verhaltenslehre und Versuchstiere.«*

Königs-Wusterhausen

Neonazi-Mord an Biker

Am 26.Mai 1993 wurde der 25-jährige Biker Jeff von den »Dotsch-Riders« von dem Nazi DANIEL K. auf der Autobahn »fahrlässig getötet«, wie aus den anfänglichen Ermittlungsunterlagen der Staatsanwaltschaft hervorgeht. Jeff war zusammen mit einem Kumpel auf der Autobahn Dresden-Berlin unterwegs, als ihn der angetrunkene Daniel K. mit einem kurz zuvor geklauten Audi 100 zweimal anfuhr. Als Jeff das beschädigte Motorrad a n der Raststätte Waldeck ausrollen ließ, gab Daniel K. nochmal Gas und fuhr Jeff nieder.

Daniel K. wohnt in der Nähe von Jeff und kannte den Besitzer des Honda-Choppers vom Sehen. Jeffs Vater ist Ägypter und auch Jeff hatte eine dunkle Hautfarbe. Er war ein Idol der Motorradszene gewesen und einst Hauptdarsteller der DEFA-Filmes »Bockshorn«. Etwa 250 Biker erschienen zur Beerdigung und sammelten Geld, damit der Vater sich einen Anwalt für die Nebenklage nehmen kann. Anfänglich weigerte sich die Staatsanwaltschaft wg. Mordes oder auch nur Totschlags zu ermitteln, doch auf Grund öffentlichen Drucks wird jetzt doch wegen Mordes ermittelt.Königs-Wuster

Aktiver Drachen:

Bereits bekannt ist ja, daß Carsten Szczepanski aus Königs Wusterhausen sich bereits im Februar bei dem sogenannten »Gebietsbeauftragten der Gefangenenbetreuung Mitteldeutschland der HNG«, MAIK HAMPEL aus Oranienburg, für die Arbeit des »Gefangenenbetreuers« gemeldet hat. Szczepanski, Skinhead und sog. »Grand Dragon« der »White Knights of the Ku Klux Klan«-Berlin, will den Gefangenen monatlich sein Fanzine sowie Briefmarken und allgemeine Verhaltensweisen für eingesperrte Kameraden zuschicken. Nicht untätig organisierte er nun im Juni für seine noch frei herumlaufenden haarlosen Freunde das Skinheadtreffen im Brandenburgischen Prieros. Bis zu 600 Glatzköpfe kamen zum Komasaufen mit Livemusik. Die Potsdamer Staatsanwaltschaft leitete daraufhin Ermittlungen gegen ihn wegen *»Verdacht auf Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen, Volksverhetzung und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz«* ein. Allerdings erst auf Druck der Öffentlichkeit, versteht sich.

Bonn

Die SPD und die nationale Frage

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist auf nationalrevolutionären Abwegen. Bei der Haltung ihrer Bundestagsfraktion, und besonders ihrer Oberschlaftablette Scharping, die mit Kohl zusammen nur das »Beste, für das deutsche Volk« will, wundert das aufgeweckte Geister nicht gerade. Am 14. September 93 sprach ein prominenter Vertreter der Nationalrevolutionäre, HERBERT AMMON, auf einem Kongreß der Friedrich Ebert-Stiftung über die »nationale Frage«.

Herbert Ammon ist ein Anhänger Ernst Niekischs (siehe Info 23) und verfasste in den 80er Jahren einen Text zu Niekischs »Ehrenrettung«, in dem er versuchte, ihn als Linken darzustellen. Ammon war in den 80er Jahren führender Kopf der Splittergruppe INITIATIVKREIS LINKE DEUTSCHLAND DISKUSSION (LDD), die versuchte auf die SPD-Friedenspolitik Einfluß zu nehmen um von rechts einen Einbruch in die Linke zu schaffen. Die LDD gehörte zu einem Netz nationalrevolutionärer Gruppierungen, die sich seit den 70er Jahren aus dem »antikapitalistischen« Flügel der NPD und aus einigen verwirrten Maoisten entwickelt hatte. Ihr Gründer war der ehemalige K-Grüppler ROLF STOLZ, der die klassische These fast aller Nazis dieser Jahre vertrat, daß Deutschland von Washington und Moskau kolonialisiert werde. Bei der LDD traten neben Ammon z.B. auch »SA-SCHENKE« auf, der mit Vornamen WOLF heißt und vor 1945 sowohl in der Reichsleitung der Hitler-Jugend, wie auch Korrespondent des »Völkischen Beobachters« war. Nach 1950 organisierte er die Zusammenarbeit zwischen den Anhängern der Gebrüder STRASSER und ihrer Konkurrenz, den Anhängern Niekischs.

Ammon sprach in seinem Vortrag über den Mordanschlag von Solingen und stellte fest, daß auch ein Arztsohn unter den Attentätern gewesen ist. Er führte weiter aus, daß man daran erkennen könne, daß es nicht nur »sozialer Dreck« (wörtliches Zitat) sei, der hinter den Mordanschlägen stecke. Deshalb müsse sich die SPD fragen, wie sie wieder für die Jugend des Mittelstandes wählbar werde. Die SPD müsse sich stärker der »nationalen Frage« annehmen. Dabei vermied Ammon es die Deutschen aus der Ex-DDR als Ostdeutsche zu bezeichnen, was ein Hinweis darauf gibt in welche Richtung er die »nationale Frage« gelöst sehen will. Zu Hilfe kam ihm dabei TILMANN FICHTER, der den Kongreß aufforderte zu einer historischen Einschätzung von Ausschwitz zu kommen und sich nicht immer den Nationalsozialismus vorhalten zu lassen, da dies der Bildung einer nationalen Identität im Wege stände. Es gab zwei Stimmen des Plenums, die dagegen argumentierten.

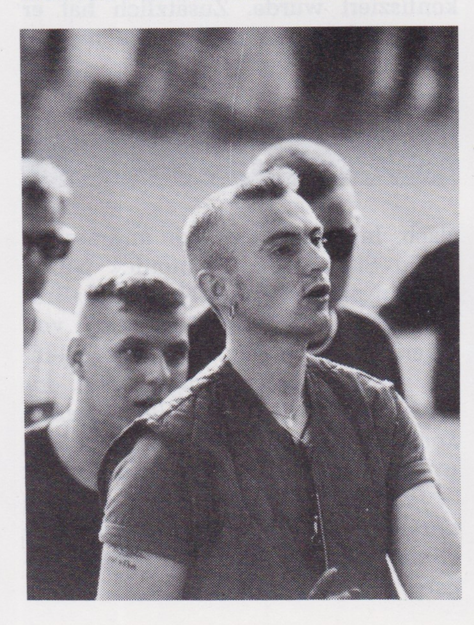
(siehe auch Artikel über die Hofgeismarer Fascho-Jusos, Material aus Bonner Institut für Faschismus-Forschung und Antifaschistische Aktion)

Ludwigshafen

Manfred Huck weiterhin aktiv

Der Ludwigshafener Neonazi Manfred Huck, der jüngst per »Presseerklärung« seine Rückzug aus der Nazi-Szene erklärte, ist weiterhin rege aktiv! Seine damalige Erklärung, in der er auch die Auflösung seiner Organisation, der ANK – Aktionsfront Nationaler Kameraden darlegte, diente offensichlich nur der Irreführung der Öffentlichkeit und der Ermittlungsbehörden. Ein Verbot seiner Organisation stand nämlich unmittelbar bevor. HUCK gab vor, seine braunen Umtriebe aus Frustration einzustellen und sich *»ins Privatleben zurckzuziehen«.*

Manfred Huck als Ordner in Fulda



In Wirklichkeit widmete sich HUCK jedoch eifrig der Vorbereitung des »Rudolf-Hess-Gedenkmarsches« und einer Hetzkampagne gegen verschiedene Medienvertreter. Beim Naziaufmarsch in Fulda fungierte er als Leider des »Ordnungsdienstes« und griff zusammen mit einigen anderren Nazis eine Journalisten tätlich an. Außerdem war er beteiligt an der Verteilung eines »Steckbriefes«, auf dem Name und Anschrift des Herrausgebers einer antifaschistischen Zeitung genannt waren. Natürlich versehen mit der Aufforderung, sich bei dem Betreffenden für sein Engagement zu »bedanken«.

Seit einigen Tagen führt Huck eine offensive Hetzkampagne gegen den Wiesbadener Journalisten und Buchautor Rainer Fromm. Dieser berichtet schon seit Jahren über die Nazi-Szene und hat auch häufig führende Neonazis interviewt. Über eine Ansage auf seinem Info-Telefon warnt Huck alle »Kameraden« vor Rainer Fromm bzw. verdächtigt ihn als Spitzel des Verfassungsschutzes und der autonomen Szene.

Hucks Infotelefon befindet sich übrigens in seiner Ludwigshafener »Kommandozentrale«, einer Sozialwohnung in der Friedrich-Ebert-Straße 23 in Ludwigshafen-Friesenheim, Tel.: 0621/697109. Diese Wohnung wurde HUCK von dem Friesenheimer Skinhead-Führer CHRISTIAN HEHL zur Verfügung gestellt. Ebenfalls in Friesenheim residiert der erst im vergangenen Jahr aus der Haft entlassene ERNST TAG; der wieder eifrig aktiv ist und sich bemüht, junge Anhänger zu gewinnen.

(Antifaschistisches Komitee Rhein-Neckar)

Rostock

Marine hißte Reichskriegsflagge

Auf einem Rostocker Volksfest mit Großseglern im Sommer 93 hißte die Marineschule Mürwik die Reichskriegsflagge, deren Zeigen heute in mehreren Bundesländern verboten ist. Empörte ZuschauerInnen rissen den Fetzen wieder ab und warfen ihn ins Wasser. Danach verzichtete der Kommandant auf das erneute Anbringen der Fahne, die heute als Fahne der Neonazis fungiert. Jedoch geschah dies nicht aus Einsicht, sondern der Truppenführer wollte seine Soldaten keiner möglichen Gegenaktion aussetzen. Der Sprecher des Bundesverteidigunsministeriums ULRICH TRESNICK verteidigte gegenüber der Gewerkschaftszeitung »Metall« die Aktion. In Rostock habe die Bundesmarine den Teil einer »deutschen Tradition« gezeigt. Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns unter Führung von Pogromministerpräsident Bernd Seite ist eine der wenigen Landesregierungen, die bis heute die Reichskriegsflagge nicht verbieten wollen.

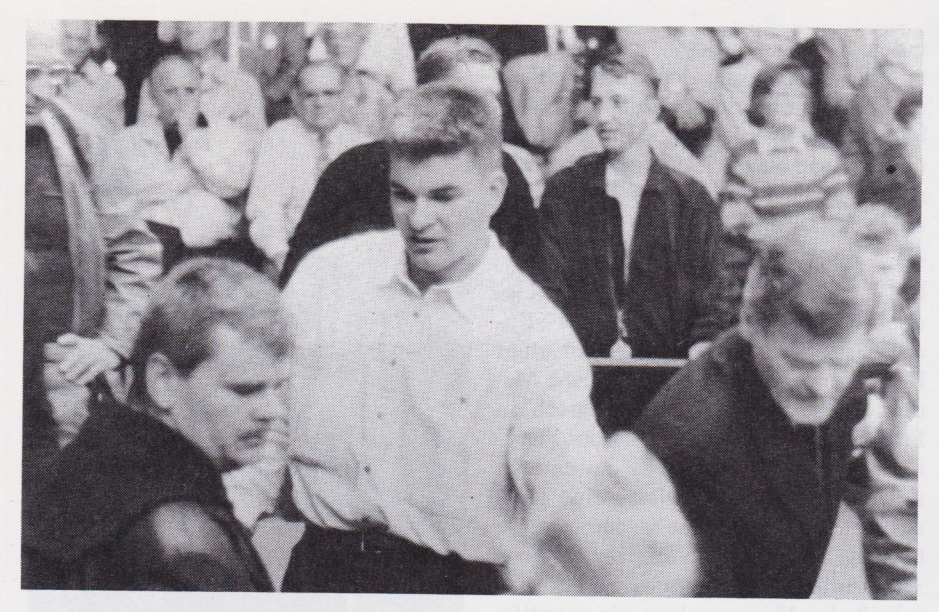


Die Reichskriegsflagge weht in Rostock

Braunschweig

Großtat gegen den Neofaschismus

Am 3. März diesen Jahres durchsuchte die Polizei in Braunschweig 63 Wohnungen von 53 Rechten. Grund: *»Verdacht der Bildung einer Terroristischen Vereinigung«.* Gefunden wurden mehrere Trommelrevolver, Gewehre, 200 Schuß Munition, Chemikalien etc., so vermeldet die »Innere Sicherheit« - ein Vierteljahresblatt des Bundesinnenministers. Wenn nun vermutet wird, die vorgefundenen Sachen würden eventuell in dem einen oder anderen Fall eine U-Haft nach sich ziehen, weit gefehlt, es waren verwirrte Einzeltäter ohne organisatorischen Zusammenhang statt organisierter (ex) NF-Mitglieder.



Tag der Heimat in Berlin

Berlin

Treffen der Euro-Rechten

Vom 8. bis 10. November ist in Berlin ein Treffen der rechtsradikalen technischen Fraktion des Europaparlamentes geplant. Ihr gehören u.a. vier deutsche Faschisten an, die über Mandate der Republikaner rein gekommen sind, außer Franz Schönhuber dieser Partei aber nicht mehr angehören.

Gegen dieses Treffen ist von verschiedenen Seiten Protest angekündigt worden. U.a. hat die Gewerkschaft NGG mit Boykott und Streik gedroht. Sie empfielt in einem Rundschreiben, alle eingehenden Anmeldungen für Hotels in diesem Zeitraum besonders zu überprüfen und die Zimmervergabe zu verweigern. Sollten sich die Hotelleitungen nicht daran halten, drohen sie mit Streik. Das gleiche gilt für die Gaststätten.

Am 18.September veranstaltete die WIKING JUGEND (WJ) im Berliner Bezirk Spandau, auf dem Fußballplatz im Specktefeld, ein Fußballturnier. Während die ganze Bilderbuchfascho-Szene anwesend war, ging die antifaschistische Mobilisierung im Berliner Sumpf unter. Bis auf einen kleineren Zwischenfall mit Antifas, die trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit mal nachschauen waren, passierte nichts störendes.

Am 5.September treffen sich die Vertriebenen alljährlich in der Berliner Sömmering-Halle, um den Tag der Heimat zu begehen. Anwesend ist jeweils das gesamte Spektrum der Revanchisten von CDU bis FAP. So auch dieses Jahr. Während der Rede von Bundesinnenminister Kanther hielten die ca. 100 anwesenden offen auftretenden Nazis Transparente hoch, da ihnen die Landnahme durch die BRD-Regierung wohl noch zu langsam geht. Im Umkreis der Veranstaltung wurden vereinzelt Antifas angegriffen.

Daß Arnulf Priem Leichen auf Schlachtfeldern des Krieges im Berliner Umland schändet, ist an dieser Stelle ja schon veröffentlicht worden. Auch, daß er dafür auf die Schnauze bekam. Neu ist allerdings, daß er dabei auch bewaffnet vorgeht. Er ist Inhaber eines Waffenscheins und stolzer Besitzer eines Magnum-Revolvers. Wahrscheinlich ist dies die Antwort auf die Warnung und Frage des Staatsschutzes, wie er gedächte, sich *»vor einem linken Mordkommando zu schützen"«*.

Fürsorglicher Staatsschutz

Der Berliner Staatsschutz ist wahrlich schwer am arbeiten. Hatten die geheimen Staatsschützer doch nichts Eiligeres zu tun, als nach der Veröffentlichung einiger Autonummern von Burschenschaftlern in der Berliner Infozeitschrift Interim die betroffenen Purschen anzutelefonieren und ihnen nahezulegen, sich bei der Kfz-Meldestelle schnellstens eine neue Autonummer zu besorgen. Die überraschten Angestellten der Kfz-Meldestelle sollten bei Nachfragen, ob der Richtigkeit der Nummernänderung doch bitte beim Staatsschutz anrufen. Es drängt sich einem doch die Frage auf, ob der Staatsschutz mit der gleichen Fürsorge auch die Antifas informiert, die z.B. in den HNG-Nachrichten oder einigen anderen Nazipostillen benannt werden. Oder beruht die Fürsorge auf gemeinsamen Anschauungen?

Waffen für die Wiking Jugend

Sascha Stein, seines Zeichens U-Häftling in Berlin-Moabit und WJ-Chef (sog. »Gauführer«) für den »Gau Berlin/Preußen« hat sich bei der Direktive, sich und seine Kameraden für den *»Kampf auf der Straße mit Linken und Ausländern«* mit Schußwaffen zu versorgen, wohl ziemlich dumm angestellt. Ließ er sich doch glatt festnehmen. Befehle bringen einen halt manchmal in den Knast. So nachzulesen unter der Überschrift »Verhaftung Wegen Aufrüstung» in der HNG-Nummer 4/93, wenn der diletantische Zensurbalken vorsichtig mit einer Rasierklinge abgekratzt wird. Passender Weise ist von Christian Scholz, verantwortlich für die Herstellung der HNG-Nachrichten, unter den mißlichen Artikel von M. Bischoff ein Bild aus dem 2. Weltkrieg mit einem MG-Schützen gesetzt worden.

Böses dem, der da schlechtes denkt, ein bißchen Zynismus unter Kameraden muß sein.

Und noch ein halbes Jahr

Der Berliner Steffen Haase muß nun noch bis zum 11. Januar 1995 im Tegeler Knast schmoren. Der Grund seines momentanen Knastbesuches ist Körperverletzung, Urteil dreieinhalb Jahre. Eine Bewährung wurde im nach einer Zellenrazzia widerrufen.

Er hatte anscheinend zuviel rechten Dreck in seiner Zelle, welcher bei einem Besuch durch Anstaltsbedienstete konfisziert wurde. Zusätzlich hat er deshalb auch noch Verfahren nach § 86, 86a und 131 zu laufen.

Erfurt

Nach Informationen des antirassistischen Skin-Zines »Skintonic« wurde der Sänger der Erfurter Naziband »Brutale Haie«, Torsten (»Dorschtie«) von einem Auto überfahren. Weiter heißt es: *»Wurde einfach totgefahren, das arme Büble! Keinerlei Bremsspuren konnte die Polizei sicherstellen. Jetzt wollen mehrere Nazibands ein Konzert ... für Tempo 30 in den Innenstädten durchführen. Und alle Antifaschisten stimmen an: Frei Fahrt für freie Bürger«.*

Jülich

In der Region Aachen folgt seit etwa 2 1/2 Jahren ein Anschlag auf Flüchtlinge oder AusländerInnen dem nächsten. Soweit uns bekannt ist, hatten alle ermittelten Täter Kontakt zur JN (Junge Nationaldemokraten) oder waren deren Mitglieder. Vor 1990 hatte NPD und JN nur wenig Bedeutung im Raum Aachen und Jülich. Als sich Ende 1990 die bis dahin dominante FAP in Aachen auflöste, traten ihre Mitglieder der NPD bzw. JN bei. Erst seit Ende 1992 tritt die NPD offen in Erscheinung, da *»der Kreisverband quasi konspirativ aufgebaut wurde«*. (Flugblatt aus Jülich) Es kam zu einigen kleineren Aktivitäten, die teilweise mit der WIKING JUGEND (WJ) zusammen durchgeführt wurden. Das ist auch kein Wunder, weil der ehemalige Bundesführer der WJ WOLFGANG NAHRATH ganz in der Nähe in Stolberg-Büsbach wohnt. Die Nahrats haben sich den Bundesvorsitz der WJ in den zurückliegenden Jahren quasi vererbt.

Am Samstag dem 17.7.93 versammelten sich 80 Neonazis aus dem ganzen Bundesgebiet und Österreich in einer Grillhütte in Güsten, einem Dorf bei Jülich. Grund für die »Festlichkeiten« war die Gründung eines »Stützpunktes« (O-Ton Fax-JN). Die JN plant zusammen mit der NPD an den nächsten Kommunalwahlen teilzunehmen. Antifas aus Jülich haben verschiedene Nazis als Verantwortliche ausgemacht:Der JN-Landesvorsitzende NRW MICHAEL PRÜMMER aus Stolberg-Schevenhütte. Er verschickte die Presseerklärungen und fungierte als Anmelder für eine Sonnenwendfeier mit 40 Teilnehmern in der Nordeifel am 19.6.93. SASCHA WAGNER, aus Herzogenrath Merkstein, ist der JN-Führer von Aachen und hatte bereits Anfang April den Grillplatz in Güsten angemietet. Als dritter im Bunde wird IGOR RAUSCHEN, *»der unumstrittene Jülicher Neonazi-Führer«* genannt.

(Informationen der Antifa-Jülich)

Uelzen

Mordversuch

Am 5.8.93 wurde unser Freund und Genosse Olaf zum wiederholten Male von Faschisten angegriffen. Gegen 19.45 Uhr ging er vom Bahnhof zu seinem PKW. Als er gerade ins Auto einsteigen wollte, bemerkte er zwei Personen hinter sich. Er drehte sich um und einer der beiden Vermummten stach sofort mit einem Messer zu. Olaf konnte fliehen. Kurze Zeit später bemerkte er, daß er verletzt war, eine Schnittwunde links oberhalb derr Hüfte. Er hatte sehr viel Glück, keine schwerere Verletzung erlitten zu haben. Dieser Angriff war ein gezielter Mordversuch von Faschisten.

In den letzten vier Jahren wurde Olaf mehrmals von FaschistInnen überfallen und zusammengeschlagen. Zweimal mußte er deshalb ins Krankenhaus. Das Haus seiner Eltern wurde mehrfach mit faschistischen Parolen und Zeichen beschmiert oder Fenster eingeworfen. Regelmäßig kleben Aufkleber von faschistischen Organisationen am Haus und auch das Auto wurde mehrere Male aufgebrochen und beschädigt. Olaf und seine Familie wurden telefonisch beleidigt und bedroht. Olaf erhielt auch mehrere konkrete Morddrohungen. Wie sich gezeigt hat, sind diese sehr ernst zu nehmen.

Zum Begriff »AusländerInnenfeindlichkeit«

Über den häufig verwendeten Begriff »AusländerInnenfeindlichkeit« lohnt sich eine Auseinandersetzung. Plädiert wird hier für die Verwendung des Begriffes Rassismus.

Über die Verwendung des bisher in der Linken – wie auch im Infoblatt – häufig verwendeten Begriffes »AusländerInnenfeindlichkeit« wurde schon häufiger diskutiert*.

Rassistische Strukturen und rassistische Verhaltensweisen müssen aufgedeckt werden, wozu klare Benennungen erforderlich sind. Der Begriff »AusländerInnenfeindlichkeit« ist aber sehr schwammig. Mit Verwendung des Begriffes wird weder etwas über den politischen Hintergrund der institutionellen, gesellschaftlichen und individuellen Diskriminierungen von AusländerInnen, noch über Mechanismen, mit denen AusländerInnen rassistisch behandelt werden, gesagt. Die Verwendung der Beschreibung »feindlich« bezieht sich eher auf individuelle Einstellungen zu AusländerInnen. Institutioneller Rassismus wird aber durch die Verwendung dieses Begriffes in der öffentlichen Diskussion kaum benannt.

Ausländerfeindlichkeit, so allgemein formuliert, transportiert die Behauptung, daß AusländerInnen allgemein feindlich behandelt werden. Einen einheitlichen Umgang mit weißen und schwarzen AusländerInnen verschiedener Herkunft gibt es in der Praxis aber eben nicht.

Mit der verneinenden Verwendung des Begriffes erklärt sich der oder die VerwenderIn selbst zum »Ausländerfreund«. Da sie aber real weiterhin unterdrückt sind , erklärt sich die VerwenderIn ganz selbstgefällig zum »Freund« der Unterdrückten. Da mit solch wohlwollender Hilfsbereitschaft einer vermeintlich überlegeneren Kultur schon immer rassistisches Verhalten von weißen Europäern begründet wurde, drückt diese Haltung eben solches rassistisches Denken aus. »Ausländerfreundlichkeit« ist dann beispielsweise rassistisch, wenn »AusländerInnen« zum Opfer stilisiert werden und ihnen aus priviligierter Position ein Bonus eingeräumt wird.

Durch Verwendung des Begriffes wird der dahinter verborgenen Rassismus also eher abschwächend formuliert. Der Kampf gegen Rassismus beinhaltet, eigene rassistische Denk- und Verhaltensstrukturen zu erkennen und zu hinterfragen. Hier scheint die Begriffsverwendung »AusländerInnenfeindlichkeit« aus den genannten Gründen eher hinderlich, vielmehr wird durch die Verwendung des Begriffes eine liberale bis rechte Logik weitertransportiert.

Wir schließen uns der Empfehlung der Verwendung des Begriffes Rassismus an, da dieser das Vorhandensein und die Durchsetzung von Diskriminierungen in der BRD am ehesten faßt.

* Vergleiche das Buch »Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein« von Annita Kalpaka und Nora Räthzel, 1986, S.32.

Maßgeblich ist die nationalistische Front um SÖNKE HERING an dem Terror beteiligt. Immer wieder tauchen bei Übergriffen Zeichen der NF auf. Der Uelzener Neofaschist SÖNKE HERING und die NF holen auswärtige FaschistInnen, z.B. aus Braunschweig, Gifhorn, Lüneburg oder Hamburg nach Üelzen, um hier aktiv zu werden.

Olaf ist seit mehreren Jahren in antifaschistischen Zusammenhängen in Uelzen politisch aktiv. Dieses Engagement ist teil seines Kampfes für ein selbstbestimmtes Leben und eine herrrschaftsfreie Gesellschaft, die auf Menschlichkeit, Gleichheit und Solidarität basiert.

Zur Zeit ist die Situation so, daß Olaf nicht mehr alleine und unbewaffnet auf die Straße gehen kann. Schon seit über einem Jahr ist er nur noch mit dem Auto unterwegs. Mit dem Fahrrad oder zu Fuß ist es zu gefährlich für ihn geworden. Zweimal mußte er wegen des faschistischen Terrors Schulausbildungen abbrechen. Auch zu Hause ist er wegen der wiederholten Angriffe nicht sicher. Am 18.7.93 wurde er direkt vor der Haustür von einer Gruppe Faschisten angegriffen und zusammengeschlagen. Zur Zeit wohnt er nicht zu Hause, um seine eigene und die Sicherheit seiner Familie zu gewährleisten. Besonders für diese macht sich der permanente Terror bemerkbar. Die ständige psychische Belastung führt bei allen zu gesundheitlichen Schäden.

Die Situation ist unzumutbar geworden. Deswegen ist es wichtig, daß wir etwas gegen den faschistischen Terror unternehmen, um ein Leben in Sicherheit für Olaf, seine Familie und andere bedrohte Menschen zu schaffen. Zeigen wir ihnen unsere Solidarität. Wir müssen dem faschistischen Terror unseren aktiven Widerstand entgegensetzen und eine starke und lebendige antifaschistische Bewegung aufbauen.

Autonome Gruppe Uelzen und einige Freundinnen und Freunde

BROSCHÜRE

der Antifaschistischen Aktion/BO



„Was soll ich denn lesen -?"

aus dem Inhalt:

- *Entstehung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation*
- *Vom Sinn und Zweck einer bundesweiten antifaschistischen Organisation*
- *Grundlagen der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation*

»Zwischen Plenum und Partei« – Antifa Bonn/Rhein-Sieg • »Don't cry – work!« Antifaschistische Aktion Berlin • »Öffentlichkeits- und Medienarbeit« – Autonome Antifa (M)/Göttingen • »Raus aus dem Ghetto: Für eine solidarische Zukunft!« – Antifaschistische Stadtteilkoordination Köln • »Situation einer Antifa im Osten« – Schwarzer Ast/Südthüringen • »Situation einer Antifa in der Provinz« – Antifa Bünde und Passau



erhältlich ab Ende September in guten Buchläden oder direkt über Antifa Bonn/Rhein-Sieg, Florentiusgraben 25, 53111 Bonn
Preis: 5.00 DM + Portokosten

Der Beitrag „Vom Sinn und Zweck..." sowie die Grundlagen sind auch in englisch, spanisch, türkisch und arabisch erhältlich.

Großbritannien

Ian Stuart ist nicht mehr

Der Chef des internationalen faschistischen Musik-Netzwerkes Blood&Honour und Sänger der englischen Nazi-Band Skrewdriver, IAN STUART DONALDSON, ist im Norden von Großbritanien bei einem Autounfall zusammen mit zwei seiner Kameraden ums Leben gekommen. Damit ist der faschistischen Musikszene hoffentlich ein ziemlich herber Schlag versetzt worden, denn unumstritten ist Stuart eine der wichtigsten Personen in ihr.

Vorher hatte Stuart aber nach jede Menge Ärger mit seinen Angestellten. Er mußte sämtliche Skrewdriver Service-Adressen einstellen, da der Chef des Londoner Skrewdriver Service, Neil Parish, die Kunden beschissen, deren Geld gestohlen bzw. unterschlagen hat. (Jeder schadet der eigenen Bewegung, wo er nur kann. Der eine stiehlt das Geld, der andere fährt sich gleich tot!!!)

NSDAP/AO

Anleitungen zum Bombenbau verschickt

Die NSDAP- Auslands- bzw. Aufbauorganisation, die von den USA aus die deutschen Nazis mit Propaganda-Material versorgt, bedient sich eines Artikels der österreichischen Zeitung »Standard« vom 1.9.'93 zufolge jetzt moderner Technik. Auf Computer-Disketten wird ein Magazin »ENDSIEG« an Kader der Bewegung verschickt. Kern des Magazins ist ein »Handbuch für improvisierte Sprengtechnik«, erarbeitet von einem »Autorenkollektiv Werwolf«. Vom einfachen Brandsatz geht die Bauanleitung über Plastiksprengstoffe bis hin zu Sprengkapseln. ENDSIEG liefert dem Ewig-Gestrigen im Computerzeitalter auch einen Bildschirmschoner, der »Freiheit für Küssel« fordert.



Neues über unsere »Lieblings«-Jugendklubs

Weimar

Dichterweg geschlossen

Am 9.9.93 sendete der ARD, u.a. auf der Grundlage von Material des Antifa-Infoblattes und antifaschistischer Öffentlichkeitsarbeit in Weimar, einen Beitrag von PANORAMA zum von uns mehrfach kritisierten "Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt" des Bundesjugendministeriums.

Das Magazin berichtet u.a. über einen faschistischen Sozialarbeiter, der im Rahmen des Programmes in Neustrelitz arbeitet. In Greifswald ist mit Steuergeldern ein Bonehead-Konzert finanziert worden.

Einen Schwerpunkt des Berichtes macht der inzwischen geschlossene Weimarer Jugendklub »Dichterweg« aus. Das Projekt wird nach PANORAMA mit über 70.000 DM aus dem AgAG-Topf gefördert.

Das Material aus der PANORAMA-Recherche war der zuständigen Ministerin Merkel z.T. seit Monaten bekannt, u.a. durch unsere Artikel und eine Anfrage der PDS/LL-Bundestagsabgeordneten Jelpke, die im Mai beantwortet wurde. Damals wurde das Programm auch in Bezug auf Weimar noch in vollem Umfang gerechtfertigt und positiv bewertet: zu den Risiken bei der Arbeit mit "rechten Jugendlichen" gehören demnach "erwartungsgemäß auch Versuche rechtsextremistischer Organisationen, in den geförderten Projekten Einfluß zu gewinnen oder sie gar zu unterwandern. Solche Bestrebungen werden von den fachlich und politisch Verantwortlichen nicht geduldet und konnten sich nirgendwo durchsetzen«. Einige Monate später veröffentlichten wir im Infoblatt Nr.23 Material über den Dichterweg, das die Lüge, die in dieser Erklärung steckt, eindeutig widerlegt. Kurz zuvor berichtete der "telegraph" – Mai 93 über gewaltsame Attacken der weimarer Jugendlichen, die sich in einer Bürgerwehr zusammengeschlossen hatten. Die weimarer Öffentlichkeit wurde durch örtliche Antifas darüber ins Bild gesetzt, wer sich im Dichterweg tummelt. Es wurden massiv Flugblätter verteilt und Plakate geklebt, auf denen u.a. die "Raumordnung" und die Mitglieder der Bürgerwehr (s. auch Info 23) veröffentlicht wurden. In der Sommernummer des Weimarer Infoblattes »KommPost« wurden diese Infos noch einmal vervollständigt. Diese Informationen, die dem Bundesministerium mit Sicherheit vorgelegen haben, wurden von PANORAMA in den Bericht einbezogen.

Am 16./17. Juli fand im Klub eine große Party mit ca. 50 Boneheads aus Thüringen und Bayern statt. Als diese dann auch einen der beiden Sozialarbeiter zusammenlegten war es diesem und dem Jugendamtleiter zu viel. Der Dichterweg wurde am 23.7.93 »bis auf weiters« geschlossen. Er soll erst wieder aufgemacht werden, wenn sich sowohl ein neuer Sozialarbeiter, der auch noch ein gutes Konzept vorlegen kann (der alte hat bis heute kein schlüssiges Konzept und ist für den Jugendamtsleiter deswegen nicht länger tragbar) und ein neuer Träger gefunden haben.

Auffällig ist, daß unbequeme Informationen solange nicht relevant sind und als gezielt gestreute Fehlinformationen diffamiert werden, wie sie von oppositionellen Kräften oder aus den Kreisen des antifaschistischen Widerstandes kommen. Erst Berichte öffentlich-rechtlicher Sender scheinen auch in Bonn etwas zu bewegen. Ministerin Merkel reagierte umgehend auf den Panorama-Bericht, was man bei den vorhergehenden Infos und Anfragen ja nicht behaupten konnte.

Das entspricht völlig der Intention des Programmes, welches der Bundesregierung dazu dient, die Hintergründe faschistischen Terrors als Problem der "Jugendgewalt" zu verschleiern und gleichzeitig eigene Aktivität bei der Bekämpfung der angeblichen Ursachen des Rechtsextremismus vorzutäuschen. Wir werden weiter dazu beitragen, daß diese Regierungspropaganda massiv durchlöchert wird. Sendet uns Informationen über faschistische Aktivitäten in staatlich geförderten Jugendeinrichtungen zu.

Cottbus

Mitarbeiter von Jugendhilfe e.V. verurteilt

Am 30.12.92 fuhren ANDREAS MUSCHIK (Streetworker bei Jugendhilfe e.V.), KARSTEN KRETSCHMAR (Karl-Liebknecht-Str. 87c, Mitarbeiter von Jugendhilfe e.V. und zuständig für den bekannten Nazi-Treff »Sandower Jugendklub«), ROBERTO KLAM (Marienstr. 28, genannt »Highländer«) und KöLLING in einem Taxi durch Cottbus. Als sie drei ihnen bekannte linke Personen sahen, stiegen alle bis auf Muschik aus dem Taxi und prügelten diese so stark zusammen, daß eine Person einen Nierenriß erlitt. Zufällig vorbeikommende Antifas verhinderten noch schlimmeres. Am 10. September fand im zweiten Anlauf der Prozeß wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung statt. Der erste Anlauf war auf Grund der Unfähigkeit des Gerichtes gescheitert, das erstens vergessen hatte, den Nebenkläger (der Mensch mit dem Nierenriß) von dem Termin zu unterrichten und zweitens den Angeklagten Kölling nicht finden konnte, weil es nicht wußte, daß er im Knast (!) war. Außerdem war der Taxi-Fahrer als Zeuge nicht erschienen.

Andreas Muschik war nach eigenen Angaben zu betrunken, um diese Tat seiner drei Sauf-Kumpane zu verhindern. Daß er zu betrunken war, um seiner alten Gewohnheit als »Prügelheld« nachzugehen, ist natürlich eine reine Vermutung. Alle drei Angeklagten wurden der gemeinsamen schweren Körperverletzung schuldig gesprochen, Köllings Knastaufenthalt verlängert sich um sechs Monate, Klam erhielt 6 Monate auf drei Jahre Bewährung, wird aber wohl bei einem der noch anstehenden zwei weiteren Prozesse wegen Körperverletzung in den Knast gehen und Kretschmar erhielt 90 Tagessätze à 50,– DM. Außerdem wurde er vom Jugendhilfe e.V. seiner Tätigkeit entledigt, sprich gekündigt.

Keine Klassen mehr? Nur noch Deutsche?



Eine Antwort auf »Calamity Jane und die abgestürzten Flugblattsammler«.

Im Frühsommer dieses Jahres ist das Buch »Der Pakt« von Bernd Siegler, Charlotte Wiedemann und Oliver Tolmein erschienen. Dort wird die Kumpanei deutscher Justiz, Politik und Medien mit den Neonazis dargestellt. Besonders der Aufsatz von Charlotte Wiedemann ist hervorzuheben. In gut nachvollziehbarer Form wird der Rechtsruck des BRD Staates beschrieben, der durch ihre Politmanager, wie z.B. Wolfgang Schäuble, gezielt vorangetrieben worden ist. Leider wird nach der Lektüre des Buches der Sinn und Zweck des Paktes mit den Nazis nicht deutlich.An dieser Stelle jedoch wollen wir uns nur mit dem Nachwort beschäftigen, das von der Gruppe »Calamity Jane und die abgestürzten Flugblattsammler« aus Hamburg verfaßt worden ist. Schon im Vorwort des Buches wird gar Reißerisches darüber verkündet: Die bürgerlichen Entschuldungsmuster für rechte Gewalt, die »Elemente eines Paktes zwischen den Rechten und der bürgerlichen-liberalen Mitte« aufweisen, gelten in »gewisser Weise sogar für linke antifaschistische Politik«. Hier wird vor allem das Antifaschistische Info-Blatt beleuchtet, daneben auch Texte der Autonomen Antifa (M), aus der Radikal und der Interim.

Wir würden gerne auf eine solidarische Kritik antworten, die zur Lösung der Schwächen der Antifa, uns eingeschlossen beiträgt. Beispielsweise sei hier die die oft fehlende selbstverständliche Organisierung deutscher Antifas mit ImmigrantInnen oder Flüchtlingen genannt. Das gilt auch für das Problem der Männerdominanz und den Schwierigkeiten, die es bei einer Thematisierung der daraus resultierenden sexistischer Verhaltensweisen gibt.

Den VerfasserInnen geht es jedoch nicht um Kritik an einzelnen Fehlern und Schwächen der autonomen Antifa-Politik. Es geht um eine grundsätzliche Ablehnung derzeitiger antifaschistischer Praxis. Das zwingt uns auch grundsätzlich zu antworten. Deshalb gehen wir nur am Rande auf einzelne Vorwürfe ein, da wir den Eindruck haben, daß sie zudem unseriös, verkürzt, in falschem Zusammenhang zitiert sind, sowie nie Gesagtes unterstellen, damit die von den VerfasserInnen herbeigewünschte Sichtweise untermauert werde*. Wir denken, das wird vielen von Euch beim zweiten Lesen des Textes und einem Vergleich mit dem Info selbst auffallen.

Die VerfasserInnen reden viel um den heißen Brei, wollen jedoch eine Abkehr von dem Versuch der direkten antifaschistischen Einflußnahme auf die deutschen ArbeiterInnen und Arbeitslosen. Sie wollen eine Verabschiedung von dem Ansatz in Schulen, Stadtteilen und am Arbeitsplatz den Kampf gegen den organisierten Faschismus mit dem Kampf für soziale Interessen zu verbinden, um die Nazis dort zu bekämpfen wo sie rekrutieren und wo auch wir leben. Sie kritisieren unsere Auffassung, daß moralische Argumentation zu wenig ist, um Rassismus wirksam zu bekämpfen. Dabei bleiben sie höchst schwammig bei der Formulierung ihrer eigenen, der Kritik zugrunde liegenden, Sichtweise, so daß wir uns mit dem wenig grundsätzllich Gesagtem begnügen müssen.

Anscheinend stößt den VerfasserInnen besonders auf, daß wir uns nicht damit aufhalten die moralische Verwerflichkeit der Rassisten, Sexisten usw. zu geißeln, die auch jede/r Info-Blatt LeserIn selbst sieht. Wir weisen vielmehr in den relativ wenigen grundsätzlichen Artikeln des Infos auf die ökonomischen Interessen und Zusammenhänge hin, die Hintergrund für die Erstarkung des Rassismus und Nationalismus waren und sind. Rassismus, Sexismus und Nationalismus sind von Oben propagierte Verhaltensmuster, die in erster Linie dazu dienen die Bevölkerung zu spalten und zugunsten der Herrschenden Konkurrenz zu säen. Daß durch jahrhundertelange Deformationen

* Zwei Beispiele: Auf Seite 207 wird behauptet, daß das Antifa-Info über die REP-WählerInnen ausgesagt hätte sie seien »Opfer der »Verdummung« (AIB 6/7 Seite 17)«. Tatsächlich gab es auf der erwähnten Seite eine Zwischenüberschrift, die »Wahlkampf als Verdummung« lautete und sich auf die bürgerlichen Parteien bezog.

Auf Seite 235 wird behauptet, daß das Antifa-Info über das Lichtenhagener Pogrom ausgesagt hätte, »daß »Unterlassungen« (der Politiker – Anm. Info) (...) zum Pogrom führten« was gleichbedeutend mit der Aussage sei, daß das »Nichteingehen der Politiker auf »Bürgerproteste«« verantwortlich sei. Auf den vorherigen Seiten des Artikels ist ausführlich beschrieben, daß eine bewußte Eskalation der Situation in

durch die Klassenherrschaften diese Gesellschaftsstrukturen von einem großen Teil der Bevölkerung quasi verinnerlicht worden sind, ist Ausdruck der Abhängigkeit gegenüber den herrschenden Normen und Resultat fehlender Klassenauseinandersetzungen von Unten.

Aus der Tatsache, daß »Rassismus in Deutschland 1992« gerade durch seinen »klassenübergreifenden Charakter gekennzeichnet« ist, folgern die Autoren nicht, daß sich hier die Ideologie des Stahlhelmflügels der herrschenden Klasse durchgesetzt hat, sondern daß dies wohl am Deutschen liegen müsse und dann wird's völkisch:

Sie fragen »wie denn dem Arbeiter beizukommen ist, dessen ganzer Stolz es ist Deutscher zu sein – egal mit Job oder ohne« und »warum der Deutsche diesen schäferhundartigen Drang zum Aufhetzen lassen hat«. Leider wird nicht die Frage gestellt warum denn die Hamburger Flugblattsammler und mit ihnen viele andere diesen Drang nicht verspüren. Aus der Tatsache, daß die rassistische Mobilisierung bei dem größten Teil der Bevölkerung auf Zuspruch stößt, folgert Calamity Jane, daß alle so drauf sind und daß es mit sozialen Problemen nichts zu tun habe. Denn seit Jahrzehnten habe die Linke »auch die soziale Komponente thematisiert. (...) Und nie hat die Linke den Zulauf erfahren, den jetzt die Faschisten erleben.« Das die »soziale Komponente« der Linken in den letzten Jahren den Weg von den Flugblättern in die Praxis gefunden hätte ist zu bezweifeln. Bei den calamities scheint die Entäuschung über das »Zurückgewiesen sein« durch große Teile der Bevölkerung in eine elitäre Grundhaltung abzukippen. Sie liegen damit auf einer Wellenlänge mit der, von einigen Hamburger Gruppen vertretenen, Position, daß 99% der Deutschen Rassisten seien. »Bomber Harris – Do it now again« ist die Aufschrift eines Plakates aus Hamburg-Harburg, daß während der aus Westdeutschland organisierten Konzert- und Diskussionstour, »Etwas besseres als die Nation«, in Dresden verklebt werden sollte. Doch weiter im Text.

Frei nach dem Motto wir kennen keine Klassen mehr, sondern nur noch Deutsche, wird erklärt, daß Rassismus »kein realer kapitalistischer Konkurrenzkampf« sei, »gerade nichts Normales, sondern eine außergewöhnliche Mobilmachung, die vor allem dazu dient, sich des eigenen Werts und der eigenen Gemeinschaft zu versichern.« Mal davon abgesehen, daß auch Krieg eine außergewöhnliche Mobilmachung voraussetzt und deswegen trotzdem ein realer kapitalistischer Konkurrenzkampf bleibt, lesen sich »eigener Wert« und »eigene Gemeinschaft« wie aus einer Fallstudie für Jugendsozialarbeit, die nicht auf der Suche nach den Ursachen ist, sondern sich an den Erscheinungsformen festbeißt.

Liegt diese Sichtweise zu Grunde, dann bleibt nur noch die eigene »lupenreine« Moral als treibende Kraft der Geschichte zu sehen und aus dieser Frosch-im-Brunnen-Perspektive andere Auffassungen zu verdammen. Deshalb interpretieren sie die Texte des Info-Blattes in ihrer eigenen Art und Weise, ziehen aus nie Gesagtem ihre Schlußfolgerungen so, daß es in ihr Bild von der moralischen Verwerflichkeit der Antifa paßt.

Aus den Artikeln des Info-Blattes, die auf soziale Hintergründe für das Erstarken des Rassismus, und seine agressivste organisierte Erscheinungsform, den Faschismus, hingewiesen haben und dafür agitiert haben nicht den Rechten die soziale Frage zu überlassen, sondern vorhandene Widersprüche seitens der Linken zu nutzen und sich nicht in den Elfenbeinturm der Kritik zurückzuziehen, lesen sie eine Entlastung der Täter, da diese ja auch von sozialem Abstieg betroffen seien. Aus unserer Aussagen, daß die Angst vor sozialem Abstieg plus fehlende Perspektiven der Linken, wesentliche Faktoren sind, warum so viele Menschen rechten Parolen hinterherlaufen, lesen sie, daß Armut rassistisch mache. Sie behaupten weiterhin, daß der »Mythos des amen Rassisten« auch »ohne tatsächliche Verschlechterung der sozialen Lage« im reichen Westen weitergewirkt habe. Daß dieser »Mythos« von der bürgerlichen Presse verbreitet worden ist, ist ja richtig, doch daß es keine soziale Verschlechterung im Westen gegeben habe, ist realitätsfremder Humbug.

Von den Beschreibungen des Infos zur Geschichtsaufbereitung der DDR (Infos 11, 12, 13) sind die Calamities so gerührt, daß sie glaubten hier werden den Ossis ein Opferstatus zuerkannt. »Deutsche als Opfer: Was hier linksradikale AntifaschistInnen formulieren, hätte so ähnlich auch im Feuilleton der FAZ stehen können.«

Doch nicht nur die Nähe zur Kampfpresse der Konservativen ist ausgemacht worden, sondern auch »antisemitische«, »männerbündlerische« und »nationalrevolutionäre« Ausfälle des Antifa-Infos. Anstoß erweckte ein Plakat Berliner Antifas (Info 13), daß anläßlich des Trauerzuges Berliner Hooligans zur Ermordung von Mike Poley (1990, in Leipzig) geklebt worden war. Darin wurden die Hools aufgefordert nicht in »Hausbesetzern, Antifas, Homosexuelle oder »Ausländern«« die Feinde zu sehen, sondern sich gegen die Nazis und die »fetten Bonzenschweine« zu richten. Die Reduzierung von Kapitalismus auf das »fette Bonzenschwein« sei antisemitisch, die Betonung gemeinsamer Interessen gegen die da oben und die »Bullen« »männerbündlerisch«, wo das nationalrevolutionäre Element ausgemacht worden ist, haben wir auch noch nicht herausgefunden.

Nach dem vernichtenden Feldzug der Calamity und ihrer abstürzenden Flugblattsammler kommen sie zu ihren Lösungsansätzen und die sind nun wirklich Magerkost. Sie erschöpfen sich in der Bundestagsblockade, der damit »eng verbundenen (...) inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem staatlichen und öffentlichen Rassismus« und einer »Anti-Lager Kampagne«. Dies sei erfolgsversprechend weil langfristig. In Fugblättern wird die Parallele zu den Lagern im Nazifaschismus herausgestellt. Daß die Flüchtlinge zwar wenig Praktisches, aber viel Propagandistisches erwarten dürfen, wird aus der Aussage deutlich, »daß anstelle von Sozialarbeit für den Mob nicht die Sozialarbeit mit Flüchtlingen treten« soll. Nicht, daß wir das Anliegen falsch fänden den deutschen Rassismus in seiner geschichtlichen Kontinuität anzuprangern, uns erscheinen nur die Ausgangsbedingungen der Calamities etwas beschränkt: Sozial-Arbeit ist bei ihnen tabu, während der weitaus größte Teil der Flüchtlinge wenig Interesse an dieser politischen Agitation zeigen wird, trotz der menschenunwürdigen Realität in den Abschiebelagern und der Bedrohung durch Brandschatzereien der Nazis. Wenn die Verkündung von der Unmenschlichkeit des Rassismus nicht ausreicht, fallen den Calamities nur noch »die als »Strafexpeditionen« verschrienen Interventionen« ein. Ein bißchen wenig.

Wer aufgrund der reaktionären Stimmung in Deutschland schließt, daß dies wohl ein Geburtsmakel der hiesigen Menschen sei und das dies nicht in erster Linie an fehlendem Klassenkampf von Unten liegt, begibt sich in ein gefährliches Fahrwasser und wird auch langfristig nicht in der Lage sein, das

völkische Denken, das zur Ablenkung von den wirklichen Problemen propagiert wird, zu brechen.

Wir denken, daß der Hauptstreitpunkt zwischen dem Info-Blatt und den calamities derjenige ist, ob es in Deutschland möglich ist, Rassismus, Faschismus und Sexismus mit Teilen der deutschen Bevölkerung zusammen zu besiegen oder ob es mit dieser Bevölkerung nicht geht. Wir haben diese Hoffnung nicht aufgegeben, zumal es die einzige Perspektive ist, die Reaktion zu bekämpfen. Daran ändert auch unsere heutige Minderheitenposition nichts. Wir bleiben dabei, daß es richtig ist den rassistischen MitläuferInnen im Falle eines Angriffes auf die Schnauze zu hauen, aber ansonsten zu versuchen mit Ihnen zu reden, um einzelne von unserer Meinung zu überzeugen. Dabei haben wir es immer als selbstverständlich vorausgesetzt, daß es in erster Linie darum geht mit den Betroffenen der faschistischen, sexistischen und rassistischen Gewalt zusammen Widerstand zu leisten.

Zum Schluß möchten wir »Morality Jane und den Flugblattsammlern« noch Folgendes mit auf den Weg geben, was eine grundsätzliche Position des Info-Blattes wiedergibt: »Aller geschichtlichen Erfahrung nach ist das Hochhalten einer humanistischen Moral gegen Rassismus nur ein sehr schwaches Argument, um Menschen zu überzeugen. Erst da, wo Menschen für ihre Interessen 'gegen die da oben' eintreten, ohne sich gegen vermeintlich Schwächere zu richten, kann eine greifbare Alternative entstehen. Erst in entwickelten sozialen Auseinandersetzungen, in der die Akteure selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen, ist eine Emanzipation der Menschen von Fremdbestimmung denkbar. Wir meinen damit die Emanzipation von: Ausbeutung; der Autoritätshörigkeit, nach Oben zu buckeln und nach Unten zu treten; der Vorherrschaft von Männern gegenüber Frauen; von der fixen Idee vieler Deutscher angeblich besser zu sein als andere Nationen; von Ordnungswahn und Leistungsethos.« (aus Nachwort »Drahtzieher im braunen Netz«) ■

»Ablenken heißt durch Träume stillhalten«

Zur Darbietung von Informationen in den Medien

Das Fernsehen spielt eine immer größere Rolle unter den Medien. Seit der Einführung privatwirtschaftlicher Fernsehsender zeigt sich eine aktuelle Änderung der Informationsaufbereitung und -darstellung, auch in scheinbar objektiven Nachrichtensendungen.

Obwohl der Einfluß konservativer Politik im Fernsehen nicht zu übersehen ist, soll eine Form der Beiträge»Objektivität« vermitteln: Nachrichtensendungen. Schwerpunktsetzung in der Auswahl von Informationen entsprechen jedoch nicht den realen Geschehnissen, die Auswahl und die Aufbereitung sind mit speziellen Interessen verknüpft.

Die Massenwirkung der elektronischen Medien ist seit Goebbels und der sogenannten Mediengleichschaltung im III. Reich bekannt. Durch Gründung sogenannter öffentlich/rechtlicher Rundfunk- und Fernsehanstalten in der BRD sollte diese aber offiziell nicht mehr einseitig politisch genutzt werden, eine »Meinungsvielfalt« durch einen »Parteienproporz« gewährleistet sein. Mit Einführung der Privatsender hat sich die Situation seit einigen Jahren wieder verändert: kommerzielle Interessen stehen im Vordergrund.

Nachrichten werden als eine Ware gehandelt, die von Fernsehanstalten gekauft wird. Die Kosten hierfür werden investiert, um Einschaltquoten zu verbessern und damit Werbeeinnahmen zu erhöhen. Auch mit Nachrichtensendungen sollen Kunden geworben werden: Da allen Sendern das gleiche Agenturmaterial zur Verfügung steht, ist ein Abgrenzen von der Konkurrenz und damit ein Sichern von Marktanteilen kaum über den Umfang und die Art der Information möglich.

In der Gunst um die Fernsehzuschauer ist die Art der Präsentation der Nachrichten eher ein Mittel, »Kunden« zu werben. Wenn es aber nicht in erster Linie um Informationen, sondern um Einschaltquoten geht, wenn die Konsumenten das »richtige Programm« wählen sollen, dann ist eine Entwicklung, die seit einigen Jahren zu beobachten ist, zwangsläufig: Es findet eine Verlagerung des Angebotes an Informationswert von Nachrichten auf eine emotionale Beteiligung der FernseherInnen statt. Dabei sein, wenn geschossen wird. Geiselnahmen live erleben. Den von Krieg, Folter und Hochwasserkatastrophen und ihrem Elend Gebeutelten in die Augen sehen. Keine Berichte, die vom Kopf verarbeitet werden können, sondern Originaltöne und Bilder, die in den Bauch gehen, sind angesagt. Die ZuschauerInnen sollen mit dabeisein, wenn ein Hurrican Lebensgrundlagen zerstört, das soll den emotionalen Kick geben.

Besonders die scheinbare Objektivität von Nachrichtensendungen wird so zur Farce. Ständig werden Katastrophen gezeigt ohne politische und wirtschaftliche Hintergründe zu benennen. Auch werden nur ausgewählte Probleme gezeigt. Wenn Emotion im Vordergrund steht, geht es nicht mehr um Kritik und Reflexion, stattdessen wird Gewöhnung produziert. Zustimmung wird von den ZuschauerInnen indirekt in einer für sie selbst schwer kontrollierbaren Form erreicht, die sie kaum mehr nachvollziehen können. Eine kritische geistige Verarbeitung findet so immer weniger statt. Aus dem vorgeblichen Objektivitätsanspruch wird ein kommerziell begründetes emotionales Ansprechen. Eine Entpolitisierung des Bewußtseins wird produziert, gleichzeitig werden konservative Ideen vermittelt.

Hassmasken, skandierende »Horden«, Steine, das ist es, was von Antifas gezeigt wird. Gerade bei der Darstellung linker Aktionen zeigt sich die Qualität der aktuellen Nachrichtenaufbereitung.

Hier passen kommerzielle und konservativ – politische Absichten bestens zusammen.

Propaganda

Der Begriff Propaganda wurde von den Nazis verwendet, um die spezielle Einflußnahme auf Menschen zu beschreiben. Erstmals wurden gezielt elektronische Medien eingesetzt, um Verhalten und Weltanschauung zu beeinflußen.

»Propagandaminister« Goebbels hat sich über sein Propagandakonzept geäußert. Unsichtbar, unbewußt wirkend, indirekt und unbemerkbar wollte er sie. Er setzte bewußt auf eine Entpolitisierung zum Erreichen der politischen Ziele des NS-Staates. Und das Konzept ging auf.

Propaganda ist beschreibend, mit dem Anspruch, vermeintlich Gültiges über die Wirklichkeit zu sagen. Offene Propaganda erfordert Argumente oder zumindest Behauptungen. Sie ist oberflächlich oder verfälschend. Da Argumente entkräftet werden können, kann offene Propaganda angegriffen werden. Darüber hinaus treibt ein Übermaß an offensichtlicher Propaganda die Menschen in Opposition. Offene Propaganda wird also kaum mehrpolitisch wirksam sein.

Ein geschicktes Mittel einer nicht sichtbaren politischen Propaganda ist deshalb nachwievor die Entpolitisierung. Im Gegensatz zu offener Propaganda ist ein Ablenken von der Wirklichkeit langfristig wirksame als Propagandalügen auszusprechen.

Ablenkung statt Information

Schwerpunkt des Fernsehens der BRD war seit Beginn immer die Unterhaltung. Mit Einführung privater Sender und Anpassung von ARD und ZDF ist Beiläufigkeit und Unwirklichkeit jedoch Programm.

Ablenken heißt durch Träume stillhalten, Diskussionen vermeiden und Selbstaufklärung verhindern. Das Interesse an elektronischen Medien wird gesteigert, damit möglichst wenig selbst geredet wird und das Bewußtsein nicht angeregt wird. Zuhause Video, auf der Straße Walkman, in Geschäften und Fahrstühlen Lautsprecher... Allein das Fernsehen beansprucht über 100 Arbeitstage des statistischen Bundesbürgers. Dramaturgie mit schnellen Schnitten: Action-Thriller, Werbespot, Serie, Talkshow, Spiele; mit dem Telecommander gleichzeitig geschaltet.

Faschisten nutzten das Radio zur Beeinflussung der Menschen. In der Bundesrepublik erfaßt uns eine dauerhafte Beschäftigung unserer Wahrnehmung durch elektronische Medien. Die Menschen werden passiver und Vereinzelung wird verstärkt. Die Hauptanstrengung der Fernsehsender scheint darin zu liegen, eine Masse der Vereinzelten ohne eigene Ideen zu schaffen. Doch gerade eine solche Entwicklung ebnet Neofaschisten den Weg. Vereinzelte Individuen in einer Massengesellschaft ohne eigene, reflektierte politische Ideen rufen geradezu nach einer starken Hand, die für sie denkt.

Entpolitisierung durch die Medien unaufhaltsam ?

Es ist Konsens, daß wir mit konservativen Medien nicht zusammenarbeiten. Aber das Fernsehen arbeitet mit uns. Insbesondere in Nachrichtensendungen werden AntifaschistInnen regelmässig bei jedem Bericht über Antifaaktionen in eine »linksradikale« Ecke gestellt, und zwar mit Methoden der emotionalen Abschreckung. Unsere Inhalte fallen völlig weg. Einen Weg zu einer breiteren aktiven Vermittlung unserer eigenen Ideen haben wir bisher nicht gefunden. Die Realität sieht eher so aus, daß in bürgerlichen Medien massiv und öffentlichkeitswirksam gegen uns gearbeitet wird. So schlage ich vor, die Diskussion um die Art unserer Präsens in breit wirkenden Medien, über unsere Schwierigkeiten, die Medien selbst zu nutzen, neu zu entfachen.

Nachrichtensendungen bieten sich hier als Forum an. Auch weil hier anhand von Aktionen am ehesten unsere Inhalte eingebracht werden können. Doch hier sind Strategien erforderlich. Es ist nicht auszuschließen, das Journalisten und RedakteurInnen eine neue Qualität von Aktionen und Meinungsäusserungen in ihre Sendungen aufnehmen. Es ist aber nicht zu erwarten, daß sie unsere Meinungen aufgreifen und selbst vertreten, obwohl dies ein Ziel wäre. AntifaschistInnen müssen also selbst auftreten. Daher ist die Qualität von öffentlichen Auftritten, Interviews, persönlichen Äussererungen, die Angst vor Sanktionen nach Auftritten, die »daneben gegangen« sind, aber auch die Möglichkeit von faschistischer Verfolgung zu diskutieren.

Ein Aufbrechen unserer passiven Rolle gegenüber den Medien wäre ein Ziel. Aufregung, Empörung und Betroffenheit sind Mittel des Fernsehens; weiter oben wurde beschrieben, wie sehr sie heute von Kommerz und konservativer Politik belegt sind. Ließe sich Aufregung, Empörung und Betroffenheit mit unseren Inhalten füllen, und würden diese mit Diskussionen verknüpft, hätte ich nichts gegen die Mobilisierung der Menschen durch die Medien.

Literatur: E. Leiser: Deutschland Erwache! Propaganda im Film des III. Reiches. Rowohlt. ■

Nekrophilie der besonderen Art: Die Hess-Gedenker lassen bitten – oder – ein gut vorbereitetes »Polizeidesaster«, ein entlassener Staatssekretär und ein empörter Bürgermeister



Eigentlich unterschied den diesjährigen »Rudolf-Hess-Marsch« wenig von denen der letzten Jahre. Doch die Teilnehmerzahl ging zurück und dem Chef-Organisator CHRISTIAN WORCH (GdNF) ist es nicht gelungen den Hess-Marsch zu dem Kristallisationspunkt der Rechten zu machen. In Fulda marschierten gerade ca. 500 Nazis und die ostdeutschen Vereinigungen fehlten diesmal völlig. Bei den westdeutschen Nazis hat, bis auf die Führungsebene, ein Generationswechsel stattgefunden. Die Polizei unternahm ihr mögliches um AntifaschistInnen zu behindern und den Nazis die Straße frei zu halten, diesmal in Hessen. Aber nach den Mordanschlägen á la Solingen und der Verabschiedung des Anti-Asyl-Gesetzes scheint es selbst den etablierten Parteien im Moment nicht recht zu sein, wenn Nazis so offen marschieren. In Folge der empörten Stimmen angesichts der offenen Kumpanei von Polizei und Nazis mußte der hessische Staatssekretär des Innern CHRISTOPH KULENKAMPFF gehen und selbst der schlesisch-stämmige Innenminister Kanther gibt sich kämpferisch und fordert das Verbot der FAP – diesmal schon monatelang vor dem Inkrafttreten.

Ab Freitag den 13.8.1993 riefen die Nazis über verschiedene »Nationale Infotelefone« zu einer Kundgebung vor den Werkstoren der thüringschen Kaligrube in Bischofferode auf. Über diese Infotelefone liefen »öffentliche« und »interne« Informationen. Für die internen Informationen wurden unterschiedliche Codeworte ausgegeben. So galt für den SIEGFRIED "SS-Siggi" BORCHARD (FAP) das Codewort »Obelix«, weitere Codeworte waren »Aligator« und »Dagobert«. Über diesen Weg konnte die ohnehin bekannte





Bild links: **Ein Blick auf die Führungsriege der Kundgebung: Viktor Jamnitzky (2.v.l., mit Fahne und Kappe), Holger Apfel (JN, Redner, gestreifter Pullover), dahinter Norbert Weidner (FAP-Bonn) und Friedhelm Busse (FAP), Claude Cornilleau (mit gesenktem Kopf), John Peacock (mit Bart und Krawatte)**

Bild oben: **Zwei »Führer« im einträchtigen Gespräch miteinander: Torsten Heise (FAP-Göttingen, Niedersachsen) mit dem Einsatzleiter der Polizei. Der verbotene SS-Totenkopf wurde vom Einsatzleiter doch tatsächlich »übersehen«.**

Bild oben rechts: **Die Anti-Antifa im Einsatz: Nazis mit Anarcho-T-Shirts und -kappe machten Fotos von JournalistInnen, BürgerInnen und Antifas**

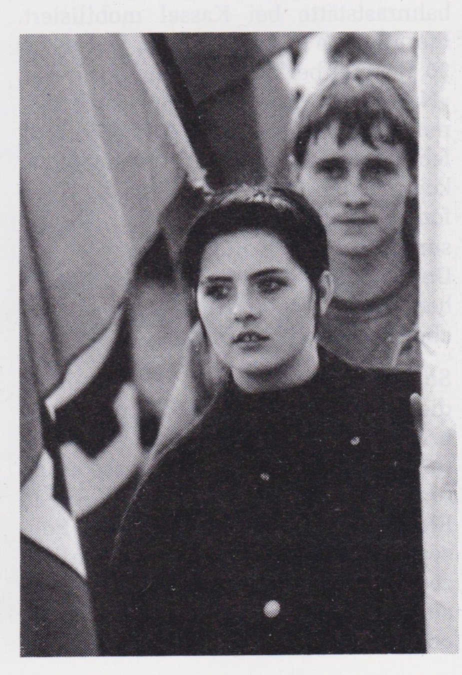
Bild rechts: **Der Chefordner auf dem Kundgebunsplatz mit SS-Totenkopf auf der Mütze**

Bild unten rechts: **Teilnehmerin an der Spitze der Demonstration. Sie hielt das Führungstransparent der FAP-Bonn**

Bild unten: **Die Spitze des Aufmarsches: Im Vordergrund Oliver Schweigert (2.v.l., GdNF Berlin) und Friedhelm Busse (rechts)**







Sonnabend, 14.8.1993 - Die Verarschung läuft

Das Ablenkungsmanöver von Seiten der Faschisten gelang bis ca. 13.00 Uhr. Spätestens da mußte allen aufgefallen sein, daß Bischofferrode nur ein gut gemachter Bluff war. Allein ein ZDF-Team, diverse Agenturfotografen und mehrere Tausend Polizisten, unterstützt von fünf Wasserwerfern und mind. vier BGS-Transporthubschraubern, hielten bis in die Abendstunden die Stellung. Bischofferrode war die Propaganda-Ente, da man auf diesem Wege, falls sonst nichts gelingen sollte, 100%ig in den Medien gewesen wäre. Aber noch hatten die Freunde der »Friedensfliegerei« nicht die Hilfsbereitschaft der hessischen Polizei erlebt.

Zuvor wurden an Polizeisperren in Sachsen und Thüringen mehr als 40 Faschisten und Nazi-Skins festgenommen. Meist wegen Mitführens von Waffen wie Gaspistolen und Baseballschlägern, sowie faschistischem Propagandamaterial. Böse Zungen behaupteten gar, daß die Ostdeutschen und auch unorganisierten Kameraden dort verheizt wurden.

Unterdessen fuhren einige hundert AntifaschistInnen in das nahe der thüringschen Grenze gelegene Duderstadt, um dort gegen die faschistische Provokation zu demonstrieren und um Faschisten abzufangen. Die Demonstration wurde jedoch durch massive Polizeipräsenz unterbunden, so daß die AntifaschistInnen wieder abziehen mußten. Eine Fahrt zu den Kalikumpeln wurde durch die Polizei verhindert.

Ab spätestens 13.30 Uhr wurde über die Telefone der Faschisten zur Autobahnraststätte bei Kassel mobilisiert. Für alle, die es interessierte, war es für 23 Pfennig bei den bekannt gegebenen »Nationalen Infotelefonen« zu erfahren, nur der hessischen Polizeiführung fehlten, so klangen die Erklärungen der kommenden Tage, angeblich die Telefongroschen. Der hessische Verfassungsschutz hatte schon am Donnerstag auf Anfrage bekannt gegeben, daß er keinen Grund sehe, am Wochenende aktiv zu werden.

So hatten sich in den Mittagstunden die ca. 500 Faschisten auf der Raststätte zu einem Konvoi gesammelt und fuhren um 14.50 Uhr mit Pressebegleitung unbehelligt auf der Autobahn in Richtung Süden. Die begleitende Polizei, zeitweilig mit drei Gruppenfahrzeugen dabei, sah sich nicht genötigt auch nur einen Finger zu krümmen oder Hilfe anzufordern. Wußten sie doch bereits wo es hingehen sollte, wie zehn Minuten später über Polizeifunk zu erfahren war. Ein Hilfsangebot des Bayrischen USK, welches an der Landesgrenze zu Hessen wartete, wurde abgelehnt. Stattdessen sah sich die hessische Polizei durchaus in der Lage, einzelne, vermeintlich antifaschistische PKW's, mit mehreren Polizeiwagen zu jagen. Allerdings nicht allzu erfolgreich, wie im Radio auf niedriger Frequenz gemeldet wurde.



Die Delegation der PNFE in Fulda

Kurzzeitig hatte es dann den Anschein, als wollte der Konvoi nach Leipzig fahren, nach telefonischer Auskunft von THOMAS »STEINER« WULFF und KAI DALEK sollten aber alle nach Fulda kommen.

Ein »Desaster« nimmt seinem Lauf

Am späten Nachmittag begann der Aufzug in 4er Reihen mit einer Kundgebung auf dem Fuldaer Domplatz vor der Hauskirche des berühmt berüchtigten Bischoff's Dyba. Unbehelligt von 60, zum Teil desinteressierten Polizisten, wurden dann die zum Teil vermummten und mit Schlagstock oder wahlweise Totschläger bewaffneten Ordner postiert. Während Kundgebung und Aufmarsch wurden BürgerInnen und teilweise auch Journalisten angespuckt, beleidigt und mit Fausthieben vertrieben. Einem Journalisten wurde von OLIVER SCHWEIGERT und BERND STEHMANN (GdNF) der Presseausweis geraubt, von einem anderen ein Steckbrief verteilt, woraufhin etliche Faschisten ausschwärmten um ihn zu suchen. Eine gut vorbereitete Aktion, die genauso unter den Augen der Polizei ablief, wie die Jagd auf Antifas durch die Ordner. JournalistInnen und ZuschauerInnen wurden von einem mit Anarchcho-T-Shirt verkleideten langhaarigen Neonazi aus den Niederlanden fotografiert. Hätte sich dieser nicht mit dem niederländischen GdNF'ler EITE HOMAN so freundschaftlich unterhalten, wäre seine Tarnung kaum aufgeflogen.

Die Kundgebung auf dem Domplatz wurde inzwischen kurzerhand zur »geschlossenen Veranstaltung« erklärt. Fast jeder zweite stolzierte mit dem Kennzeichen der Waffen-SS an Jacke oder Mütze herum oder präsentierte andere verbotene Abzeichen. Für die Hüter des Rechts war das kein Grund aktiv zu werden. Im Gegenteil: Der Einsatzleiter der Polizei verständigte sich zu Beginn des Marsches mit dem sogenannten »FAP-Gauleiter Niedersachsen«, THORSTEN HEISE, über die Demonstrationsroute, woraufhin sich das vereinte Europa von Vorgestern artig in 4er Reihen aufstellte und mit lokkerer Polizeibegleitung »spontan« durch Fulda marschierte.

Im Ordnerdienst tat sich besonders MANFRED HUCK, ANK (Aktionsgemeinschaft Nationaler Kameraden), bei der Befehlsvergabe an einen Teil des Ordnerdienstes hervor. Noch in der Vorwoche sollte er den Abschied von seinen Kameraden bekannt gegeben haben. Wahr ist allerdings, daß er es in der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GDNF) nicht allzu leicht hat, da er sich offen zur Homosexualität bekennt. Bei einem Treffen der Nazis in der Müllerschen Gärtnerei in Mainz soll es dafür schon

Hiebe gesetzt haben, doch der Cheforganisator der GdNF, Christian Worch, hält dennoch zu ihm.

Internationale Beteiligung

Während der Kundgebung hörten sich die ca. 700 Faschisten artig bis gelangweilt unter anderem die Tiraden des französischen PNFE-Präsidenten CLAUDE CORNILLEAU über ein »freies Europa« an. Der Pariser Cornilleau war für den ebenfalls anwesenden CHRISTIAN MALCOCI und andere Faschisten als Präsident der PNFE kein Unbekannter. Empfing er sie doch im Juli 1989 in Paris mit einer Delegation der FAP zum Gedankenaustausch. 1991 organisierte Cornilleau die Anreise der Französischen Faschisten zur »Hess-Demo« in Bayreuth. Mobilisiert wurden sie dieses Jahr von EWALD BELA ALTHANS, der zusammen mit ca. 500 französischen Nazis eine Sonnenwendfeier (19/20.Juni) im Elsaß veranstaltet hatte. Für die Delegation der BRITISH NATIONAL PARTY trat deren zweiter Vorsitzende JOHN PEACOCK in die Bütt. Von den GdNF'lern aus den Niederlanden, der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB) und der schwedischen Terrororganisation VAM (Weißer Arischer Widerstand), die größtenteils vermummt auftraten, wurde kein Redner gestellt.

Der niedersächsische Vorsitzende der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN), HOLGER APFEL, war derartig gerührt über den Umstand, daß seine Organisation dieses Jahr zum ersten Mal offiziell Mitveranstalter war, daß er kaum einen vollständigen Satz zustande brachte. Als Redner fehlen durfte auch diesmal der eifrig um die Führerrolle der NS-Bewegung werbende WOLFGANG JUCHEM nicht.

In der Ehrenriege befanden sich außerdem, neben der rethorischen Valiumkanone Worch, NORBERT WEIDNER - FAP Bonn/St. Augustin und einer der führenden Köpfe der Anti-Antifa, Tho-

Organisationen aus der BRD:

DL/Deutsche Liga
FAP/Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
JN/Junge Nationaldemokraten
NB/Nationaler Block
NL/Nationale Liste
NPD/Nationaldemokratische Partei Deutschlands
Sturmvogel
WJ/Wiking Jugend

Organisationen aus dem Ausland:

VAM/Weißer Arischer Widerstand (Schweden)
DNSB/Danmarks National Sosjalistik Bevaegelse – Dänische Nationalsozialistische Bewegung (Dänemark)
BNP/Britsch National Party
PNFE/Parti Nationaliste Francais et Europeen – sog. »Schwesterpartei« der FAP (Frankreich)

Von einigen Nazis, die nicht erschienen

Für den Freitag nachmittag drohte die Münchener Polizei die Herzog-Heinrich Straße - Sitz der AVÖ (Althansbüro) und Treffpunkt für die Abfahrt zur Gedenkkundgebung - abzusperren, da für den Sonnabend morgen von antifaschistischer Seite eine Blockade des Abfahrt- /Sammelpunktes der Althansgetreuen angekündigt worden war. Die Polizei forderte die Busunternehmen nicht für die Nazis zu fahren und die georderten Ersatzbusse aus der Tschechischen Republik erschienen nicht. Die ca. 80 Nazis, die sich vor dem AVÖ-Büro getroffen haben, blieben vor Ort, lediglich 16 "Kameraden" bestiegen ihre Privatautos, der Rest zog gesenkten Kopfes von dannen. ALTHANS selber ist nicht in Fulda angekommen. Bis auf Friedhelm Busse, der dies als seinen Sieg über Althans verkaufte, ansonsten aber nichts mit der Organisation zu tun hatte, wurden kaum bayrische Faschisten in Fulda gesehen. Auffallend auch das Fehlen von ROMAN DANNEBERG, obwohl er über Telefon einigen versprengten "Kameraden" den Weg gewiesen hat. Auch das Großmaul HEINZ REISZ, der im Rhein-Main-Gebiet an Bedeutung verloren hat, sowie der Rest der DEUTSCHEN ALTERNATIVE war nicht erschienen.

Bei OTTO RIEHS aus Frankfurt gab es eine kleine Überraschung durch AntifaschistInnen. Er hatte am Freitag Nachmittag eine Heimsuchung der besonderen Art. Die Fassade seines Hauses wie auch der Flur wurden mit reichlich Farbe und Parolen verziert. Sein Haustierchen, eine Boa, soll einen mächtigen Schreck bekommen haben. Der Maintaler GdNF-Funktionär KLAUS ZUR LIENEN wurde von Antifas am Morgen des 14. August besucht und durch eine Blockade unter Hausarrest gestellt. Der Chef der SAUERLÄNDER AKTIONSFRONT, THOMAS KUBIAK, wurde vor seiner Haustür überfallen und statt nach Fulda ins Krankenhaus geschickt, worauf die Polizei gegen 13 Antifas aus Arolsen Haftbefehle erließ (siehe Artikel Kriminalisierung).

Die österreichischen Kameraden wie die Wiener Brüder KMENT - Besitzer der Hein Gericke-Generalvertretung - sind entweder im Urlaubs-Rückreiseverkehr oder schon an der deutsch-österreichischen Grenze hängengeblieben, ihr Firmenwagen (mit Hein Gericke-Logo versteht sich) wurde in Fulda jedenfalls nicht gesehen.

Personen aus der BRD:

Holger Apfel: JN-Landesvors. Nieders., stellv. Bundesvorsitzender, (Redner)
Siegfried »SS-Siggi« Borchard: GdNF/FAP/HNG; Dortmund
Friedhelm Busse: FAP-Bundesvorsitzender/HNG; München, (Redner)
Illias Castelas, stellv. Vorsitzender der DEUTSCHEN NATIONALISTEN (DN)
Kai Dalek: GdNF; Kronach
Meinolf Otto Elbing: ehem. NF/DL/WJ; Bielefeld
Thorsten Heise: »FAP-Gauleiter Niedersachsen«/HNG; Göttingen
Manfred Huck: ANK/GdNF; Mannheim, (Leiter des Ordnerdienstes), (will angeblich ausgestiegen sein, haha!)
Steffen Hupka: ehem. »Bereichsleiter Mitte« NF/HNG; ehem. Hannover, jetzt Raum Quedlinburg
Victor Jamnitzky: FAP/WJ/Stahlhelm; Wuppertal
Wolfgang Juchem: GdNF/Aktion Freies Deutschland/ex? Liste-D/DL/UFK; (Redner); Hessisch Lichtenau
Hans Peter Krieger: FAP/WJ/Initiative Gesamtdeutschland; Bonn
Christian Malcoci: WJ/FAP/GdNF; Grevenbroich
Michael Petri: GdNF/ Vorsitz. der DEUT SCHE NATIONALISTEN (DN); Hochheim
Markus Privenau: GdNF/HNG/FAP/ex NPD & JN; Bremen
Dieter Riefling: angebl. ex-FAP/HNG; Oer-Erkenschwik
Matthias Ries: FAP/WJ-Kontaktperson für »GAU-NRW«; Duisburg
Andreas Rossiar: ex? FAP/HVD; Pfullingen
Oliver Schweigert: GdNF/FAP/HNG/Die Nationalen/ Freiheitspartei/NS/ex? NA; Berlin
Markus Spruck: FAP/Sturmvogel/ex? DVU/ex NPD; Bonn
Bernd Stehmann: DA (verboten)/ HNG/FAP/GdNF; Bielefeld
Thorsten Vries: GdNF/exNPD/ Deutscher Kameradschafts Bund (verboten); Wilhelmhaven
Norbert Weidner: GdNF/HNG/FAP/ Anti-Antifa; Bonn, (Redner)
Dirk Winkel: FAP-Umfeld; Kassel, (Unterzeichner der undatierten schriftlichen Anmeldung)
Lisa Wollschläger: GdNF/DFF/DA (verboten); Hamburg
Christian »Obelix« Worch: GdNF/NL/FAP/HNG ; Hamburg
Ursula Worch: GdNF/NL/DFF/FAP/ DA (verboten)/HNG; Hamburg
Thomas »Steiner« Wulff: GdNF/NL/FAP/HNG; Hamburg
Axel Zehnsdorf: HNG/FAP zuletzt »Gauleiter-NRW«; Hattingen, (will angeblich ausgestiegen sein, haha!)

Personen aus dem Ausland:

Claude Cornilleau: PNFE-Präsident; Paris, (Redner)
Eite Homan: GdNF/ANS Niederlande; Groningen
John Peacock: BNP (Britsh National Party), (Redner)

mas »Steiner« Wulff von der NL aus Hamburg, der mediengeile FAP-Vorsitzende FRIEDHELM BUSSE und Vertreter der NPD sowie deren Jungendorganisation JN.

Für einige Beobachter überraschend war das Fehlen von GARY LAUCK, GERD HONSIK und DAVID IRVING. Wurden sie doch, zwar nicht zusammen aber immerhin, 48 Stunden vor der »Spontan«kundgebung/Demonstration in der BRD gesehen. Der mit Einreiseverbot belegte Irving spazierte in der Begleitung dreier älterer Herren auf dem Hamburger Flughafen herum. Honsik, aufgrund seines Haftbefehls nun mit Vollbart, spazierte über den Bahnhof von Nürnberg. Nur wenige Tage zuvor wurde der »deutsche Barde« und einer der wichtigsten österreichischen Faschisten in Österreich zu eineinhalb Jahren Knast ohne Bewährung wg. »Wiederbetätigung« verurteilt. Mr.»No comment«-Gary Lauck aus Nebraska war wieder einmal in Propagandasachen in Berlin unterwegs und verteilte dort fleißig Material.

Zeitgleich zum Naziaufmarsch übte sich die Polizei in ihrer klassischen Rolle gegen Linke. So wurden mehrere Autobusse und PKW mit AntifaschistInnen aus Norddeutschland an der Autobahnabfahrt Fulda-Nord und der Stadgrenze von Fulda durch örtliche Polizeibeamte, unterstützt durch das hessische Antiterror- Sondereinsatzkommando SEK, festgehalten. Im Anschluß an den gelungenen Nazi-Aufmarsch sperrten die hessischen Einsatzkräfte aber dann immerhin die Autobahn Richtung Norden um ein Zusammentreffen der Faschisten mit den Antifas zu verhindern. Wahrlich eine Meisterleistung, waren an diesem Tag in Thüringen, Sachsen, Bayern und Niedersachsen doch über 10.000 Polizeibeamte im Einsatz, um die jährliche Versammlung nekropihiler Vorgestriger zu unterbinden.

Das Nachspiel

Die Lamentos des Oberbürgermeister HAMBERGER wirkten schon vor Ort obskur. Hatte doch die Innenbehörde seiner Stadt zwei Tage vor dem Aufmarsch ein Anmeldungsschreiben incl. Demonstrationsroute erhalten. Die Ausrede, »es fehlte das Datum der gemeldeten Kundgebung« ist eigentlich schon einen Asbach Uralt wert. Ebenso die Erklärung aus der Polizeiführung, daß die meisten hessischen Beamten in den benachbarten Bundesländern eingesetzt waren, ist doch direkt bei Fulda eine allseits berüchtigt bekannte BGS-



Auch das sind Teilnehmer das »Gedenkmarsches«

Kaserne. Laut Information von Antifas aus Fulda wußten die eingesetzten Polizisten bereits seit 12 Uhr mittags von dem bevorstehenden Aufmarsch, wie einer der eingesetzten Beamte in einem Gespräch erzählte.

Alles in allem sieht der Einsatz der hessischen Polizeiführung nach einem Mannöver aus, welches zum Ziel hatte, die »Rot«-Grüne Landesregierung zu diskreditieren. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß eine Landesregierung oder unliebsame Politiker durch Polizeieinsätze an- bzw. abgeschossen wird. Wie anders soll es sonst zu verstehen sein, daß sonst jede Demonstration in Hessen von der Polizei auf Video aufgenommen wird, in Fulda der Dokumentationstrupp die Kameras jedoch nicht auspacken sollte. Das Gerede über eine »nun nicht mögliche Identifizierung« von Straftätern wirkt da doch mehr als peinlich. Das Mannöver der Polizei die Nazis marschieren zu lassen, ging nach hinten los. Werden im Augenblick Journalisten von den Bundesämtern für Verfassungsschutz darin unterichtet, daß die Gewalt von den Antifas ausgehen würde, um eine umfassende Kriminalisierung der Antifa-Bewegung einzuleiten, steht die Nazigewalt nach Fulda weiter im Brennpunkt der Öffentlichkeit.

Peinlich, oder besser gesagt hilflos, mutet der Vorschlag nach einem »vorsorglichen Demonstrationsverbot« und der beabsichtigten Einsetzung eines »Beauftragten für die polizeiliche Behandlung von Rechtsextremisten« durch das hessische Innenministerium an. Auch ist das »Verbot des öffentlichen Aufführens« der Reichskriegsflagge in mehreren Bundesländern nur Augenwischerei. Polizeibeamte haben laut eigener Aussage nur in den seltensten Fällen eine Ahnung, wie denn die Reichskriegsflagge aussieht.

Da mehrere Abwandlungen dieser Flagge existieren, werden denn die Gerichte nach erfolgten Verhaftungen, wenn es sie tatsächlich geben sollte, was bei der historisch erwiesenen Einäugigkeit der deutschen Polizei nur schwer zu glauben ist, wohl zu entscheiden haben, was denn nun eine Reichskriegsflagge ist und was sich als Reichsdienst-oder-sonst-was-Flagge entpuppt. Dabei hilft doch schon ein kurzer Blick in ein besseres Geschichtsbuch, welcher auch der deutschen Polizei gut tun würde.

Und das Geschrei nach einem Verbot der FAP kommt wie immer schon so früh, daß sich sämtliche Mitglieder der Partei schon in aller Ruhe eine neue Heimat sowie einen neuen Parteiausweis suchen und alles belastende Material verschwinden lassen können. Somit wird auch dieses Verbot, so es denn tatsächlich kommt, schon im Vorfeld zur Farce gemacht. Die mittlerweile hinlänglich bekannte Struktur der GdNF und auch der NSDAP/AO wird mit derartiger Augenwischerei in keiner Weise angekratzt. ■

Quellen: FR, taz, Berliner Zeitung, ak, Blick nach Rechts, Antifaschistische Nachrichten, Der Rechte Rand, Presseerklärungen der bayr. und hess. Innenministerien, hilfreiche GenossInnen und einige dusselige Faschos.

AntifaschistInnen werden aktiv

Gütersloh

Güterslober AntifaschistInnen berichten, wie sie im Vorfeld des Hess-Aufmarsches die Initiative ergriffen und verantwortliche Faschisten in ihrem trauten Heim aufsuchten. Die AnwohnerInnen wurden über das Treiben ihrer braunen Nachbarn informiert, von denen einer partout seinen Geburtstag nicht mehr zu Ende feiern wollte. Ein gutes Beispiel für eine aktive regionale Vernetzung.

Im Vorfeld des Aufmarsches von Faschisten anläßlich des Todestages des ehemaligen Hitler-Stellvertreters R. Hess wurde im Kreis Gütersloh eine Informations- und Mobilisierungskampagne durchgeführt. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß allein eine Gegendemo weder den Aufmarsch der Faschisten verhindern, noch Informationen an die breite Öffentlichkeit bringen konnte. Deswegen haben wir zur diesjährigen Mobilisierung mehrere Aktionen durchgeführt. Ziel war zum einem, den Zusammenhang zwischen den im Gütersloher Gebiet aktiven Faschisten und den Rudolf-Hess-Gedenkmärschen klarzumachen und diese Personen ins Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Andererseits wollten wir den Faschisten klarmachen, daß sie für uns jederzeit angreifbar sind. Weiterhin wollten wir anhand dieser Personen aufzeigen, daß Faschismus und Rassismus nicht vom Himmel fallen, sondern vorbereitet werden – ob in Gütersloh, in Wunsiedel oder Bonn.

Für die Aktionen haben wir uns Personen herausgesucht, die an der Vorbereitung oder Durchführung des Gedenkmarsches in den letzten Jahren aktiv berteiligt waren. Die Organisation übernahmen die örtlichen Antifas, die Durchführung wurde vom gesamten Kreisplenum getragen. Um sicher zu gehen, daß unsere Aktionen und deren Inhalt richtig in den regionalen Medien dargestellt werden, haben wir uns schon früh um die Presse gekümmert. Die ReporterInnen waren mit Pressemappen, einem Infogespräch und Filmaufnahmen auf die Aktionen vorbereitet worden und wurden bei den Aktionen betreut.

Zuerst waren wir bei BERND STEHMANN in Steinhagen. Dieser war letztes Jahr mit für den Ordnerdienst in Rudolfstadt verantwortlich und betätigt sich als leitender GdNF-Kader. Wir führten mit 120 AntifaschistInnen einen nächtlichen Scheinangriff auf seine Wohnung durch. Nach Parolenrufen und Lärm hielten wir Redebeiträge und verteilten Flugblätter zur Information an die Nachbarschaft. Um Fehleinschätzungen bei der Polizei vorzubeugen, haben wir diese einige Minuten vor der Aktion über deren gewaltfreien Charakter informiert.

Das nächste Ziel war MEINOLF SCHÖNBORN, langjähriger Vorsitzender der Nationalistischen Front, der nach dem NF-Verbot daran arbeitet, neue Strukturen aufzubauen (heute aus Polen heraus). M. Schönborn, der oft auf Reisen ist, findet sich immer wieder in seinem Elternhaus ein, das ihm über Jahre die Basis für seine faschistische Arbeit bot. Da er in dieser Nacht nicht zu Hause war, wurde der Schwerpunkt auf Information und Öffentlichkeitsarbeit gelegt.

Die dritte Aktion fand bei BERTHOLD DINTER statt, er ist Vorsitzender des VOLKSBUNDES-RUDOLF HESS und meldet seit Jahren die Aufmärsche in Wunsiedel an. Er wurde mit einer Kundgebung mit Parolen und Straßenblockade bedacht. Zufälligerweise störten wir seine private Geburtagsfeier, welche er fluchtartig verließ – was über eine Radio-Liveschaltung klasse ankam.

Als letztes verteilten wir Flugblätter in Versmold über drei örtliche Faschisten, die 1992 das Fronttransparent des DEUTSCHEN WEG getragen hatten. Nach unserem Auftritt liefen organisierte Angriffe gegen örtliche Antifas.

Unsere Aktionen waren verknüpft mit Infoveranstaltungen in den einzelnen Städten. Abschließend können wir sagen, daß für uns in der Kleinstadt unsere Kampagne als Teil der bundesweiten Mobilisierung wichtig und erfolgreich war. Vertrauen zwischen den Antifa-Gruppen der Region konnte durch ein besseres Kennenlernen entstehen und ein besserer Kontakt zur Presse aufgebaut werden. Auch die Mobilisierung zum Tag des Nazi-Aufmarsches verlief gut.

Hannover

Buttersäure gegen CDU

Am 17.September besuchten 30 Antifas die CDU-Geschäftsstelle in der Walderseestr. 21 und hinterließen Buttersäure. Anlaß für diese Aktion war eine für den selben Tag angesetzte Veranstaltung der STAATS- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN GESELLSCHAFT e.V., in deren Rahmen die CDU-Bundestagsabgeordnete GERTRUD DEMPWOLF zu »Vertriebenenfragen« sprechen sollte. Diese Gesellschaft ist in der Braunzone zwischen Konservativen und Faschisten angesiedelt und dient zur Verbreitung und Modernisierung rechtsextremer Ideologie. Bezeichnenderweise ist der 1.Vorsitzende der Gesellschaft, HUGO WELLENS, ehemaliges NSDAP-Mitglied und hatte schon dort hohe Positionen bekleidet. Nach dem Krieg trat er als Chefredakteur mehrer rechtsextremer und revanchistischer Vereinigungen auf. Sein Stellvertreter ist der (Ex-) REP Europaabgeordnete EMIL SCHLEE; der nach einer gescheiterten Intrige gegen Schönhuber 1992 ausgetreten ist.

Die vorangegangenen Veranstaltungen in Hannover wurden mehrmals von Protesten und Blockaden der Antifas begleitet. Daraufhin erklärte die CDU-Geschäftsstelle, daß sie von nun an dieser Gesellschaft keine Räume mehr zur Verfügung stellen wolle, was sie aber dann doch tat. Den Vorsitz sollte FELIX SCHECKE übernehmen, der gleichzeitug Vorsizender der OST- UND MITTELDEUTSCHEN VEREINIGUNG der CDU ist.

Frankfurt/Oder

Am 4.September demonstrierten etwa 1.000 Menschen durch die Grenzstadt Frankfurt/Oder. Geplant war ein Aktionstag mit anschließendem Straßenfest und Aktionen auf der deutschen und polnischen Seite. Die Aktionen sollten die Forderung nach offenen Grenzen unterstützen und darauf hinweisen, wie gegen Flüchtlinge, die illegal einreisen vorgegangen wird. Nicht nur der Bundesgrenzschutz ist auf Suche nach »illegal einreisenden Ausländern«, sondern auch 1.500 angeworbene Hilfskräfte des BGS, die sich zum Teil aus dem rechtsextremen Spektrum, sowie rassistischen Bürgerwehren rekrutieren. Daneben gehen auch organisierte Nazis auf die »Jagd«. Etwa 80% der aufgegriffenen Flüchtlinge werden laut Auskunft des BGS durch die Denunziation aufgegriffen. Es haben sich schon viele Flüchtlinge erhebliche Verletzungen beim Versuch der Grenzüberschreitung zugezogen, z.B. beim Abspringen aus fahrenden Zügen, andere sind bei Versuchen, die Oder zu durchschwimmen, ertrunken. Werden die Flüchtlinge festgenommen, so wird ihnen in der Regel von den deutschen Behörden das wenige Geld gestohlen (wg. der zu erwartenen Verfahrenskosten), danach werden sie sofort abgeschoben.

Auf der Demo redeten Beate Klarsfeld und polnische AntirassistInnen, während die Zusammenarbeit der BerlinerInnen mit den Frankfurter Gruppen eher beschissen lief. Das Straßenfest, die Möglichkeit mit den BürgerInnen Kontakt aufzunehmen, mußte bereits am frühen Abend abgebrochen werden und grenzüberschreitende Aktionen waren polizeilich verboten. Außer einem Faltboot mit Transparent gab es keine weiteren Aktionen.

Im Vorfeld der Demo rührte die Gegenseite kräftig die Propagandatrommel und verbreitete Furcht vor den erwarteten Berliner Autonomen. Den DemonstrantInnen standen etwa 1.300 Bullen gegenüber, die aus verschiedenen Bundesländern herangekarrt worden waren. Bis auf drei Festnahmen wg. Werfens von Farbbeuteln gab es keine Zwischenfälle. Eindrucksvoll unterstrich das Auftreten der deutschen Polizei des »Rechts«staates, daß hier immer noch ein Grenzregime am Werke ist: Zwei Wasserwerfer und zahlreiche Einsatzkräfte schützen den Grenzübergang – wohl um Republikflucht zu unterbinden.

Foto rechts: **Demo in Frankfurt/Oder**

Foto unten: **Paddelboot-Aktion auf dem Grenzfluß Oder**



BRD

»Stoppt Nazi-Zeitungen«

Im Frühsommer begann eine bundesweite Kampagne der »Edelweiß-Piraten« gegen den öffentlichen Verkauf faschistischer Zeitungen. Seitdem hat sich viel getan:

In über 150 Orten der Bundesrepublik haben sich Menschen und Gruppen beteiligt, die Idee wurde von vielen un-

terschiedlichen Organisationen aufgegriffen und weiterentwickelt. Schon längst sind es nicht mehr nur die EPIs, die aktiv gegen die rechtsradikalen Presseerzeugnisse vorgehen. Ganze Bündnisse haben sich dem Thema angenommen – mit Erfolg. Denn es wurde nicht nur erreicht, daß das Thema »faschistische Presse« immer mehr beachtet wurde, sondern auch der öffentliche Verkauf ist stark zurückgegangen. So hat z.B. die »Nationalzeitung« der Deutschen Volksunion (DVU) eine geschätzte Umsatzeinbuße von 50% zu beklagen. Ein Großteil der ZeitschriftenhändlerInnen hat die rechtsextremistischen Zeitungen entweder unter den Ladentisch verdammt oder ganz aus dem Angebot rausgenommen.

Der Grund dafür liegt sicher nur zum Teil an einer politischen Einsicht. Aber vielen HändlerInnen ist auch klargeworden, daß sie ziemlich unter Druck stehen: Wenn öffentlich bekanntgegeben wird, daß in ihrem Laden faschistische Propaganda verkauft wird, werden sicher viele KundInnen dort nicht mehr einkaufen. Da nimmt man lieber die paar Mark Umsatzeinbuße in Kauf und läßt die Nazi-Zeitungen außen vor, als vor der Kundschaft als Vertreiber faschistischer Propaganda dazustehen.

Daß es solchen Druck gibt, liegt gerade an dem Zusammenwirken vieler unterschiedlicher Gruppen. Neben dem massiven Verschicken von Briefen an die EinzelhändlerInnen durch die Edelweiß-Piraten gab es z.B. Aktionen des Jugendbereichs der »Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherung« mit Kundgebungen vor Kaufhäusern und Druck über die Betriebsräte der Einzelhandelsketten.

Jüdische Organisationen haben sich gegen den Verkauf gewandt. Militante Gruppen werfen Buttersäure in Läden, die weiterhin bewußt Nazi-Zeitungen anbieten. Bürgerinitiativen gehen mit Plakaten, Briefen und öffentlichen Protesten vor. Stadtzeitungen veröffentlichen Adressen von Läden, die sich weigern, den braunen Dreck aus dem Angebot herauszunehmen. SchülerInnen-Gruppen machen Blockaden vor den Geschäften.

Natürlich hat auch die Gegenseite nicht geschlafen: Mit Strafanzeigen reagierten die Einzelhandelsverbände, ZeitungshändlerInnen und die betroffenen Zeitschriften. In Berlin gab es in diesem Zusammenhang sogar mehrere Hausdurchsuchungen. In eigenen Zeitungsanzeigen rufen die rechtsextremen Blätter zur Denunziation auf, um herauszufinden, welche Personen hinter der Kampagne stehen.


Berlin-Marzahn: Am Rande der Antifa-Demo provozieren Jungnazis

Nützt aber alles nichts, der Verkauf geht bundesweit immer weiter zurück und das ist in einer Zeit vieler Rückschläge und politischer Niederlagen auch mal ein – wenn auch kleiner – Erfolg.

Kontakt: Edelweiß-Piraten Lüneburg
c/o Heinrich-Böll-Haus, Katzenstr.2
21335 Lüneburg

Stralsund

»Die Fußgängerzone ist voll!«

Am Samstag den 21. August wurde vormittags in Stralsund die Innenstadt gesperrt. Eine »Einreise« war nur mit Antrag beim »Amt für Einreiseangelegenheiten und Abschiebungen« möglich. Auf diesem wurde nach der Herkunft, dem bisherigen Weg, dem Grund, eventuellen Verwandten in der Innenstadt und den mitgeführten Wertsachen gefragt. Kamen die Leute aus sicheren Drittstadtteilen, war eine Einreise nur sehr schwer möglich, sie hatten natürlich die Möglichkeit, aus diesem sicheren Drittstadtteil Einspruch gegen den Entscheid einzulegen. Leider waren die VeranstalterInnen längst nicht so konsequent wie der BGS und die »Bürgerwehren« an den deutschen Grenzen. Das Ganze wurde organisiert von einem weiten Spektrum antirassistischer Leute, welches von unabhängigen Antifas über Gewerkschaften, Kirchen, Neues Forum bis zur Ausländerbeauftragten der Stadt reichte. Unterstützt wurden sie noch von Antifas aus Neubrandenburg. Den PassantInnen wurden zu ihrem Einreiseantrag noch zwei erklärende Flugblätter übergeben, das eine informierte über die Situation in einigen sogenannten »sicheren« Drittstaaten, das andere wiederlegte die häufigsten Vorurteile gegenüber AusländerInnen.

Östringen

Die Jahresfeier der NORDISCHEN JUGEND (NJ) am 7. Mai in Östringen, bei Bruchsal, mußte aufgrund einer Antifa-Störaktion abgeblasen werden. Antifas trafen gerade ein, als der Nazi-Liederbarde FRANK RENNICKE und einige andere Faschos die Vorbereitungen trafen. Sofort traten die Faschos die Flucht an und ließen die *»Kiddies zurück, denen wir aber kein Haar gekrümmt haben. Da ihr Schiss zu beachtlichen Fluchttempo führte beschränkten wir uns hauptsächlich auf Sachschaden, zwei Autos und die Vorräte mußten dran glauben.«*

Aus der Sicht der Faschos kamen die angereisten Mitglieder der AKTIONSFRONT NATIONALER KAMERADEN zu spät, so daß nur ein Sachschaden von c.a. 10.000 DM festzustellen gewesen sei. Die NJ führte daraufhin ihre Versammlung, nach Benachrichtigung der Polizei, in einer Kneipe durch.

Langen

Mehrere türkische Antifaschisten stürmten das Haus des Neonazis THOMAS BREHL nach einer Demonstration in Langen. Brehl war nicht zu Hause, und so flog nur seine Einrichtung und der Nazi-Schrott auf die Straße. Auch

wenn Brehl heute aufgrund seines Alkoholismus kein Nazi-Kader mehr ist, hat es in dem langjährigen Kühnen-Gefährten nicht gerade einen Falschen erwischt.

(aus Antifa-Info-Frankfurt/M.)

Berlin

Antifaschistische Ausstellung

Die **Edelweiß-Piraten** Berlin haben gemeinsam mit der **Antifa Prenzlauer Berg** eine Ausstellung zusammengestellt. Im ersten Teil werden faschistische Strukturen im Prenzl'Berg und die Ziele der Faschisten dargestellt; im zweiten informieren die Epis über ihre Arbeit. Die Ausstellung wird im Oktober im Clash, Uferstr.13 (Wedding) zu sehen sein.

Antifa-Demo in Berlin-Marzahn

Etwa 2.000 zumeist Jugendliche demonstrierten am 21.August, dem Jahrestag des Rostock-Pogroms, durch die Berliner Trabantenstadt Marzahn. Letztes Jahr wurde in Marzahn der Vietnamese Van Tu erstochen, Übergriffe auf Schwarze und »nicht-deutsch« aussehende Menschen sind seit zwei Jahren häufig, ebenso wie der Terror gegen Jugendliche, die sich nicht den Nazis anpassen wollen. In Marzahn und den angrenzenden Bezirken rekrutieren die FAP, die Nachfolger der verbotenen NF, die vebotene DA und diverse Nazi-Grüppchen. Ein Zentrum der Rechten ist der wieder aufgebaute Jugendclub »Wurzel«, in dem wiederholt Nazi-Skin-Bands auftreten.

Grund genug um (mehr) als eine Demo zu machen. Die Demo wurde von einem Bündnis verschiedener Antifa-Gruppen organisiert und nachträglich als Erfolg gewertet. Doch ca. 80 Nazis griffen die Demo wiederholt an und provozierten am Rande. In der Nähe der Abschlußkundgebung hatten sich die Faschos in einem Treppenaufgang verteilt und mit Sand gefüllte Flaschen in die Menge geschmissen. Den Versuch von Antifas, dies zu unterbinden und von der Demo in den Treppenaufgang zu gelangen, nahm die Polizei zum Anlaß, wahllos drauflos zu prügeln. Im Anschluß daran entfernten die Bullen die Nazis aus dem Treppenaufgang.

Während der größte Teil der DemoteilnehmerInnen geschlossen mit öffentlichen Verkehrsmitteln abfuhr, machten die Nazis Hetz-Jagd auf kleinere Gruppen von Antifas, die zu wenige waren um sich gegen die Überzahl verteidigen zu können. Das Resultat ist, daß es zwar eine gute Demo gegeben hat, daß aber die Nazis unmittelbar danach wieder den Ort besetzen und ihren Terror ausüben konnten.

Antifaschistische Wagensportliga

Der Chevrolet des REP-Umweltstadtrates im Wedding, Hermann VOSS, wurde durch die antifaschistische Gruppe »21. November« in Charlottenburg durch zwei Brandsätze erheblich beschädigt (Sachschaden: 60.000 DM).

Der Mazda von Rudolf KENDZIA wurde in Rudow angezündet und ist vollständig ausgebrannt. Kendzia saß bereits Ende der 60iger Jahre im Berliner Landesverband der NPD, war bei den Sammlungsversuchen der Berliner Nazis Ende der 80iger Jahre als Herausgeber der Nazi-Postille Freie Umschau aktiv, brachte es dann bis zum Landesgeschäftsführer der Berliner REPs und später bei dem erneuten Versuch, die NS-Szene zu vereinen wurde er einer von drei Bundesvorsitzenden. Ende 1992 trat Kendzia zurück um in Ruhe als Grundstücksvermittler im Raum Berlin-Brandenburg tätig zu sein. Ob das nun Geschäfte sind, die nichts mit dem Nazi-Filz zu tun haben ist fragwürdig – wirbt doch »Kendzia&Partner« in der NS-Zeitung »Nation und Europa«.

Der Pkw von Karl-Heinz SCHMIDT, neuköllner Kandidat für die NATIONALEN, wurde ebenfalls in Berlin 47 in Brand gesetzt.

Anderes

In der Nacht zum 18.6.93 wurde in dem **Hohenschönhausener Jugendklub** in der Welsestr. von Autonomen Antifas ein halber Liter Buttersäure zurückgelassen. Die Besucher des Jugendklubs, der kein »reiner« Faschotreffpunkt ist, wurden mit einem Plakat aufgefordert, die Nazis aus ihrem Club rauszuschmeißen.

Die »**Jugend gegen Rassismus in Europa**« hat gegen den Faschistenladen »NO REMORSE« in Pankow vor dem Laden demonstriert und die Lokalpolitiker zum Handeln aufgefordert.

Die **Deutsche Bundespost** Postdienst hat zum 125. Gründungsjubiläum des COBURGER CONVENTS eine Sonderbriefmarke herausgegeben. Mit der millionenfachen Verbreitung dieser Briefmarke trägt die Bundespost zur Propagierung nationalistischen Denkens und großdeutscher Traditionen dieser »Studentenverbindung« bei. Eine Berliner Antirassismus-Gruppe hat in einem Faltblatt, das in zahlreichen Berliner Postämtern verteilt wurde, zum Boykott dieser Briefmarke aufgerufen.

Am 19.6. veranstaltete die **Burschenschaft** »Cartellverband Katholisch Deutscher Studentenvereinigungen« (CV) im Palais am Funkturm einen Ball. Die Burschenschafter waren nicht vorbereitet auf den Besuch des autonomen Nachwuchses; da der Ball aber frühzeitig beendet wurde und die Antifas nur wenige waren, mußten sie sich übereilt zurückziehen. Einem auf dem Mittelstreifen abgestellten Pkw mit CV-Aufkleber wurden die Scheiben zerstört und danach *»Pisse auf die Rückbank geschüttet«*. (Igitt...)

Im Juli wurden neun **Mitglieder der »rechten Szene«** in Friedrichshain von zwanzig zum Teil vermummten Personen angegriffen. Vier der Faschisten wurden verletzt, die Angreifer flüchteten unerkannt. In den vergangenen Monaten war es hier wiederholt zu Angriffen gegen Rechte gekommen.

Rüsselsheim

In der Nacht vom 27. auf den 28.Juni bekam der »Kopf und Anführer« der faschistischen TAUNUSFRONT, Normann KEMPKEN, antifaschistischen Besuch. Die Scheiben seiner Eingangstür wurden eingeschmissen und Buttersäure hinterhergekippt. Auch sein PKW wurde mit Lackabbeizer übergossen, entglast, fahruntauglich gemacht und mit dem Wort Nazi versehen. In einem Schreiben erklärten »einige autonome AntifaschistInnen der Region« warum sie Kempken besuchten, da er als Anführer der Taunusfront einer der hetzerischsten Nazi-Gruppen vorsteht.

Aschaffenburg

Weil »Antifaschistischer Widerstand sich nicht in Phrasen verlieren und auf reine Symbolik beschränken« könne haben Antifas den PKW des FAP-Mitgliedes WERNER FLECKEN abgefackelt. Laut Erklärungschreiben nimmt der Aschaffenburger Flecken an Wehrsportübungen und bundesweiten Aufmärschen teil, er war »Rädelsführer« im Winter '93, als drei Antifas in Frankfurt in den Main gejagt wurden.

Frankfurt/Main

Die **Antifaschistische Gruppe Bornheim** ruft dazu auf, Druck gegen die Banken auszuüben, damit diese den faschistischen Parteien ihre Konten kündigen, *»weil uns im Augenblick wohlmeinende Lichterketten (...) oder sonstige, doch eher harmlose und »heitere Veranstaltungen nicht angemessen erscheinen«*. Da bei den Bankfilialen, z.B. in Bornheim, eine stattliche Menge an Spendengelder eingeht, haben sie einen vorbereiteten Brief verschickt, in dem nur noch der Absender eingetragen werden muß: *»Ich/Wir halten es für untragbar, daß sie durch ihre Dienstleistung die Republikaner unterstützen. Ich/Wir werde/n diese Tatsache publik machen und forder(e)n sie auf, deren Konten in Ihrem Hause zu kündigen.«* Die Banken sind nicht dazu verpflichtet, für jeden ein Konto zu eröffnen.

Jeweils am 18.,19. und 20.Juni liefen **Buttersäure-Angriffe** auf Lebensschützer-Organisationen.

Osnabrück

Am 29.6.93 hat das »Kommando Silvio Meyer« das NPD-Zentrum in Georgsmarienhütte, bei Osnabrück, durch mehrere Brandsätze zerstört. *»Um sicher zu gehen haben wir vor der Zündung der Brandsätze Schilder mit der Aufschrift aufgestellt: »Vorsicht! Sprengung des NPD-Zentrums in wenigen Minuten«*. Wie die Antifas in einem ausführlichen Schreiben mitteilten, haben sie von ihrem ursprünglichen Plan, das Lokal des NPD-Kreisvorsitzenden Möllenkamp niederzubrennen, Abstand genommen, weil sich eine schlafende Person in dem Haus befunden hatte.

In Georgsmarienhütte fand im April dieses Jahres der niedersächsische Landesparteitag der NPD statt, auf dem Hanns Michael FIEDLER, leitender Kopf der Anti-Antifa und Vorsitzender des STUDENTENBUNDES SCHLESIENs, eine Rede hielt. Am Vormittag des selben Tages führte die Jugendorganisation der NPD in der Osnabrücker Innenstadt eine Kundgebung durch und einen Tag später trat der Hamburger Nazi-Rechtsanwalt Jürgen RIEGER auf.

»Diese Aktion soll ein Beitrag dazu sein, den Apparat der Faschisten zu zerstören. Wir wollen nicht, daß das gedankenlos nachgemacht wird. Ein Anschlag kann eine politische Organisierung nicht ersetzen.«

Königs-Wusterhausen

Am 14.Mai stürmten Antifas die Wohnung des FAP-Schlägers SILVIO JANKOWSKI in KW. Bei der Planung der Aktion unterlief den Antifas ein »folgenschwerer Fehler«, da nicht nur Jankowski und seine Freundin in der Wohnung lebten, sondern auch die Eltern und seine 16jährige und 10jährige Schwester. Die Antifas versuchten aus der Situation das Beste zu machen und versuchten die Familie zu beruhigen, während sie das Zimmer Jankowskis durchsuchten. In einem Schreiben betonte die »Antifaschistische Gruppe«, daß es ihnen leid tut, daß Unbeteiligte von ihrer Aktion betroffen waren. Eine andere Aktion hatten sie während der Planungen abgebrochen als sich herausstellte, daß der Nazi mit der Familie zusammen wohnte.

Als Jakowski den antifaschistischen Besuch bei der Polizei anzeigen wollte, wurde er wegen Verdacht auf Beteiligung beim Brandanschlag auf die Asylbewerberunterkunft im nahegelegenen Dolgenbrodt verhaftet. Durch seine Aussagen bei der Polizei ist die Geldsammlung Dolgenbrodter BürgerInnen für die Nazi-Brandstiftungen bekannt geworden.

Heidelberg

In der Nacht zum 8.7.93 brannte in Dossenheim bei Heidelberg die Hütte des örtlichen Ski-Clubs ab. Für den 10.7. war dort die Jahresfeier der HIAG geplant. Dem Ski-Club war bekannt, an wen er die Hütte vermietet hatte.

Das Haus des ersten Sprechers der HIAG in Heidelberg, Gerhard TRUETSCH, wurde in derselben Nacht, parallel dazu, beschädigt. Truetsch war Oberjunker bei der SS-Division »Florian Geyer«.

Potsdam

Am 9.7.93 wurden die Flure des Sozialministeriums in Potsdam mit »Bleiberecht für Alle«-Plakaten und Parolen wie »Schreibtischtäter« verschönt. Die Sozialministerien der Länder setzen die »Deutsche zuerst«-Politik der Bundesregierung um, durch rigorose Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge, Beschneidung ihrer medizinischen Versorgung u.a.

Tübingen

Antifaschistische Wagensportliga

Im Juli '93 hat die »Antifaschistische Wagensportliga Süddeutschland, Kreisklasse Tübingen« den Pkw von Karl-August SCHAAL angezündet. Schaal sitzt als führendes Mitglied der REP im baden-württembergischen Landtag.

Schiffeversenken mal anders

Im Juni '93 versenkten AntifaschistInnen mindestens 8 Stocherkähne, die sich im Besitz farbentragender und schlagender studentischer Verbindungen befanden.

§§ Repression §§

Aachen

»Deutschland«fahne im Pferdemist

»Wer keine Arbeit hat, macht sich welche« oder »'Staatsverbrechen' wird in Aachen verhandelt«. So hätte die Überschrift zu diesem Artikel auch lauten können.

Die Tat: Am Volkstrauertag am 24.11.93 findet am Ehrenmal in der Ludwigstraße eine »Gedenkveranstaltung« (sie ist leider nicht Grund für die Aufregung) und eine entsprechende Gegenveranstaltung statt. Dem Angeklagten wird vorgeworfen, als Teilnehmer dieser Gegenveranstaltung ein Miniaturausführung der deutschen Flagge in einen Haufen Pferdemist gesteckt zu haben.

Das Opfer: Mit dieser Tat sei die deutsche Flagge »öffentlich verunglimpft« worden, so jedenfalls die Ansicht der Staatsanwaltschaft. Die Tat an sich wird von keiner Partei bestritten, strittig ist nur, um was für eine Fahne es sich dabei handelt. Ein Polizist als Zeuge behauptet, es handele sich um eine schwarz-rot-gelbe Kunststoff-Fahne, andere Zeugen sagten aus, daß es sich um eine schwarz-gelb-rote Fahne aus Krepp handelte. Der Staatsanwalt forderte eine Strafe von 90 Tagessätzen zu je 50,- DM, sprich 4.500 DM, die Verteidigung forderte natürlich Freispruch. Der Verteidiger steckt die gesamte Verhandlung in die Rubrik »vergnügungssteuerpflichtige Tätigkeit«, denn die Kosten des Verfahrens trägt der/die Steuerzahler/in (damit Ihr endlich wißt, daß Steuererhöhungen durchaus gerechtfertigt und für solche Fälle bitter benötigt werden!) Zum Schluß können wir der Staatsanwaltschaft Berlin nur viel Glück mit unserem Titelbild wünschen. (Stand: Juli '93)

Bremerhaven

Am 15.6. wurden verschiedene WG's und Wohnungen in Bremerhaven, Bremen und Berlin durchsucht. Vorwand für die Durchsuchungen war die Anschuldigung wegen »Vorbereitung eines Explosionsverbrechens« gegen das DVU-Büro in Surheide (Bremerhaven) im September 1992. Bei der Durchsuchung wurden zahlreiche Belanglosigkeiten, wie eine Gebrauchsanleitung für einen Taschenrechner und Füllgranulat für Jonglierbälle sowie Zeitschriften und Kalender beschlagnahmt.

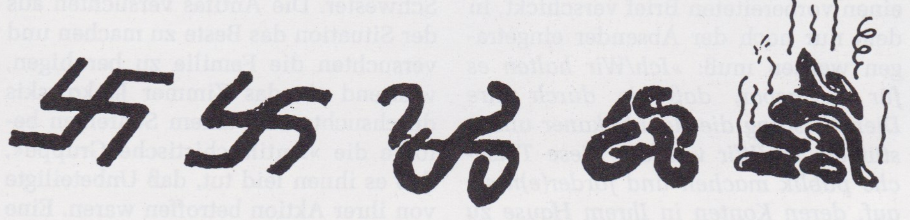
Die Presse sprach nichtsdestotrotz von »umfangreichem Beweismaterial«. Drei Personen wurden vorübergehend festgenommen, eine ED-mißhandelt.

Passau/Berlin

Berliner Antifas waren 2 Wochen in U-Haft

Am Donnerstag, dem 3. Juni 1993 wurden in Passau drei Antifas aus Berlin wegen Verdacht auf Verstoß gegen das Versammlungsgesetz festgenommen und befinden sich seitdem in Haft.

Auf dem Weg zu einer Kneipe in Passau waren sie von einem Ziviauto verfolgt und schließlich angehalten worden. Bei der Durchsuchung des Fahrzeuges wurden Gasknarren, Pyros und einige Pflastersteine sichergestellt. Die drei Antifas wurden daraufhin in Unterbindungsgewahrsam genommen, weil zwei Tage später in Pocking (20 km von Passau) der diesjährige NPD Bundesparteitag und Gegendemonstrationen stattfinden sollten.



Als zwei Tage später der NPD-Parteitag verboten wurde, und somit kein Grund für weiteres Unterbindungsgewahrsam bestand, wurden sie kurzerhand in U-Haft genommen. Obwohl sie zwei Tage vor der geplanten Demo 20 km entfernt festgenommen worden waren, wurde gegen die drei Anzeige wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz erstattet.

Sowohl Bullen als auch der zuständige Richter verweigerten den Festgenommenen das Recht zu telefonieren. Erst nach der Vorführung vor den Haftrichter, bei der auf dieser Art und Weise (natürlich) keine AnwältInnen dabei waren – genauso wenig wie bei den Vernehmungen – konnte einer der Festgenommenen in einem Brief FreundInnen seine Situation mitteilen. Diese informierten dann seine Eltern. Und diese wiederum verständigten einen Rechtsanwalt aus Passau, der jetzt seine Verteidigung übernimmt.

Erschwerend wird sich bei den Verfahren sicher auswirken, daß die drei bei den Bullen Aussagen gemacht haben. Einer von ihnen gab an, auf dem Weg nach Pocking gewesen zu sein. Die anderen sagten aus, sie wären auf dem Weg in eine Kneipe in Passau gewesen, bzw. sie wollten die Passauer Antifas besuchen. Außerdem gab einer der Festgenommenen an, daß alle im Auto gefundenen Sachen, die die Bullen nicht eindeutig zuordnen konnten, ihm gehören (...). Obwohl sich einige ihrer Aussagen recht harmlos anhören, haben sie dadurch den Bullen Fakten geliefert, aus denen sich alle möglichen Vorwürfe konstruieren lassen. Deshalb noch mal: KEINE AUSSAGEN BEI BULLEN UND JUSTIZ !!!

Es passiert leider immer wieder, daß Menschen in derartige Situationen geraten, ohne sich damit auseinandergesetzt zu haben. Und wenn die Welt untergeht: AUSSAGEVERWEIGERUNG !!!

Eine Haftbeschwerde, die die Freilassung aus der U-Haft zur Verhandlung bewirken sollte, wurde abgelehnt. Als Haftgrund mußte Fluchtgefahr herhalten, was durch nichts anderes begründet wurde, als durch die Tatsache, daß einer der Festgenommenen in einem ehemals besetzten Haus lebt, das jetzt von »Autonomen« bewohnt wird; daß ein anderer in einem besetzten Haus, und der dritte nicht – wie gemeldet – bei seinen Eltern lebt. Das reicht in den Augen des Haftrichters jedoch völlig aus, um Menschen die gegen das Versammlungsgesetz verstoßen (gibt normalerweise Geldstrafe) wochenlang in den Knast zu stecken.

Was bleibt, ist die Frage, wie Menschen 11 Tage in U-Haft sitzen können ohne daß die Sache bekannt wird. Und das, wo mensch doch annehmen könnte, daß ihr Verschwinden irgendwann auffällt.

Uns ist klar, daß dies einer der vielen Versuche ist, antifaschistischen Widerstand und Menschen aus linken Lebenszusammenhängen zu kriminalisieren.

Für eine Gesellschaft ohne Knäste:

Rechtshilfegruppe Passau (geschrieben nach 11 Tagen U-Haft der Berliner)

Nordhessen

Inhaftierung von Antifas in Hungen-Inheiden (Nordhessen)

Am Freitag, den 16. 7. 93 fand in Hungen-Inheiden, bei Gießen (Nordhessen), ein Konzert statt, das von der antifaschistischen Jugend des Ortes organisiert wurde. Mit dieser Veranstaltung wollten die OrganisatorInnen ein Zeichen gegen den wachsenden Rechtsradikalismus und die vorhandene AusländerInnenfeindlichkeit in ihrer Region setzen. In den vergangenen Monaten kam es in dieser Gegend wiederholt zu Angriffen und Anschlägen gegen AusländerInnen und Andersdenkende.

Region Hungen als Nazihochburg

Am 8. 12. 92 durchsuchte die Polizei 8 Wohnungen von Rechtsradikalen in verschiedenen Hungener Stadtteilen und nahm dabei 8 Personen im Alter zwischen 14 und 21 Jahren fest. Sichergestellt werden unter anderem Waffen und Propagandamaterial der jetzt inzwischen verbotenen Nationalistischen Front (NF). Als Rädelsführer der Gruppe gilt ein 19-jähriger , der bereits Anfang Dezember festgenommen wurde. Er gestand, am 18. 11. 92 fünf scharfe Schüsse auf das Hungener Flüchtlingsheim abgefeuert zu haben, wurde aber trotzdem nach wenigen Wochen aus der Haft entlassen. Dieses verfügte das selbe Amtsgericht, das später über die festgenommenen Antifaschisten verfügte (siehe unten).

In den Monaten davor wurde bereits eine jüdische Gedenkstätte verwüstet und ein Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim verübt. überhaupt ist zu bemerken, daß es in der Region Hungen in den letzten Monaten verstärkt zu rechtsextremistischen Aktivitäten gekommen ist, bis hin zum öffentlichen Auftreten einer Wehrsportgruppe. Ferner fanden in den letzten Jahren in Hungen-Inheiden diverse Treffen von rechtsradikalen Organisationen statt. Diese konnten sich in der Gaststätte »Zum Hindenburg« versammeln.

Aus diesem und anderen Gründen war die Veranstaltung in Inheiden vom 16. 7. ein wichtiger und nötiger Schritt in die Richtung antifaschistischer Organisierung und Selbsthilfe couragierter Menschen. Wie wichtig vielen Menschen in dieser Region eine Veranstaltung zu diesem Thema war, läßt sich an der großen Resonanz und guter Stimmung 400 (vierhundert!) BesucherInnen ersehen. Entgegen den Behauptungen der Polizei gingen von dem Konzert keine Provokationen aus.

Bereits im Vorfeld des Konzerts kam es wie befürchtet zu massiven Drohungen der Neonazis, das »Antifa-Konzert« zu überfallen. Aus diesem Grund waren einige der anwesenden KonzertbesucherInnen, für den Fall eines Angriffes, zum Selbstschutz bereit.

Im Verlauf des ganzen Abends versuchten Neonazis abreisende KonzertbesucherInnen anzugreifen. Sie benutzten eine Grillfete von SchülerIn-

nen als Treffpunkt und konnten von dort aus ungehindert und bewaffnet losziehen. In einem Fall wurde dabei die beiden stadtbekannten Faschisten Schneiderbauer und DIRK REITZ, mit Knüppeln bewaffnet, in unmittelbarer Nähe der Halle angetroffen, entwaffnet und vertrieben. TASSILO SCHNEIDER-BAUER aus Hungen-Utphe gehört zu der Gruppe um MARKUS REISSNER aus Nidda-Oberwiddersheim, die im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf das Hungener Asylbewerberheim festgenommen wurde (siehe oben). Die Behauptungen von Polizei und Presse, es habe sich um »unbeteiligte Passanten« gehandelt, ist eine Lüge und dient nur dazu, die antifaschistische Gegenwehr an diesem Abend zu verleumden.

Lange nach Ende der Veranstaltung kam es unerwartet zu einem brutalen Einsatz der Polizei gegen die noch vor der Halle anwesenden KonzertbesucherInnen.

Willkürlich wurden zwei Personen festgenommen.

Mit gezogenen Pistolen, Schlagstöcken und Reizgas, sowie dem Einsatz eines Diensthundes wurde gegen die Menschenmenge vorgegangen.

Nach der Festnahme wurde der eine Festgenommene körperlich mißhandelt und dem anderen wurden wichtige Medikamente weggenommen und für längere Zeit verweigert. Beide Festgenommenen wurden am nächsten Tag dem Haftrichter vorgeführt. Vorwürfe: Schwerer Landfriedensbruch, schwerer gemeinschaftlicher Raub, gefährliche Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Bildung bewaffneter Haufen (!).

Beiden wurde der Kontakt zu ihren Anwälten verweigert. Durch gezielte Falschinformationen und Verschleppungstaktik (Ein Anwalt wurde über mehrere Stunden durch die Gegend geschickt) wurde verhindert, daß die beiden Rechtsanwälte an der Vorführung beim Haftrichter teilnehmen konnten.

Dieser erließ Haftbefehl mit der Begründung, es bestehe »Verdunklungsgefahr«, da die Beiden angeblich Mitglieder einer vom Haftrichter nicht näher beschriebenen »radikalen politischen Gruppe« seien, die bei Freilassung Druck auf die »Zeugen«, sprich die Neonazis, ausüben könne.

Nach 11 Tagen wurde der Haftbefehl gegen einen Antifaschisten aufgrund einer Haftbeschwerde aufgehoben und er wurde aus der Untersuchungshaft entlassen.

Die Haftbeschwerde des zweiten Festgenommenen wurde nach 19 Tagen abgewiesen, obwohl der Haftgrund »Verdunklungsgefahr« ebenfalls wegfällt. Schnell wurde ein neuer Haftgrund aus dem Hut gezaubert, der daraufhin auf »Fluchtgefahr aus dem zu erwartenden Strafmaß« und auf »fehlende persönliche Bindungen« lautete. Inzwischen wurde aber auch er auf Kaution entlassen.

Um Beweismaterial gegen die beiden für den Prozeß zu sammeln wurden seit dem vom LKA (oder auch BKA, ist nicht ganz sicher) 6 weitere Durchsuchungen durchgeführt.

Mit dieser Methode versucht die Justiz den antifaschistischen Widerstand in eine »radikale politische Gruppe« umzukonstruieren, die angeblich unbeteiligte Jugendliche überfällt und beraubt, um anschließend eine Straßenschlacht mit der Polizei zu inszenieren.

Dieses Vorgehen sehen wir als ein Glied einer Kette langjähriger Verfolgung und Kriminalisierung antifaschistischen Widerstandes!

Spendenaufruf zur Finanzierung der Unterstützungsarbeit:

M.St., Konto-Nr. 304801372, »Anna Schie«, BLZ 50050201, Sparkasse 1822 Frankfurt, Verwendungszweck: Prozesse

Arolsen

Rundbrief zu der Verhaftungswelle in Arolsen

Im Vorfeld des diesjährigen sogenannten »Rudolf-Hess-Gedenkmarsches« gab es in der Nähe von Frankenberg/Nordhessen Thomas Kubiak, Mitinitiator der »Sauerländer Aktionsfront« und Funktionär der »Nationalen Jugend« und mehrere Antifas eine Auseinadersetzung. Ergebnis war laut Bullen- und Presseberichten eine lebensgefährliche Kopfverletzung bei T. KUBIAK.

Am Montag, den 16. 8., wurde daraufhin die erste Person aus Antifa-Zusammenhängen unter dem Vorwurf »Schwerer Landfriedensbruch« und »gemeinschaftlich begangener versuchter Totschlag« verhaftet. In den folgenden Tagen wurden weitere 9 Personen aus dem Raum Arolsen festgenommen. Sie befinden sich z.Zt. alle in U-Haft. Zusätzlich wurden von den Bullen und dem Amtsgericht Korbach einige Menschen zu Verhören mitgenommen und danach wieder freigelassen. Zeitweise waren 13 Leute in Haft.

Die Staatsanwaltschaft Marburg leitet die noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen. Dazu erklärte der Leiter der Staatsanwaltschaft Hans-Jürgen Karge, daß die Inhaftierten »ganz schnell angeklagt« werden sollten, um »ein Zeichen gegen Selbstjustiz zu setzten« .

Das »Nationale Infotelefon« in Hallenberg fordert unterdessen die Anti-Antifa auf, sich an der Suche nach den »TäterInnen« zu beteiligen.

Es gibt mittlerweile Menschen in Nordhessen, die sich um das Nötigste für die Gefangenen kümmern. Weitergehende Soliarbeit ist im Moment schwierig, da wir noch nicht wissen, was alle Gefangenen dazu denken. Deshalb bitten wir auch alle, die konkrete Unterstützung angeboten haben, um etwas Geduld, da wir noch auf die Reaktionen der Gefangenen warten wollen.

Wie immer brauchen wir natürlich Geld für AnwältInnen, Sachen für die Gefangenen u.a.

Das Spendenkonto ist:
T. Werther, Stichwort: Wunsiedel, KtoNr.: 101 800 9940, Sparkasse Marburg/Biedenkopf, BLZ 533 500 00.

Leute aus der Kasseler Soligruppe (Ende August)

Für die bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller – Gefangene aus der RAF

Irmgard Möller wurde wegen Beteiligung an der Aktion der RAF auf dem US-Headquarter in Heidelberg 1972 gegen den Völkermord der USA in Vietnam lebenslänglich verurteilt. Sie sitzt jetzt seit über 21 Jahren unter Sonderbedingungen im Gefängnis. Am 18.10.1977 überlebte sie als einzige die Todesnacht in Stammheim. Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Andreas Baader wurden damals unter bisher ungeklärten Umständen erscvhossen und erhängt in ihren Zellen gefunden.

Formal muß das Landgericht Lübeck im Oktober über ihre weitere Inhaftierung entscheiden. Hierzu gab es eine bundesweite Demo in Lübeck am 9.Oktober 93.

PROZESS GEGEN SILVIOS MÖRDER

Egal wie das Urteil ausfällt – es wird uns Silvio nicht zurückbringen!

Fast ein Jahr ist es jetzt her, daß rechtsradikale Jugendliche am 21.11.92 unseren Freund Silvio ermordeten. (s. Info 21) Ein nationalistischer Aufnäher führte damals zu einer kurzen Auseinandersetzung zwischen sieben rechtsradikalen Jugendlichen und vier FreundInnen von uns. Kurze Zeit später wurden sie völlig unerwartet mit Messern angegriffen, Silvio durch zwei gezielte Messerstiche getötet, zwei weitere Freunde lebensgefährlich bzw. schwer verletzt und eine Freundin mit dem Messer bedroht.

In der folgenden Zeit war viel Arbeit nötig, um wenigstens einen Teil der in der Öffentlichkeit verbreiteten Verleumdungen und Lügen zu entkräften. Die Ermittlungsbehörden setzten alles daran, die Tat als »normales Tötungsdelikt« darzustellen. Auf der anderen Seite ermittelten sie kräftig gegen unsere FreundInnen wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, sie wurden u.a. mit der Androhung von Beugehaft stark unter Druck gesetzt. Die »Opfer« wurden ein weiteres Mal zu Tätern gemacht.

Am 13. September wurde vor der Jugendkammer des Landgerichts Berlin der Prozeß gegen drei der Beteiligten wegen Totschlags und Körperverletzung eröffnet worden. Die anderen wurden lediglich als Zeugen vernommen. Der Prozeß fand auf Grund des Alters der Täter unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Dadurch war es nicht möglich, im Rahmen einer Nebenklage auf das Prozeßgeschehen Einfluß zu nehmen. Lediglich die beiden ebenfalls fast abgestochenden Freunde durften den Prozeß beobachten, allerding ohne Anwälte. Der beteiligten Freundin wurde der Geschädigtenstatus aberkannt, da sie ja nicht verletzt worden sei, nach Auffassung der Staatsanwaltschaft war sie von dem Überfall wahrscheinlich gar nicht betroffen, da sie ja kein Messer zwischen die Rippen bekommen hätte. Auch während Zeugenaussage der »Geschädigten« durfte kein Anwalt dabei sein. Weder Silvios Eltern noch seine Freundin hatten irgendeine Möglichkeit, den Mördern ihres Sohnes bzw. Verlobten in die Augen zu schauen. Aus einem Flugblatt der FreundInnen und KollegInnen von Silvio zitieren wir: »Es geht uns... nicht um die Forderung nach höheren Haftstrafen für die Täter. Von einer Justiz, die eine scheinbare Unabhängigkeit vorgibt, in Wirklichkeit aber die politischen Absichten des Staates in Gerichtsurteile umsetzt, können wir keine Genugtuung erwarten. Gerechte Strafe zu fordern, wäre absurd. Wie auch immer das Urteil ausfällt, es wird uns Silvio nicht zurückbringen.«

Zum Prozeßauftakt fand vor dem Gerichtsgebäude eine Kundgebung statt. Gekommen waren ca. 200 Leute. Das Verhalten der Bullen war ein weiteres Mal bezeichnend für die Situation, in der wir leben. Da sie einfach keinen Anhaltspunkt hatten, um die Kundgebung anzugreifen, wollten sie an deren Ende wahlos einen Menschen verhaften. Als dies verhindert wurde, war das der Anlaß, um fast die gesamten TeilnehmerInnen einzukesseln und zusammenzutreten und -zuknüppeln. Das ging dann auf dem gesamten Rückweg bis zur U-Bahn, insbesondere auf der U-Bahntreppe und auch noch in der U-Bahn weiter.

Vor dem Prozeß machten die Rechtsanwälte der Mörder gleich die gewollte Richtung klar: Es gehe hier um ein ganz normales Strafdelikt, politische Hintergründe seien nicht vorhanden und dürften somit keine Rolle spielen. Die offen eingestandene nationalistische Gesinnung der Täter war dann auch kein Thema für das Gericht. Auch der nationalistische Aufnäher eines der Täter und die Beschimpfungen bei der Tat wie ''Ihr linken Säue" brachte das Gericht nicht von seiner Auffassung ab, unpolitische Jugendliche vor sich sitzen zu haben. Angeklagt waren SVEN MÜLLER, SANDRO SCHWERTFEGER und ALEXANDER BERGER. Die ersten beiden waren seit ihrer Verhaftung (vier bzw. fünf Tage nach der Tat) in U-Haft. Sie waren auch diejenigen, die mit ihren Messern auf die »Geschädigten« eingestochen hatten. SVEN MÜLLER prahlte nach der Tat, die tötlichen Stiche ausgeführt zu haben, und er hat dies später auch der Polizei gestanden. Der Prozeß ergab jedoch, daß SANDRO SCHWERTFEGER der Mörder von Silvio war. Die anderen an der Tat beteiligten "Zeugen" berufen sich auf ihre Trunkenheit zum Tatzeitpunkt und auf den dadurch eingetretenen Gedächtnisschwund. Außerdem sei die Tat nun wirklich zu lange her, als daß man sich noch an Einzelheiten erinnern könne. Die Mörder machten nicht den Eindruck, als ob sie etwas bereuten. Im Gegenteil: Sie wirkten eher gleichgültig und dümmlich selbstgerecht.

Der Prozeß dauerte sieben Verhandlungstage. SVEN MÜLLER und SANDRO SCHERTFEGER wurden zu Jugendstrafen (3 Jahre und 6 Monate bzw. 4 Jahre und 6 Monate) verurteilt. ALEXANDER BERGER kam mit Bewährung davon. In der Urteilsbegründung hieß es, die Angeklagten hätten nicht mit Tötungsabsicht gehandelt und die Geschädigten seien praktisch selber schuld, weil sie den Zusammenstoß angeblich provoziert hätten und es unterlassen hätten, die Flucht zu ergreifen. Für den Richter war die Tat eine logische Folge der ersten Auseinandersetzung um den Aufnäher und durchaus verständlich. In der Urteilsbegründung verkündete er: ''Wenn Intoleranz und latente Gewalttätigkeit aufeinandertreffen, kann das immer passieren.''

Die Neue Rechte

Deutschland 1993

eine organisatorische Bestandsaufnahme aus dem Spannungsfeld »Neue Rechte« – Konservativismus

Die Zeit der kurzen Verunsicherung der »Neuen Rechten« während und kurz nach der Wiedervereinigung ist vorbei. Schien ihnen hier kurzzeitig eines ihrer Hauptthemen, die Nationale Frage, aus der Hand genommen worden zu sein, schafften sie es jedoch in letzten drei Jahren sich sowohl organisatorisch straff zu etablieren, als auch ihren Einfluß über Themen wie Liberalismuskritik, Geopolitik usw auszubauen. Munter fordert das »Christlich konservative Deutschland-Forum« der CDU eine engere Auseinandersetzung mit den Reps (und sitzt eh schon mit den »Junge Freiheit«-Leuten zusammen), Fichter von der SPD wünscht sich Berlin als die geliebte Hauptstadt, in der Diskurse zwischen Links und Rechts über die Nation möglich sind, und die PDS steht auf der Kippe diese Diskurse bereits öffentlich zu führen. Desshalb möchten wir in diesen Beitrag hauptsächlich die Konservativen Gesprächskreise, die Lesekreise der »Jungen Freiheit«, die neuen und alten Denkzirkel und wer dahintersteckt aufzeigen.

Gesprächskreise, Zirkel und Seminare der »Neuen Rechten«, auf denen Kontakte in allen Richtungen liefen, gab es immer und sind somit nichts Neues. Auch der Kongreß »Initiative Deutschland 90« der drei »neurechten« Zeitschriften »Junge Freiheit«, »wir selbst« und »Zeitenwende« (die damals noch »Europa« hieß) im Herbst 1990 klingt, verglichen mit dem Stand heutiger Tagungen, relativ erheiternd, sprich peinlich. Detlef Kühn, Mitglied der FDP und damals noch Präsident des »Gesammtdeutschen Instituts« in Bonn, referierte auf der Tagung während Mitglieder der FAP zu gröhlen begannen und anschließend Stefan Raber von der Wiking-Jugend sein deutsches Liedgut vorbrachte. Wurden auf Treffen zwar etliche Vereinbarungen zur Zusammenarbeit unter den Zeitschriften vereinbart, war es mit der Außenwirkung in Form einer Initialzündung natürlich Essig.

Die Lesekreise der JF – eine »konservative Graßwurzelrevolution«???

Was eine Veranstaltung nicht leisten kann, müssen viele versuchen, war das Resumee. Seit Mitte 91 boomen die von der »Jungen Freiheit« initiierten Leserkreise, von denen sie sich eine rechte Graswurzelrevolution erhoffen. Dieter Stein, Chefredakteuer der Zeitung, die ab Jan. 94 wöchentlich erscheinen will, beschreibt diesen Versuch so: *»Das sich der Konservativismus ursprünglich gerade nicht um Parteien gruppierte, sondern um Zeitschriften, Zirkel und coragierte Persönlichkeiten wird gerne vergessen. Inzwischen scheint sich diese Erkenntniss wieder durchzusetzen, daß das Zentrum nicht eine Partei sein kann, sondern ein vielfältiges politisches, kulturelles und publizistisches 'Kapilarsystem' (Weißmann) durch das konservative Vorstellungen in breite Schichten sickern können.«* Nach der Theorie des italienischen Kommunisten Gramsci unternehmen sie den Versuch, eine »kulturelle Revolution von rechts« zu starten. Dabei kommt es für sie nicht darauf an, auf eine bestimmte Partei wie die Reps zu setzen, sondern sich möglichst viele Optionen offen zu halten, in Diskussion mit den verschiedensten gesellschaftlichen Kräften zu kommen und Einfluß darüber im Denken der Menschen zu gewinnen. Das Ganze klingt kompliziert und läßt sich anhand einiger Beispiele leichter erklären. Am Anfang stand die Gründung der JF-Leserkreise. In Städten, in denen Mitarbeiter saßen, schossen sie aus dem Boden: München, Dortmund, Frankfurt, Berlin....Sie hielten Seminare mit konservativen Professoren und den honorigen Rechtsaußen der CDU ab. Am rührigsten waren der »Konservative Arbeitskreis Gießen/Mittelhessen«, der »Literaturkreis e.V.« aus Karlsruhe, der »Jungkonservative Club« aus München und der Mannheimer »Konservative Arbeitskreis Rhein/Neckar«.

Schrenck-Nortzing darf nicht fehlen

Doch zeigt sich schon am »Konservativen Arbeitskreis Gießen/Mittelhessen« die Verstrickungen, die für die sogenannte konservative Graswurzelrevolution typisch sind. Als Kontaktadresse des Arbeitskreises werden jeweils Raimo Benger und Boris Rupp, beide kommen von der »Jungen Freiheit«, angegeben. Rupp (ehem. Rep) zog sich jedoch 91 von seinen Posten als stellv. Chefredakteur zurück und widmet sich seitdem wieder der Parteiarbeit innerhalb der CDU. Die beiden initiieren die Veranstaltungen jedoch nicht allein. Die Organisation im Hintergrund nennt sich »Institut für konservative Bildung und Forschung« (IKBF), die seit 92 wieder verstärkt ihre Tätikkeit aufnahm. Kontaktadresse der IKFB ist die Knöbelstraße 36 in München, die jedem »Criticon«-Leser geläufig ist, denn von hier aus zieht Caspar von Schrenck-Notzing seine Fäden. Notzing, Rupp, Benger und Thomas Mayer, von der rechtsradikalen Burschenschaft »Drisdensia Rugia« unterzeichneten gemeinsam die Gründungserklärung. Und diese Mischung spiegelt sich auch in den eingeladenen Referenten wieder. Hier findert man neben Gunar Sohn (CDU) die berüchtigte Johanna Grund, neben H. Schlechte von der Gauck-Behörde und Heinrich Lummer wird Rolf Schlierer der REP-Fraktionsführer im BaWü-Landtag hoffiert. Als der Giesener Arbeitskreis unter antifaschistischen Druck gerät, beschließt er, seinen Arbeitsschwerpunkt nach Wetzler zu verlegen und sich in »Konservativen Gesprächskreis Wetzlarer Forum« umzubenennen. Die Veranstaltungen gingen weiter mit dem »Christlich konservativen Deutschland-Forum« und Michael Jach von der Bonner Focus-Redaktion.

Das Konzept der Leserkreise ist die Bildung kleiner »Think Tanks«, Treffpunkte von Politikern, Massenmedien und Geld. Es werden neue Ideen zur Gestaltung »Mitteleuropas« und zur Bildung einer neuen politischen Elite diskutiert. All jenen Mankos der REPs, die sich bei der »*fehlenden Intellektualisierung ihren Führungskräfte*« gezeigt haben, versuchen die Lesekreise und Denkzirkel entgegenzuarbeiten.

Schenck-Nortzing hat dafür eigens einen »Förderverein Konservative Kultur und Bildung« und ein ihm angeschlossenes »Konservatives Büro« in Bielefeld mit gesamtdeutschem Radius errichtet. Außenposten gibt es bereits in Bad Hersfeld und Jena. Dem Vereinskonzept liegt folgende politische Erkenntniss zu Grunde: »*'Keine politische Macht ohne kulturelle Heggemonie'(Gramsci), Die geistig-politische Situation des Konservativismus in Deutschland sei weitgehend verkümmert bzw verwildert und atomisiert und soll mit ihrer Hilfe in ihrer fruchtbaren Vielfalt in einen Prozeß der Selbstvergewisserung und Kommunikativen Vernetzung (Infrastrukturbildung) wieder zu Entfaltung gebracht werden.*« Initiiert wurde der Bielefelder Verein u.a. von Gerhard Löwenthal und Dr. Werner Roth. Kuratoriumsmitglieder sind Christa Meves, Graf Huyn, Prof. Steibruch, Pater Groppe SJ und eben Schrenck-Notzing. Vom »Konservativen Büro« aus werden Zeitschriftenübersichten, Veranstaltungs-, Informations- und Referentendienste weitergegeben »*um die vorhandenen Potentiale nach innen besser zu verknüpfen und außen die öffentliche Wirkung und Einflußmöglichkeiten zu verbessern*«.

Engste Verknüpfungen aus dem Neofabereich mit der Union

Über die Aktivitäten von Werner Roth und Baldur Jahn (Mitarbeiter der JF), die sich beide erfolgreich um eine bundesweite Ausdehnung der DSU bemühten, berichteten wir bereits im Info 23.

Die engen Kontakte, die die Rechtsaußen der CDU ins neofaschistische Lager der Denkzirkel haben, führten auch in ihren Reihen seit Anfang 92 zur Bildung von »Konservativen Gesprächskreisen« oder »Wertkonservativen Kreisen«. Es entsanden der »Karshorster Kreis« in Berlin, der »Potsdamer Kreis«, der »Peterberger Kreis« in Hessen und »Konservative Gesprächskreise in Stuttgart und Thübingen. In Mecklenburg wurde ein »Dietrichshagener Kreis« gegründet, der sich als konservativer Interessensverbund in der Jungen Union versteht. Sie haben die Argumente der »Neuen Rechten« bereits verinnerlicht. Ihre Forderung nach einem Europa der nationalen Eigenständigkeit entgegen dem verschwommenen Konzept einer

"Neue-Rechte"-Seminar in Nürnberg

Vom 19.-21. November 1993 findet in Nürnberg ein Seminar zum breiten Thema "Neue Rechte" statt. Beginn ist am Freitagabend mit einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Titel "Innere Sicherheit - autoritäre Staatsmodelle". Samstag soll es mit sieben Referatsblöcken u.a. zu den Themen "Die Wurzeln der neuen Rechten", "Heutige Position", "Europakonzeptionen der Neuen Rechten", "Frauenbild" und "Ökologie und Esoterik" weitergehen. Am Sonntag finden schließlich Arbeitsgruppen zu ausgewählten Themen statt.
ReferentInnen: Raimund Hethy, Siegfried Jäger (angefragt), Helmut Schröder, Volkmar Wölk, vier Berliner Frauen, Jutta Ditfurth (angefragt), Andreas Speith.
Teilnahmegebühr: 40,--DM; ermäßigt für Stud., Arbeitsl., Zivis, Rentn. 30,--DM.
Anmeldung: Schriftliche oder telefonische Anmeldung, nach Bestätigung durch ABIDOZ ist der Betrag auf unserer Konto zu verweisen; erst dann gilt die Anmeldung. Sonstige Fragen möglichst schriftlich.
VeranstalterIn: ABIDOZ (Antifaschistisches Bildungs-, Informations- und Dokumentationszentrum), Rothenburger Str. 106, 90439 Nürnberg, Tel: 0911/288946;
Bankverbindung: Raiffeisenbank Nürnberg, Bankleitzahl 760 606 18, Konto-Nr. 390038.

JF-Sommeruniversität

JF-Lesekreise und Umfeld:

München:
»Jungkonservativer Club«, Treffen von JF-Lesern, jeden 1. Di im Monat, Kontakt über: Alexander Wolf, Jean-Paul-Richter-Weg 29, W-8000 München 70, Tel.089/7149524

Dortmund:
Treffen aus dem Raum Bochum, Dortmund, Essen. Kontakt: Claus-Georg Pleyer, Postfach 103108, 4600 Dortmund 1

Mannheim:
Konservativer Arbeitskreis Rhein/Neckar, monatliches Treffen, Kontakt: Roland Bubik, (alt: Carl-Zuckmayer-Str. 16/132,) Pyramidenstr. 5, 6800 Mannheim, Tel. 0621/306477

Bayreuth:
Interesse an Gründung über Kontakt: Postfach 101009, 8580 Bayreuth

Stuttgart:
zweiwöchentliches Treffen angestrebt, Kontakt: Postfach 6000430, 7000 Stuttgart 60

Aschaffenburg:
Interesse an Gründung über Kontakt: Tel. 06021/43717

Hannover:
Lesekreis in Gründung, Kontakt: F. Klänhammer, Ossietzkyring 31 E, 3000 Hannover 91 o. Postfach 910104, 30421 Hannover

Leipzig:
Konservative im Raum Leipzig mit Interesse an geschichtlichen und politischen Gesprächskreis gesucht, Kontakt: Michael Graf, Gräfestr.18, O-7021 Leipzig/Sachsen

Osnabrück:
Aufruf zur Mitarbeit bei einen neugegründeten konservativen Arbeitskreis, Kontakt: Chiffre

Frankfurt:
monatliche Treffen, Am 2.9.92 Vortrag von Dieter Stein »Die Junge Freiheit- auf dem Weg zur konservativen Wochenzeitung«, Kontakt: 069/424527, am 5.5.93 Vortrag von Heinrich Lummer

Berlin:
Interessenten bekommen Kontakt über: Helge Drescher, Tel.7062601

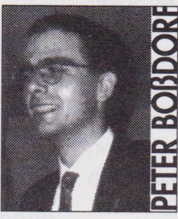
Berlin:
sucht Interessenten für einen polit. Gesprächskreis: Dieter Kretlow, Oranienstraße 113, Berlin 61

Karlsruhe:
Konservativer Gesprächskreis Karlsruhe, (Literaturkreis e.V.) als Verteiler für den Raum Germersheim, Pforzheim, Heidelberg und Offenburg. Do. 4.2.93, Prof. Dr. Günter Rohrmoser »Konservativismus heute – Bestimmungsversuche«; Fr. 19.2.93, Claus Jäger, MdB: »Das Deutschlandforum – Zur konservativen Erneuerung der CDU/Die Herausforderung der 90er«, Kontakt über JF-Redaktion, Postfach 1512, 7800 Freiburg o. Literaturkreis e.V., Postfach 210612, 76156 Karlsruhe

Wer steckt hier ei



Raimo Benger, Jahrgang 1964, Rechtsreferendar. Abitur 1983 in Meinerzhagen/Westf., 1983-84 Wehrdienst in Hemer/Westf., 1984-1990 Studium der Rechtswissenschaften in Gießen, 1990 1.jur. Staatsexamen. Ressort: Politik.



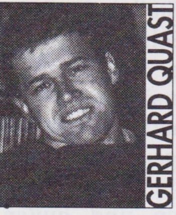
Peter Boßdorf, Jahrgang 1962, Student. Abitur in Meerbusch, Wehrdienst, andauerndes Studium der Volkswirtschaftslehre in Bonn, verheiratet. Ressort: Wirtschaft, Kultur.



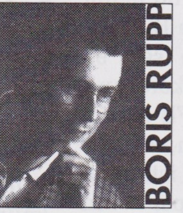
Roland Bubik, Jahrgang 1970, Student. 1989 Abitur in Ravensburg, danach Helfer bei der Alten- und Behindertenpflege in London, seit 1990 Studium der Betriebswirtschaftslehre, Geschichte und Politik in Mannheim. Ressort: Politik, Zeitgeist.



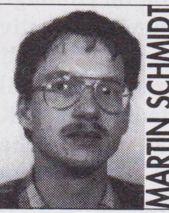
Jürgen Hatzenbichler, Jahrgang1968, Student. Abitur 1987 in Klagenfurt/Österreich, Studium der Philosophie und Geschichte, seit 1989 Redakteur bei den *Kärntner Nachrichten*, *Aula* und Chefredakteur der Zeitschrift *Identität*. Ressort: Politik, Ethnopluralismus.



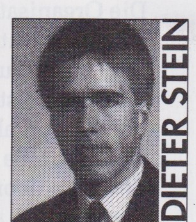
Gerhard Quast, Jahrgang 1961, Student. Nach Mittlerer Reife Ausbildung zum Zollbeamten, Streifendienst an der Innerdeutschen Grenze, Wehrdienst, 1987 Abitur über den zweiten Bildungsweg. Seit 1987 Studium der Politik, Ethnologie und Soziologie. Chefredakteur der Zeitschrift *Wir Selbst*. Ressort: Ethnopluralismus (verantw.).



Boris Rupp, Jahrgang 1965, Kaufmann. Abitur 1984 in Wetzlar, Ausbildung in einem kaufmännischen Beruf. Arbeitet in seinem erlernten Beruf. Nebenher tätig als freier Journalist. Seit August 1988 bei der JF, ab August 1990 Stellvertretender Chefredakteur der JF und Leiter der Anzeigenverwaltung.



Martin Schmidt, Jahrgang 1966, Student. Abitur 1986 in Braunschweig, Wehrdienst 1986-87, seit 1987 Studium der Geschichte und Germanistik in Erlangen und z.Zt. in Freiburg. Ressort: Ethnopluralismus, Politik.



Dieter Stein, Jahrgang 1967, Student. Abitur 1988 in Stegen/Freiburg, 1988-89 Wehrdienst beim Panzeraufklärungsbataillon 3 in Lüneburg, seit 1989 Studium der Geschichte und Politik in Freiburg. Chefredakteur der JF.

Die AutorInnen der Jungen Freiheit (aus JF Juni 1991)

konturlosen europäischen Kultursuppe sind vom Wortlaut her nicht mehr zu unterscheiden. In der Juni/92 Ausgabe der Jungen Freiheit plädierte der bayerische JU-Funktionär Andreas Kalbitz *»für einen rechten Aufbruch in der CDU/CSU. Erst wenn weit mehr inhaltlich orientierte Streiter der nonkonformistischen Rechten (eine selbstbezeichnung der »Neuen Rechten«) mit/quertreiben, wird sich (..)* (das) *Fahrwässerchen stauen lassen, um als Flut der Erneuerung politische wie personelle Altlasten wegzuwaschen und – wenn nötig – zu ertränken, wenn, ja wenn bis dahin die wenigen Streiter dieser Couleur den verkommenen Gefechtsstand der Union nicht aufgegeben und sich einer noch unverbrauchten politischen Kraft zugewandt haben.«*

Doch vor der Aufgabe folgte am 5.11.92 die Gründung des »Christlich konservativen Deutschland-Forums« auf dem Rheinschiff »Bonna«, nachdem die Fraktion die Räume zurückgezogen hatte. Elf Bundestagsabgeordnete ließen sich dennoch nicht abschrecken bei der Gründung mit dabei zu sein. Sprecher wurden die MdB Claus Jäger und Rudolf Krause (mittlerweilen zu den Reps übergetreten, s. INFOblatt 23) sowie der CDU-MdL Wolfgang Nowak. Die restliche illustre Runde kennen wir bereits aus den meisten JF-Lesekreis-Vorträgen, z.B. Gerhard Löwenthal, Klaus Hornung von der Uni Stuttgart-Hohenheim. Es folgte die Gründung von Landesverbänden des CKDF, obwohl die CDU die Gründung von besonderen Arbeitskreisen, aber auch Zirkeln, strikt abgelehnt hat. Sieben Länderforen bestehen bereits. Sieht man zum Landesverband BaWü, so schließen sich manche Kreise wieder: Im Sprecherrat des Landesforums des CKDF sitzt hier Roland Bubik, ehemaliger stellv. Chefredakteur der »Jungen Freiheit«. Auf das »Wertefundament«, welches das CKDF mit dem christlich-wertkonservativen Teil der »Neuen Rechten« teilt, braucht man erst gar nicht einzugehen. Es ist identisch.

Und alle unter einem Dach

Wir haben die Entwicklungen der letzten drei Jahre im konservativen Spektrum extra noch einmal genauer geschildert, um die Ergebnisse des Sommer 93 besser zu verstehen zu können.

Die Junge Freiheit mausert sich

Nicht nur das die »Junge Freiheit« in ihrer Sommerpause nach Potsdam, in die Nähe des künftigen Machtzentrums übergesiedelt ist (Postfach 601451,

gentlich dahinter?



Regula Heinzelmann, Jahrgang 1955, Journalistin. Handelsmatur im Aargau/Schweiz, Jurastudium in Zürich, 1981 Abschluß mit lic.jur. Tätig hauptsächlich für Wirtschaftszeitungen. Veröffentlichung: „Umweltschutz - Herausforderung und Chance" (Verlag *FAZ* 1991). Ressort: Wirtschaft und Umwelt.



Hans-Ulrich Kopp, Jahrgang 1962, Student. Abitur 1980 in Stuttgart, Wehrdienst im Stab des II. Korps in Ulm, Ausbildung zum Bankkaufmann, Tätigkeit in der Industrie. Ein in München und Wien absolviertes Studium der Allgemeinen, Englischen und Deutschen Sprachwissenschaft schließt er derzeit ab. Ressort: Politik, Zeitgeschichte.



Götz Meidinger, Jahrgang 1957, Kaufmann. Abitur 1976 in Stuttgart, 1977-78 Wehrdienst, 1976-82 Studium der Wirtschaftswissenschaften, 1982-84 Promotion zum Dr.rer.oec., seit 1984 als Kaufmann in der Industrie tätig. Ressort: Zeitgeschichte (verantw.), Politik.



Andreas Molau, Jahrgang 1968, Student. Abitur 1987 in Wolfenbüttel, 1987-88 Wehrdienst in Clausthal-Zellerfeld (2. PSV 800), seit 1988 Studium von Deutsch und Geschichte in Göttingen. Ressort: Kultur (verantw.).



Stefan Ulbrich, Jahrgang 1963, Verleger. Abitur, Werdienst, Studium des technischen Umweltschutzes, Dipl.Ing. (FH). Heute selbständig als Autor und Herausgeber mehrerer Bücher zu politischen und esoterischen Themen. Betreibt einen eigenen Verlag und ein DTP-Studio. Verheiratet, zwei Kinder. Ressort: Politik.



Angelika Willig, Jahrgang 1963, Abitur 1981 in Berlin. Studium anfangs der Medizin, dann der Philosophie und Latein in Freiburg und München. MA-Abschluß 1989, danach einige Monate redaktionelle Tätigkeit in Hamburg, seither in München an einer Dissertation über das Verhältnis Heidegger-Jaspers. Ressort: Kultur.



Markus Zehme, Jahrgang 1965, Student. Abitur 1985 in Königstein/Taunus. 1985-86 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Frankfurt/Main. 1986-87 Wehrdienst, seit 1987 Studium der Publizistik, Volkswirtschaft und Geschichte an der Universität Mainz. Ressort: Politik



Ein Haufen verrückter Idealisten, die eine professionelle Alternative auf dem vollgestopften deutschen Medienmarkt etablieren wollen. Sonst nichts.

14414 Potsdam), sie veranstaltete auch ihre erste »Sommeruniversität« in Ravensburg unweit vom Bodensee. Die 70 Teilnehmer kamen aus den einzelnen Lesekreisen und die Referenten spiegeln den oben geschilderten Bereich wieder. Hans-Ulrich Kopp (Burschenschaft Danubia und »JF«-Mitarbeiter) leitete die Tagung, nachdem er erst vor Wochen in engstem Gedankenaustausch mit dem Mainstream der »Deutschen Liga« auf der Jahrestagung der »Gesellschaft für freie Publizistik« gestanden hatte (Karl Richter, Peter Dehoust, Rolf Kosiek...). Davon ließ sich Claus Jäger (CKDF) in seinem Einleitungsreferat ebenso wenig verwirren wie die restlichen Referenten. Das Ganze liest sich wie ein who is who des deutschen und europäischen Rechtsextremismus und der Braunzohne. Andreas Mölzer (FPÖ) diskutiert mit Rolf Schlierer (REP), Klaus Hornung läßt sich über Faschismus/Antifaschismus aus, Robert Steuckers, einer der Köpfe der europäischen »Neuen Rechten« aus Belgien (Mitglied der GRECE, Hg. von »Voloire«...) schildert den Mikrokosmos der »Konservativen Revolution« in Belgien, Friedrich Romig, Günter Maschke und Klaus Kunze arbeiteten an der Carl Schmidt-Renaisance usw... Das Leithema war die »Konservative Revolution« der Weimarer Zeit und zog sich durch alle Referate. Es ist genau jener Hebel, über den die sog. »Neue Rechte« ihre Ideen geliefert bekommt, die Vorläufer des Nationalsozialismus und ihre Nebengebiete. Ob sich Franz Uhle-Wettler (er baut mittlerweilen den Landesverband Niedersachsen der DSU auf) über das Soldatische bei Ernst Jünger ausläßt, oder Götz Kubitschek das Schaffen von Ernst von Salomon würdigt, läuft auf das Gleiche hinaus: Der Rehabilitierung der Ideen, die den Faschismus damals hoffähig gemacht haben.

Der Einfluß ins »Linke Parteienlager«

Auf eben jenen »Sommersemester« der JF spricht Donoso Belgrano noch eine weitere Strategie (neben der des direkten Einfluß aufs konservative Lager) der »Neuen Rechten« an: In seinem Referat über das Verhältniss von Carl Schmidt zum Kommunismus in der Weimarer Republik blickt er in die Zukunft: »*Die von linker und rechter Seite thematisierte nationale Identität – war doch die KPD auf ihre Weise eine betont nationale Partei – ist geeignet, der lauen Mitte Schrecken eizujagen.*« Belgrano schildert weiter, daß es ermutigende Anzeichen dafür gibt, daß Teile

(Fortsetzung JF-Lesekreise und Umfeld)

Aachen:
Wer hat Lust zur Gründung, Kontakt: Chiffre

Braunschweig:
konservative Studentengruppe lädt zum Sange und Vortrag ein, Kontakt: Berta, Tel. 0531/303456

Köln:
Gründung eines Lesekreises für den Raum Köln im Feb/März geplant, Kontakt: Ciffre

Münster:
Versuch einen konservativen Gesprächskreis aufzubauen, Kontakt: Stefan Leschniok, Tel. 0251/271402, o. Arnd von Rüden, Tel. 0251/295512

Graz/Steyermark:
Interessenten zur Gründung eines politischen Arbeitskreises, Kontakt:Rene-Lysander Scheibe, Krenngasse 24, A-8010 Graz/Österreich

Weimar:
Nationalkonservativer Lesekreis in Thüringen, Kontakt: Kurt Henning, Postfach 526, O-5300 Weimar

Hamburg:
Gesprächskreis in Gründung, Kontakt: Chiffre

Bonn:
JF-Leserkreis in Gründung, Kontakt: Chiffre

Würzburg/Franken:
JF-Leserkreis in Gründung, Kontakt: Bernhard Kern, Obere Greisberg 6, 8701 Reichenberg

Oldenburg:
Konservativer Arbeitskreis in Vorbereitung, Kontakt: Chiffre

Koblenz:
Forum Res Publica- überparteilicher Koblenzer Gesprächskreis für Staat und Volk, Treffen jeden 1.Sa im Monat, Kontakt: Forum res Publica, Postfach 1252, 5400 Koblenz

Dresden:
konservativer AK »Fritz« in Gründung, Kontakt: Chiffre

Cottbus:
Konservativer Gesprächskreis in Gründung, Kontakt: Ciffre

Bamberg:
Konservativer Stammtisch in Gründung, Kontakt: Ciffre

Krefeld:
Krefelder Gesprächskreis Deutsche Politik, Kontakt: Gesamtdeutscher Studentenverband HGrKR, Buschstr. 149, 4150 Krefeld

Freiburg:
Gründung eines konservativen Gesprächkreis für Südbaden/Elsaß, Kontakt:H. Pfennig, Postfach 330141, 79049 Freiburg

Nürnberg:
JF-Leser- und Arbeitskreis in Gründung, Kontakt: Chiffre

der selbstbewußten Linken auf einen Renationalisierungsprozeß vorbereitet sind.

Das sich eben jener Seminarleiter, Hans-Ulrich Kopp, zusammen mit Pierre Krebs (vom »Thule-Seminar«-Kassel) und Karl-Heinz Weißmann (auch ein Vordenker in »Mut«, »Criticon« und »Junge Freiheit«) auf einem Wochenendseminar der FDP-nahen Dehler-Stiftung mit ihren Thesen tummeln dürfen ist ebenso Realität wie die Gründung von »Stresemann-Clubs« und rechtsliberaler Freundeskreise in Dresden, Leipzig und Hessen.

In der SPD spielt sich die parallele Entwicklung mit der Herausbildung der Hofgeismarer Kreise in den Jusos ab (siehe Kasten). Sie wurden von Tilman Fichter, dem heutigen Leiter der Parteischule, nach dem Seminar mit der Friedrich-Ebert-Stiftung unter Kuratell gestellt. Erst vor kurzem stellte Fichter sein neues Buch »Die SPD und die Nation« aus der Zitelmann-Reihe des Ullstein-Verlages vor geladenem Publikum vor. Laut JF gibt Fichter unumwunden zu, daß er an die Szenerie der Weimarer zwanziger Jahre anknüpfen will, *»wo linke Leute von rechts und nationale Leute von links kamen«*. Berlin solle die »geliebte Hauptstadt« sein, in der Diskurse zwischen links und rechts über die Nation möglich sind. Dies wird logisch, wenn man sich noch die Einschätzung des SPD-Landesvorsitzenden von Brandenburg, Steffen Reiche, reinzieht. Unter dem Motto, ich bin stolz, ein Deutscher zu sein, behauptet er: *»Dieses nationale Gefühl zu betonen müsse legitim sein, um die Leute vor den Rechtsextremen zu retten. Nationaldenkende werden durch den Antinationalismus der Linken erst zu Rechtsextremen gemacht«*. Das erfreute die Zuhörer Peter Brandt und Herbert Ammon, beide von der »Linken Deutschland Diskussion« (LDD) Anfang der 80er bestens aus nationalrevolutionären Kreisen bekannt. Fichter und Peter Brandt gehören zusammen mit Thomas Schmid zur Berliner Gruppe um SPD-Vordenker Peter Glotz.

Die Kontakte von ihnen zu Nationalrevolutionären in der Vergangenheit sind offene Geheimnisse. 1985 wurde Fichter noch zur Verantwortung gezogen, als er eine von Nationalrevolutionären verfasste »Denkschrift« zur Wiedervereinigung Deutschlands gemeinsam mit Alten Nazis und Neofaschisten unterzeichnet hatte. 1986 ließ er Henning Eichberg im SPD-offiziellen Lexikon des Sozialismus schreiben. Eichberg ist einer der führenden Köpfe der »Neuen Rechten«. So ließe sich weiter über Glotz und seine engen Kontakte zu Eichberg usw. berichten. Das Entscheidende jedoch ist, daß seit längerem einige SPD-Vordenker auf die Besetzung der »Nationalen Frage« setzen und aus diesen Grund auch die Nähe zu Nationalrevolutionären und den »Neuen Rechten« – um deren ureigenstes Thema es sich handelt – nicht scheuen.

Die PDS kam in letzter Zeit noch etwas unfreiwilliger zu dem Kontakt. Sie sucht die »Neue Rechte« zwar nicht, auch wenn sie zum Teil versucht, die »Nationale Frage« (was auch immer das ist) von links zu besetzen, wird aber immer wieder von Faschisten gefunden. Der Fall Christine Ostrowski wurde vom »Neuen Rechten« Bert Wawrzinek (siehe INFOblatt 23) genüsslich kommentiert. Nun gehen sie nach den Gesprächserfolgen mit Parteikommunisten in Frankreich in eine neue Offensive über. Gregor Gysi wurde mit Dieter Stein (Chefredakteur der »JF«) zusammen auf ein Podium zur 1000-Jahrfeier in Potsdam geladen und in der Sebtember-Ausgabe der JF wird Johann Scheringer (Fraktionsvorsitzender der PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern) auf einer ganzen Seite interviewt.

Mehr dazu, und zu der erlangten Lehrtätigkeit von Henning Eichberg an der UNI-Stuttgart im nächsten INFOblatt.

CDU-Arbeitskreise:

Kirchberg:
Mitglieder zum Aufbau einer parteiinternen konservativen Gruppe gesucht. Kontakt: Jörg Schmidt, Uhlandstr. 5, W-7141 Kirchberg

Kierspe:
CDU-Arbeitskreis für konservative Politik und Kultur. Konservativer AK Mark/Oberberg, Treffen zweimonatlich, Kontakt: Peter-Christian Schröder, Postfach 1440, 5883 Kierspe, Tel.: 02359/2119 o. Gina Baukloh, Postfach 1440, 5883 Kierspe, Tel.: 02359/2119

Offenbach-Hanau:
Sucht Interessenten zur Gründung eines konserv. Arbeits- u. Gesprächskreis, Kontakt: Rainer Bauer, Südring 21, 6452 Hainburg 1, Tel. 06182/69345

Stresemann-Club:
ein rechtsliberaler Freundeskreis, in dem sich sächsische Jungliberale u. parteilose Jugendliche zusammengeschlossen haben, ruft alle nationalgesinnten und rechtsstaatstreuen zur Mitarbeit auf. Er trifft sich monatlich in Dresden und Leipzig, Kontakt: Th. Böhme, Volkersdorferstr. 20, O-8023 Dresden

Hessen:
In Gründung, Kontakt: A. Trottnow, Gärtnerstr. 46a, 63450 Hanau, Tel. 06181/255073

Hofgeismarer Kreis:
sucht Kontakt zu national und sozialdemokratisch gesinnten Leuten, Kontakt: Harald Heinze, R.-Lehmannstr. 57, O-7030 Leipzig

Bayern:
Chiffre

Berlin:
Patriotische SPDler werden zur Gründung einer nationalen SPD/Juso-Gruppe gesucht, die bereit sind, sich für eine gesunde nationale Volksgemeinschaft einzusetzen, Kontakt: Töpfer, Postfach 34, 10419 Berlin

Die Bonner Runde – konservativer Gesprächskreis:

Anmeldung über: Criticon-Verlag, Knöbelstr. 36, 8000 München 28.

Das Dienstags-Gespräch:

Die Runde entstand nach dem Vorbild des »Düsseldorfer Herrenclubs« (von Carl Zimmerer) und hat zum Ziel, einen Kreis aus Wirtschaft und Medien zu etablieren, der sich einmal im Monat (hier allerdings auch mit Frauen) trifft. *»Es geht dem Kreis, der parteipolitisch unabhängig ist und auch unkonventionelle Meinungen hören will, um Hintergrundinformationen aus erster Hand«.*
Bisherige Referenten: Prof. Seifert, General a.D. Kiessling, Prof. Zimmerer, Vorstandsmitglieder von VW und Borsig, u.a. Angekündigte Referenten: Dr. Jörg Haider (FPÖ), Dr. Peter Stanisch (n-tv), Dr. Köhler (stv. Präsident BKA),
Anmeldung: »Das Dienstagsgespräch« c/o Hans- Ulrich Pieper, 1000 Berlin 33, Königsallee 46, Fax: (030)8266044.

Konservativer Arbeitskreis Gießen/Mittelhessen

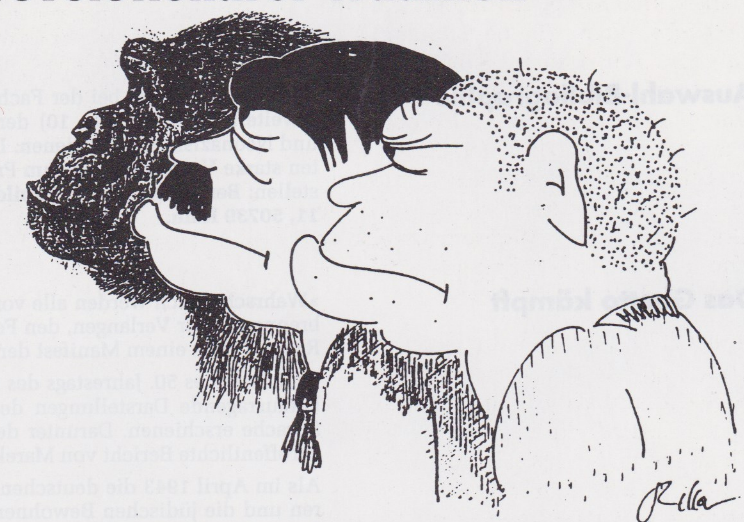
aus Lesern der Zeitschriften »Criticon« und »Junge Freiheit«, sowie Vertretern verschiedener regionaler konservativer Verbände.
Kontakt über: Raimo Benger (Junge Freiheit) Tel. 0641/31743 oder Boris Rupp (Junge Freiheit) Tel. 06441/85160.
Im März 93 nannte sich der »Konservative Gesprächskreis Gießen/Mittelhessen« in »Konservativer Gesprächskreis Wetzlarer Forum« um.

Konservativer Gesprächskreis Wetzlarer Forum:

Wie beim Vorläufer, dem »Konservativen Arbeitskreis Gießen/Mittelhessen«, ist die eigentliche Hintergrundorganisation das IKBF.
Kontakt über: JF, Postfach 601451, 14414 Potsdam, Stichwort »Wetzlarer Forum«

Der »Hofgeismarer Kreis« entwickelt sich

Jusos in nationalrevolutionärer Tradition



Am April '92 gaben die Leipziger Jusos um Sascha Jung einen Aufruf zur Gründung eines »Vereins zur Förderung des nationalen Gedankens und der Solidarität in der deutschen Jugend« aus. Am 11. April wird der Aufruf in die Tat umgesetzt und heraus kommt der »Hofgeismarer Kreis«.

Ideologisch orientieren sich die »Hofgeismarer« um Sascha Jung am historischen »Hofgeismarer Kreis«, der sich Ostern 1923 als rechte Abspaltung zu dem marxistisch orientierten »Hannoveraner Kreis« der Jungsozialisten entwickelte. Ihre Vorbilder und Vordenker sind Hermann Heller, Hendrik de Man und Ernst Niekisch. (Niekisch siehe Antifa-Info Nr. 23)

Staub aufgewirbelt haben erstmals Äußerungen von Leipziger Jusos im MDR-Magazin »fakt« vom 16.09.'92. Jung verteidigt hier das Rostocker Pogrom unter den Motto *»Wir sind allerdings auch so realitätsnah, daß es eine Illusion ist, anzunehmen, wir allein könnten die gesamten sozialen Probleme dieser Welt lösen«*. Daß die BRD durch ihre kapitalistische Weltwirtschaftspolitik die sozialen Problemen der Welt lanciert, kehrt er lapidar unter den Tisch. Es wundert einen aber nicht, wenn man sich mal anschaut, was die Hofgeismarer '93 so propagieren. Obenan steht die Entkriminalisierung der deutschen Geschichte, sprich ein handfester Revisionismus, der die Terrortaten der Nazi-Diktatur zu relativieren versucht. Zitat: *»Die Deutschen, und allen voran die Politiker, müssen sich von den sinnlosen (!) Schuldkomplexen, der tiefen Nationaldepression lösen. Es muß Schluß sein mit der Komprimierung tausendjähriger Geschichte auf zwölf Jahre«*. Die rechte Zeitung »Junge Freiheit« feiert dann auch den SPD-Nachwuchs unter dem Motto *»Wenn Genossen die Nationalhymne singen«* (JF 3.93) als *»rührige junge Leute«*, die Begriffe wie »Nation« und »Volk« wieder positiv zu besetzen versuchen (alias Kurt Schuhmacher) und die auch keine Probleme haben, das ganze Deutschlandlied abzusingen. Na bravo! Weiter sind die »Hofgeismarer Jusos« natürlich auch gegen eine – wie sie es nennen – *»Multi-chaotische europäische Ellenbogengesellschaft«*, da Deutschland laut eines Flugblattes von ihnen *»seiner Natur nach kein Einwanderungsland sein kann«*.

Hofiert wird dieser Fascho-Juso-Kreis von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Hierzu gab es schon ein Seminar, das Mitte Juli im sächsischen Rochlitz durchgeführt wurde. Träger waren die FES und der »Hofgeismarer Kreis« der Leipziger Jusos um Sascha Jung. Diskutiert und referiert wurden dort über *»nationale Gedanken in Deutschland und in der Sozialdemokratie«*. Mitzubringen waren festes Schuhwerk und das Liederbuch der Leipziger Jusos. Dort wurde demonstriert, daß sie außer dem ganzen »Deutschlandlied« auch noch andere chauvinistische, patriarchale, rassistische und kriegsverherrlichende Lieder wie »Heil dir im Siegerkranz«, »O alte Burschenherrlichkeit«, das »Vaterlandslied« oder »Zehn kleine Negerlein« singen können.

Derzeit werben die »Fascho Jusos« im SPD-Bezirk Mittelrhein Sympathisanten per Brief. Wer Interesse habe und *»Solidarität mit der deutschen Volksgemeinschaft«* empfinde, *»das Recht auf Selbstbestimmung auch den deutschen Volke«* zugesteht kann sich bei Bernhard Knappstein in Köln melden. Dort kann man dann a einen konspirativen Stammtisch eine lose Interessengemeinschaft schaffen, bis sich genügend Interessenten für eine Gründung eines »Hofgeismarer Kreis« Rheinland gemeldet haben.

Verabschiedet wird sich in dem Brief mit dem *»deutschen Handschlag«*!

Knappstein ist Mitglied in der rechten Burschenschaft »Germania« in deren Haus er in Köln auch wohnt.

Weiter findet man in der »Jungen Freiheit« unter den Anzeigen eine Annonce des Hofgeismarer Kreises. Dort suchen sie Kontakte zu national und sozialdemokratisch gesinnten Leuten in ganz Deutschland. Zu melden bei Harald Heinze, Leipzig. Weiter zu finden ist eine Chiffre-Anzeige: *»Köln/Bonn: Junge patriotische SPDler zur Gründung einer nationalen Juso-Gruppe (Hofgeismarer Kreis) gesucht. Infos über Chiffre«* Hinter der Chiffre Anzeige verbirgt sich niemand anders als Bernhard Knappstein.

Bernhard Knappstein gibt sich auch darüber hinaus immer als SPDler aus. Tatsache ist aber, daß die Kölner SPD ihn nicht in ihre Reihen aufgenommen hat. Deswegen schon sowas wie Hoffnung sprießen zu lassen ist jedoch nicht angesagt. Der SPD-Bundesvorstand verhält sich gegenüber seinen braunen Sprößlingen noch sehr verhalten. (Könnten wir ja schon wieder eine Parallele zu Weimar ziehen....) Ein Parteiausschluß wurde bisher abgelehnt. Die einzigen, die sich jetzt zu einer Initiative durchringen konnten, sind die Ortsverbände in Aachen. Sie haben ein Parteiordnungsverfahren gegen führende Mitglieder des »Hofgeismarer Kreis« beantragt.

Aus der SPD ausgeschlossen werden sollen nach Beschlüssen die »Hofgeismarer« Sascha Jung, Leipziger Juso-Vorsitzender, Heiko Oßwald, Schatzmeister, Harald Heinze, der in Leipzig als Kontaktstelle fingiert, sowie Markus Glaubbig und Daniel Senf, beide stellvertretende Vorsitzende.

Bücher, Zeitungen,

Auswahl-Bibliographie

Im August 1993 ist bei der Fachhochschule Düsseldorf/ Arbeitsstelle Neonazismus eine neue erweiterte Ausgabe (Nr. 10) der kommentierten Auswahl-Bibliographie »Rechtsextremismus und Neonazismus« erschienen. Darin wird neue Literatur zum Thema vorgestellt. Das 160 Seiten starke Verzeichnis ist zum Preis von 14,- DM plus Porto bei der folgenden Anschrift zu bestellen: **Beratung und Weiterbildung in der Friedensarbeit e.V., c/o Ria Proske, Hunsrückstr. 11, 50739 Köln.**

Das Ghetto kämpft

»Wahrscheinlich werden alle von uns im Kampf fallen, aber wir werden uns nie ergeben! Wir brennen ... vor Verlangen, den Feind für all seine Verbrechen zu bestrafen, vor Verlangen nach Rache.« (Aus einem Manifest der Jüdischen Kampforganisation)

Anläßlich des 50. Jahrestags des Aufstands im Warschauer Ghetto sind in diesem Jahr mehrere herausragende Darstellungen des bewaffneten jüdischen Widerstands erstmals in deutscher Sprache erschienen. Darunter der sofort nach der Befreiung 1945 geschriebene und in Polen veröffentlichte Bericht von Marek Edelmann » Das Ghetto kämpft«.

Als im April 1943 die deutschen Besatzungstruppen das Warschauer Ghetto gänzlich liquidieren und die jüdischen BewohnerInnen in die Vernichtungslager verschleppen wollen, schlägt ihnen bewaffneter Widerstand entgegen. Geführt von der Jüdischen Kampforganisation ZOB setzt sich die gesamte verbliebene jüdische Bevölkerung zur Wehr. Der Aufstand wird zum Fanal für den europäischen Widerstand und ermutigt die BewohnerInnen anderer Ghettos zum Kampf gegen die deutschen » Endlöser«. Unter den Kämpfern und Kämpferinnen befindet sich Marek Edelmann, der zu den wenigen Überlebenden des Aufstands zählt. Marek Edelmann – mittlerweile über 70 Jahre alt – wird denjenigen, die ihn anläßlich des diesjährigen Jahrestages des Aufstandes in einer Fernsehdokumentation sahen, sicher in Erinnerung geblieben sein. Er war Mitglied der Jugendorganisation der größten jüdischen Partei der Vorkriegszeit in Polen, des sozialistischen Bund und gehörte der Führung der Jüdischen Kampforganisation ZOB an. Er leitete die Kämpfe im Bürstenmacherviertel. Drei Wochen nach Beginn des Aufstandes gegen einen übermächtigen Feind, gelang ihm und einigen GenossInnen die Flucht aus dem Ghetto. Edelmann berichtet in kurzen knappen Sätzen von der Entwicklung, die zur Schaffung der Kampforganisation geführt haben, nennt die Namen seiner MitstreiterInnen, erzählt von den unendlichen Mühen des Widerstands und schildert in bedrückenden Worten das Leid der Bevölkerung.

Der Bericht wird durch ein Vorwort von Ingrid Strobl und einen Anhang mit einem aktuellen Nachwort von Edelmann und drei historischen Dokumenten abgerundet.

Die Arbeiten des jüdischen Historikers Reuben Ainsztein waren bis jetzt hierzulande nur indirekt bekannt: u.a. bildeten sie eine der Hauptquellen für Ingrid Strobls Darstellung des jüdischen Widerstands in Osteuropa in ihrem Buch » Sag nie, du gehst den letzten Weg« (siehe Info Nr.10). Nun ist eine Studie Ainsztein's zum ersten Mal ins Deutsche übersetzt und in einem kleinen Verlag erschienen, die sich ebenfalls mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto beschäftigt. » Revolte gegen die Vernichtung«, das erstmals 1979 in der Holocaust Library New York erschien, ist Teil des gleichfalls in diesem Jahr im Universitätsverlag Oldenburg verlegten Hauptwerkes Ainszteins über den jüdischen Widerstand in Osteuropa während der Nazi-Besatzung. Die gut lesbare Studie, die ausführlich Zeitzeugen zitiert, ist eine Grundlage für alle, die sich eingehender mit dem Thema befassen wollen.

Zuletzt sei noch auf den ebenfalls in diesem Jahr erschienenen autobiograhischen Bericht der Komandantin des jüdischen Widerstandes in Bialystok, Chaika Grossman »Die Untergrundarmee« hingewiesen. Sie hatte mit anderen Kämpfern und Kämpferinnen im August 1943, als es zur Auflösung des Ghettos in Bialystok und Abtransport der Bevölkerung in Vernichtungslager kommen sollte, versucht, einen Massenausbruch zu organisieren. Es gelang ihr, sich in die Wälder durchzuschlagen, wo sie bis Kriegsende als Partisanin kämpfte. In dem 1992 veröffentlichten Videofilm von Ingrid Strobl »Mir seynen do« über den Aufstand und die jüdischen PartisanInnen von Bialystok, ist eine der Interviewpartnerinnen die heute in Israel lebende Chaika Grossmann.

Marek Edelmann: Das Ghetto kämpft. Harald-Kater-Verlag, Berlin 1993. DM 14,80.

Reuben Ainsztein: Revolte gegen die Vernichtung. Schwarze Risse Verlag. Berlin 1993.

Chaika Grossmann: Die Untergrundarmee. Frankfurt a.M. 1993.

Antifaschistische Postille Neubrandenburg

Auch in Neubrandenburg gibt es eine Antifa-Broschüre. Bisher sind vier Ausgaben und eine Sondernummer zum Thema »Rassismus in den Medien« am Beispiel des »Nordkuriers« erschienen. Die Ausgabe 4 berichtet über die Zustände im türkisch besetzten Teil von Kurdistan, den Kriegseinsatz in Somalia, eine Dokumentation über die RAF und den Mord in Bad Kleinen, verschiedene Erklärungen zu gelaufenen Aktionen von Antifas bzw. Nazis und über die neue Karenztage-Regelung. Die »Postille« kostet einsackzement (als Gegenwert gilt auch eine Mark) + Porto und ist bei K. Bolik, **Postfach 17, 17019 Neubrandenburg** zu bekommen.

Ausstellung...

Arranca!

Aus Berlin kommt eine relativ neue Zeitschrift, die »ARRANCA!«. Sie wird herausgegeben von der Gruppe F.e.l.S. (Für eine linke Strömung), die sich nach der sogenannten »Heinz-Schenk-Diskussion« gebildet hat. Bisher sind drei Ausgaben und ein Reader erschienen. In dem Reader »Organisationsdebatte – Texte zur Kritik an den Autonomen« ist die oben erwähnte Diskussion noch einmal zusammengefaßt. Die Null-Nummer hatte den Schwerpunkt »Organisierung«, die erste Ausgabe »Lernprozesse« und die zweite die »Medien«. Neben den inhaltlichen Diskussionen, Interviews und Berichten zum Schwerpunktthema gibt es in jeder Ausgabe einen Kulturteil, Reportagen/Interviews und meist aus aktuellem Anlaß noch ein »Special«. Die 64 seitige Broschüre kostet 6,- DM, ein Abo über vier Ausgaben (1 Jahr) 24,- DM. Zu beziehen ist sie über **F.e.l.S., c/o LAZ, Crellestr. 22, 10827 Berlin.**

Antirassistische Ausstellung

Der Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung (VSJS) hat zum alltäglichen Rassismus und seinen Hintergründen die Ausstellung »Biedermänner und Brandstifter« erarbeitet. Kernthese der AusstellungsmacherInnen ist, daß Rassismus und Rechtsextremismus nicht nur das Problem von Randgruppen und Jugendlichen sind und die Ursachen sich im Zentrum der Gesellschaft befinden. Auf 25 großen Tafeln werden folgende Themen behandelt: »Politik und Medien«, »Nationalismus und Rassismus«, »Organisierte Rechte« und »Flucht und Asyl«. Begleitend zu der Ausstellung, mit der gezielt Jugendzentren und Schulen angesprochen werden sollen, ist jetzt eine gleichnamige **Broschüre** erschienen, in denen die Ausstellungstafeln, sowie ergänzende Hintergrundartikel abgedruckt sind. Das Begleitheft (Preis 8,- DM) und Auskünfte zur Ausstellung (es besteht das Angebot von Vorträgen und ReferentInnen) sind unter der folgenden Adresse zu bekommen: **Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung e.V. (VSJS), Projekt gegen Rassismus und Rechtsextremismus, Mainzer Str. 35, 66111 Saarbrücken.**

Tübinger ANtifaschistische Zeitung

In Tübingen (Baden-Württ.) ist vor kurzem die Nullnummer der Tübinger Antifaschistische Zeitung (tanz) erschienen. Die Nullnummer dokumentiert mehrere direkte antifaschistische Aktionen aus den vergangenen Monaten in der Region und enthält mehrere Artikel u.a. zum Verbot der neonazistischen HVD (siehe Artikel in diesem Info), des rechtsradikalen und geschichts-revisionistischen Tübinger »Grabert-Verlags« (mit seinem Ableger »Hohenrain-Verlag« ist er der grösste rechtsradikale Verlag in Deutschland), und einen längeren Beitrag zu einem Sozialarbeits-Projekt mit rechtsgerichteten Jugendlichen in einem Tübinger Stadtteil. Ausserdem enthält tanz, wie es sich für eine Antifa-Zeitung in einer Universitätsstadt gehört, eine Rubrik »Studentenverbindung des Monats.« Eine Ausgabe kostet 2 Mark plus Porto. Kontakt und Post über: **Haus- und Infocafe, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen.**

Antifaschistische NRW-Zeitung

Die zweite Ausgabe ist im August erschienen (die 3. dürfte wohl im November kommen). Für unsere LeserInnen in NRW einfach unentbehrlich, für die anderen eine heiße Empfehlung. Die 2. Ausgabe berichtet im Schwerpunkt über den rassistischen Terror, der seinen bisherigen Höhepunkt in den Morden von Solingen hatte, inclusive einer Darstellung der Hintermänner dieses Anschlags, einer Chronologie von Solingen und der rassistischen Anschläge in NRW. Im Hintergrundteil geht es um die Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten und organisierten Rechten und um das Konzept der »Multikulturellen Gesellschaft«. Folgen tun dann die Kurzmeldungen aus den einzelnen NRW-Städten. Die vierteljährlich erscheinende Zeitung kostet 2,50 DM + Porto, ein Jahresabo (4 Ausgaben) kostet 16,- DM bei **Antifaschistische Zeitung NRW, c/o Infoladen, Brunnenstr. 41, 42105 Wuppertal.**

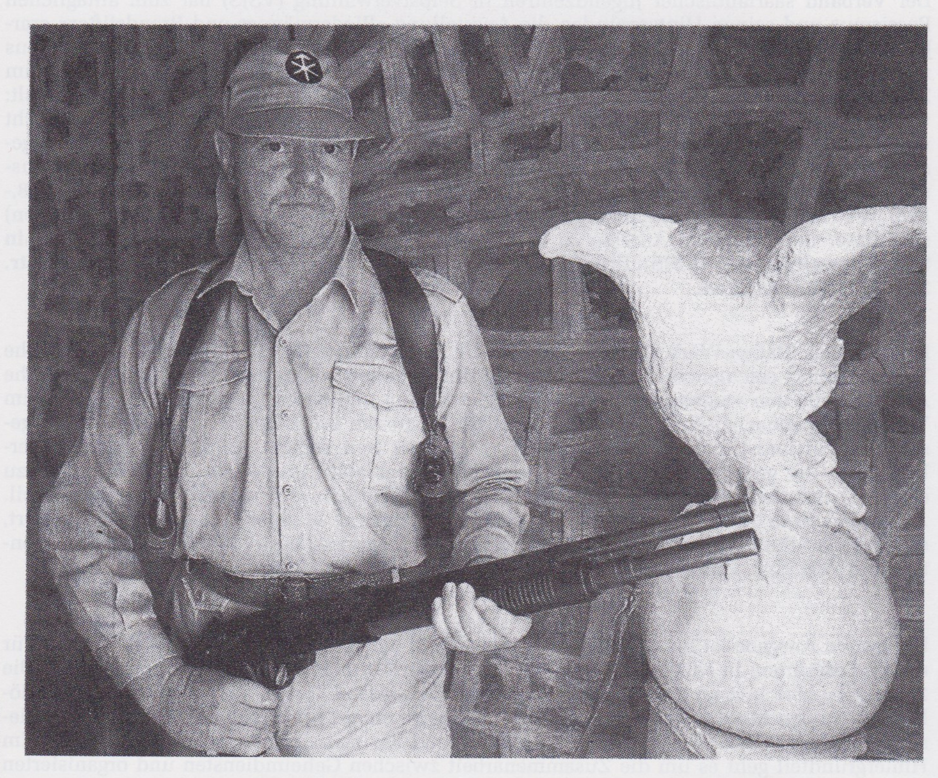
Antifa Nachrichten Thüringen

Eine sehr gute neue Antifa-Zeitung gibt es in Thüringen. Das nicht alltägliche dieser Zeitung ist, daß sie von einem sehr breiten Spektrum aktiver AntifaschistInnen herausgegeben wird. Genauso breit sind dementsprechend die angesprochenen Themen. Da geht es in der Ausgabe 1 vom August diesen Jahres (es gibt bereits eine Null-Numer) z.B. um die Deutsche Liga, das Verhältnis von Polizei und Rechtsextremismus, die Initiative GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus, den Konservativen Arbeitskreis und natürlich wird über die Arbeitskämpfe in Bischofferode und die Anfang November stattfindende antirassistische Aktionswoche und den Antirassistischen Ratschlag Thüringen berichtet. Nebenbei gibt es die notwendigen Kurzmeldungen über gelaufen Aktivitäten der Nazis und entsprechende Gegenaktivitäten. Wie teuer die Zeitung ist, konnten wir Ihr leider nicht entnehmen, bestellen könnt Ihr sie aber bei folgender Adresse: **Antifa Nachrichten Thüringen, c/o hbv Thüringen, Juri Gagarin Ring 150, 99084 Erfurt, Tel: 0361/6738396**

ZAP

Du magst Musik, z.B. Hard-Core und Hip Hop? Und Du wolltest schon lange eine Musikzeitschrift haben, die Dich zusätzlich regelmäßig und aktuell über die Sachen informiert, die in der normalen Presse gerne vergessen oder verfälscht werden? Dann probiere es doch mal mit der ZAP. Sie erscheint alle zwei Wochen zum Preis von 4,- DM und kann deswegen viel aktueller über gelaufene Aktionen der Nazis oder der Antifa berichten, was sie auch hervoragend tut. Trotz dieser Tatsache ist sie natürlich in erster Linie eine Musikzeitschrift. Probeheft für 5,- DM, 7 Ausgaben für 30,- DM, 12 Ausgaben für 50,- DM, 24 Ausgaben (1 Jahr) für nur 80,- DM

MACHTKAMPF



Südafrika, Ostersamstag. Schüsse hallen durch die Straßen des Vororts von Boksburg. Am Boden liegt der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Südafrikas, niedergestreckt von mehreren Schüssen. Zehn Kilometer vom Tatort entfernt wird ein Mitglied der AFRIKANER WIDERSTANDSBEWEGUNG festgenommen. Der Fall scheint klar: Die Ermordung von Chris Hani ist ein Ausdruck der Radikalisierung der traditionellen Apartheidsbefürworter-Innen und ein Zeichen für das Erstarken der neofaschistischen Bewegung. Doch die Situation in Südafrika ist komplexer.

Das weiße extrem-reaktionäre Spektrum läuft Sturm gegen den Versuch der südafrikanischen Regierung, ihre Herrschaftsform den Erfordernissen des südafrikanischen Kapitalismus anzupassen. Die Vorstellung einer schwarzen Regierung oder zumindest einer Regierung mit ANC-Beteiligung treibt das Lager der traditionellen Apartheidbefürworter in eine enge Liaison mit der militanten, neofaschistischen Bewegung. Bei einer Zuspitzung der Spannungen, die sie heftig vorantreiben, können die extremen Rassisten mit einer potentiellen Massenbasis von mehreren Hunderttausend rechnen – eine Tatsache, die keine auf Veränderung hinarbeitende Kraft in Südafrika aus dem Auge lassen kann. Mit dem Mord an Chris Hani wird zudem deutlich, wie massiv ein internationales reaktionär-faschistisches Netz an dieser Entwicklung mitstrickt.

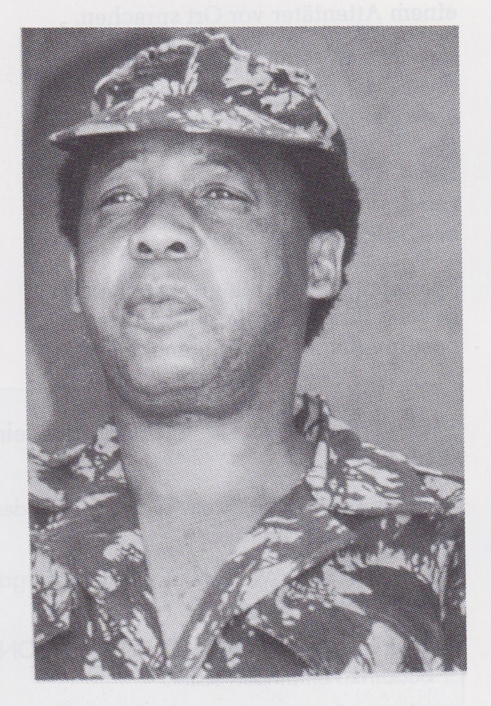
Der Fahrer des roten Ford Laser wurde 10 km vom Tatort entfernt von einem einzelnen Polizisten angehalten. Eine Nachbarin Hanis hatte zuvor der Polizei eine Beschreibung des Wagens gegeben, der nach den Schüssen den Tatort verlassen hatte. Der Attentäter, der aus Polen stammende Janusz Walus, ist seit 1986 Mitglied der neofaschistischen Afrikaner Widerstandsbewegung (AWB). Nichtsdestotrotz vertrat die Polizei in bewährter Manier die Einzeltäterthese. In ihrer ersten Erklärung sprach sie von einem »*einzelnen Gangster, der ohne politische Motivation handelte*«. Diese Darstellung wurde von südafrikanischen Tageszeitungen unterstützt, die Bekannte des mutmaßlichen Mörders zu Wort kommen ließen: Walus, ein sympathischer, aggressionsfreier und unpolitischer, wenn auch vehement antikommunistischer Einzelgänger.

Die Tatumstände deuten jedoch auf das Gegenteil hin. Chris Hani wurde normalerweise von seiner Bodyguard begleitet. Daß er das Haus ohne Schutz verlassen würde, um Zeitungen zu kaufen, war nicht vorhersehbar. Auch ein Fund in dem roten Ford weist auf eine wochen-, wenn nicht monatelange Beobachtung Hanis durch die Attentäter hin. (Schwer vorstellbar ist uns allerdings auch, wie eine so langfristige Observation durch einen kleinen Kreis bzw. Zelle aufrechterhalten werden soll.) Die Polizei stieß auf ein Stück Papier mit dem Kennzeichen eines BMWs, das einem Johannesburger Geschäftsmann gehört. Dieses Auto wurde von diesem und Hani ab und zu

Bild gegenüberliegende Seite: **Koos Vermeulen, Chef der südafrikanischen Sektion der »World Apartheid Movement«, jetzt »Weltbewahrungsbewegung« (WPM). Er gehörte bereits zur Gründungsgeneration der AWB. Auf seiner WPM-Versandliste ist auch C.Derby-Lewis zu finden. Daneben unterhält er Kontakte zu Faschisten in der BRD.**

Bild unten: **Chris Hani, bis zu seiner Ermordung Generalsekretär der Kommunistischen Partei Südafrikas und Leiter des militärischen Flügels des ANC. Letztes Jahr versuchte Hani, erneut die Massenbewegung zu mobilisieren. Bei der ersten Großdemo in der Ciskei wurde der Versuch durch ein Massaker der Homelandtruppen gestoppt. Die Anweisung hierzu stammte vom Leiter des südafrikanischen Geheimdienstes.**

per Krieg auf kleiner Flamme



gemeinsam genutzt. Hani hatte jedoch zuletzt einen Monat vor seinem Tod Gebrauch von diesem Wagen gemacht. Der Geschäftsmann sagte aus, Hani sei vielleicht 20 Mal im Jahr aus Sicherheitsgründen in dem Auto mitgefahren.

In dem roten Ford wurden zwei Pistolen gefunden, darunter eine Luger Z88, die aus einem 1990 begangenen Waffenraub bei der südafrikanischen Luftwaffe stammte. Deswegen verurteilt wurde Piet Rudolph, die ex-rechte Hand des AWB-Führer Terre'Blanche, der jedoch schon bald wieder amnestiert wurde. Mittlerweile ist aufgrund der ballistischen und gerichtsmedizinischen Untersuchungen wohl klar, daß mit dieser Waffe geschossen worden ist.

In Walus Haus wurde eine Liste mutmaßlicher Attentatsopfer entdeckt. Hani steht dort an dritter Stelle. Auf der Liste befinden sich zwei Journalisten afrikaans-sprachiger Zeitungen; für einen Einzeltäter à la Walus, der nicht afrikaans lesen kann, eine erstaunliche Auswahl. In der südafrikanischen Wochenzeitung Weekly Mail wird zudem ein Nachbar zitiert, der sah, daß Walus zwei Stunden vor der Tat von drei Männern besucht wurde.

Weitere Verhaftungen

Noch spät am selben Tag findet eine weitere Festnahme im Fall Hani statt. Clive Derby-Lewis, ein führendes Mitglied der Konservativen Partei und Ex-Mitglied des Präsidentschaftsrats wird verhaftet, einen Tag später seine Ehefrau Gaye Derby-Lewis und vier weitere Männer. Clive Derby-Lewis wird von der Polizei vorgeworfen, Walus die Waffe und den Auftrag, Hani zu erschiessen gegeben zu haben. Zuvor hatte Derby-Lewis die Pistole bei einem Waffenschmied zur Anpassung eines Schalldämpfers und der Anfertigung spezieller Patronen abgegeben. Auf Gaye Derby-Lewis soll die bei Walus gefundene Todesliste zurückgehen.

Mit der Verhaftung des Ehepaars Derby-Lewis tun sich im Fall Hani andere Dimensionen auf. Walus war offensichtlich Mitglied einer konspirativen Zelle, in der er u.a. mit Gaye and Clive Derby-Lewis (den die Polizei als Kopf vermutet) agierte. Dieses Organisationsmodell, sich zwecks Anschlägen, Sabotageakten u.ä. in geheimen Zirkeln zusammenzutun, wird von den südafrikanischen Ultra-Rechten zur Zeit massiv betrieben. Ob Arthur Kemp auch in diesem Sektor aktiv ist oder nur die rechte Gewalt predigt, wissen wir nicht. Arthur Kemp, ein Deutsch-Südafrikaner, ist ein wichtiges Bindeglied zwischen der südafrikanischen und der internationalen, speziell auch der bundesdeutschen, rechtsradikalen Szene. Er war einer der vier Männer, die gleichzeitig mit Gaye Derby-Lewis verhaftet wurden. Die Polizei wirft ihm vor, Informationen über die führenden ANC-Politiker und ihre Wohnsituation an Gaye Derby-Lewis gegeben zu haben. Einer der anderen hatte Derby-Lewis die Waffe besorgt. Die vier Männer wurden jedoch bald wieder freigelassen.

Nachdem die Polizei im Zuge der weiteren Verhaftungen die These von der Einzeltäterschaft fallengelassen hatte, stellte sich die Frage, wie das dilettantische Vorgehen Walus' bei der Ermordung Hanis zu erklären sei. Er hatte keine Vorkehrungen getroffen, Auto und Kleidung zu wechseln. Die Polizei vertritt die These, Walus sei eigentlich nur auf Erkundungstrip gewesen. Eine Augenzeugin des Mordes hatte ihn schon früher in seinem Auto gesehen. Als Hani dann plötzlich allein vor ihm stand, habe er die Gelegenheit beim Schopf gegriffen und damit dem breiter angelegten Plan der Verschwörung zuwider gehandelt.

Eventuell wird im Prozeß dazu mehr zur Sprache kommen. Mitte Mai nahm die Polizei die Aussage eines Augen-

zeugen oder -zeugin auf, die ANC-Funktionäre ausgemacht hatten. In dieser Aussage ist von einem zweiten, einem weißen Fahrzeug, die Rede, das Hani nach dem Zeitungskauf gefolgt sein soll. Dabei fällt auf, daß auch die untersuchenden Polizisten anfangs sagten, es könne mehr als ein Fahrzeug beteiligt sein, später jedoch nur noch von einem Attentäter vor Ort sprachen.

Der Prozeß war ursprünglich für Juni dieses Jahres angesetzt, wurde dann aber auf Antrag der Verteidigung (wegen fehlender Vorbereitungszeit) auf den 4. Oktober verschoben. BelastungszeugInnen haben bereits die ersten Todesdrohungen bekommen.

Spannungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu schüren, Oppositionelle zu liquidieren, dies gehörte im let-zten Jahrzehnt zum Standard-Programm des Sicherheitsapparats im Apartheidstaat. Einiges ist mittlerweile durch Beteiligte der Todesschwadrone publik geworden, die befürchten, bei einer Einigung der Regierungspartei mit dem ANC fallengelassen zu werden. Doch in Südafrika werden bei den Massakern und Ermordungen von Kadern aus dem Widerstand auch jetzt noch immer wieder Stimmen laut, die von einer Beteiligung des Sicherheitsapparats sprechen.

Krieg auf kleiner Flamme

Ein Blick zurück in die letzten 10 Jahre des Apartheidsregimes mutet wie ein Bilderbuch der Low Intensity Conflict Strategie (LIC) an. Diese Strategie wurde von den westlichen Mächten als Ersatz für die konventionelle Kriegsführung gegen noch kämpfende oder an die Macht gekommene Befreiungsbewegungen eingesetzt, um diese zu destabilisieren und zu stürzen. Der Vorteil für die westlichen Strategen: Es ist ein »unsichtbarer«, unausgesprochener Krieg. Im eigenen Land entsteht keine Anti-Kriegsbewegung wegen entladener Zinksärge (wie im Vietnam-Krieg). Gelder und Waffen werden über nicht-staatliche Organisationen wie die WACL (Welt-antikommunistische Liga) und die Heritage Foundation geschleust. Die LIC-Strategie umfaßt sowohl die Tötung von Menschen und das Schüren interner Konflikte als auch einen propagandistischen und psychologischen Feldzug, der durchaus mit der Durchführung humanitärer und wirtschaftlicher Programme gekoppelt sein kann.

Mocambique wurde in den 80ern mit dieser Strategie ruiniert; dort päppelten Südafrika und der Westen die RENAMO auf, um das Land mit einem jahrelangen Terrror zu überziehen. In Angola unterstützt die südafrikanische Armee auch heute noch, nach dem Wahlsieg der Regierungspartei, die UNITA in ihrem blutigen Stellvertreter-Krieg.

Doch auch in Südafrika gibt es keine Anzeichen, daß der Repressionsapparat irgendeine tiefgreifende Änderung erfahren hätte. Unter Präsident de Klerks Vorgänger Botha machte der Staatssicherheitsrat die Politik. Er machte dem Kabinett die Vorgaben (offiziell hieß es »Empfehlungen«). Allen Regierungsebenen bis hin zum örtlichen Township waren militärische Strukturen an die Seite gestellt worden. Auf Provinz- und kommunaler Ebene operierten die sogenannten Joint Management Councils. In ihnen saßen neben Politikern und Verwaltungsfunktionären Militärs und Polizei. Getreu der Low Intensity Strategie, organisierten diese Desinformationskampagnen, Proganda gegen Mietboykotte (z.B. in TV-Spots), Bürgerwehren und die Ermordung von Oppositionellen.

Auch der Hani-Mörder Walus war in diesem Bereich aktiv. Der Journalist Jacques Pauw, der die Geschichte des Kommandeurs einer polizeilichen Todesschwadron Dirk Cotzee in Südafrika veröffentlichte, läßt dazu in der Tageszeitung ARGUS einen Augenzeugen zu Wort kommen: Khutsong galt während der Unruhen 1988/89 als einer der gewalttätigsten Townships in Südafrika. Es war von der Polizei abgeriegelt, so daß sie kontrollieren konnte, wer das Township betrat oder verließ.

Clive DERBY-LEWIS – Schaltstelle eines internationalen rechtsextremen Netzes

Derby-Lewis gehört zum Führungskreis der Konservativen Partei, er war Mitglied im Präsidentschaftsrat.

Er gehört einer Vielzahl reaktionärer Organisationen an, die das Geschäft der Destabilisierung betreiben.

Er gründete die STALLARD FOUNDATION, die die englischsprachigen Weißen in Südafrika einbinden sollte.

Die von ihm betriebene RUMOSA (REPUBLICAN UNITY MOOVEMENT OF SOUTH AFRICA, 1991 gegründet, 15.000 Mitglieder), hatte ebenfalls die Funktion, die englischsprachigen »Patrioten« (und ausländische Rechte) zu mobilisieren. Heute unterrichtet sie vor allem in »Selbstschutz«.

Derby-Lewis ist südafrikanischer Vertreter der Antikommunistischen Weltliga (WACL), Mitglied in der HERITAGE FOUNDATION (HF; Sitz in den USA) und Vorsitzender des WESTERN GOALS INSTITUTE (WGI, Sitz in Britannien). Den Vorsitz des WGI hat er vom Chef der salvadorianischen Todesschwadronen, D'Abuisson, übernommen. Das WGI startete 1992 ein Programm zur Bewaffnung und Ausbildung von weißen Südafrikanern für den »Rassenkrieg«. Ausbilder sollten ehemalige Angehörige der rhodesischen Armee und britische und südafrikanische Soldaten sein. Leiter des Programms: Derby-Lewis. Es gibt Informationen, daß zu diesem Zweck mehrfach Angehörige der britischen Eliteeinheit SAS und russische Speznaz-Soldaten im Land waren.

Die drei Organisationen WACL, HF und WGI sind an allen Konfliktherden der Welt an der Schürung der Konterrevolution mitbeteiligt und fungieren dort in der Regel als Frontorganisationen des CIA. Die WACL (mittlerweile in WELTLIGA FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE umbenannt) wird von der Moon-Sekte zumindest teilfinanziert. Aus dieser Quelle fließen auch Gelder an Le Pen, den Derby-Lewis verschiedene Male traf. Der US-Ableger der WACL, der COUNCIL FOR WORLDS FREEDOM, hatte den Ex-General JOHN K. SINGLAUB zum Leiter, einen glühenden Befürworter der »Low Intensity Conflict-Strategie«. Unter Reagan konnte er diese Begeisterung in verschiedenen Ecken der »Dritten Welt« umsetzen: in Nicaragua mit den CONTRAS, in Angola mit der UNITA und in Mocambique mit der RENAMO.

Mitgliedsorganisation in der WACL ist auch die INTERNATIONAL FREEDOM FOUNDATION (IFF), die Diskreditierungskampagnen gegen die Befreiungsbewegungen in Südafrika führt und INKATHA fördert. Sie verfügt über ein Büro in der BRD und arbeitet eng mit INTERNATIONALEN GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE (IGFM) zusammen. Der südafrikanische Direktor der IFF wurde als Agent der südafrikanischen Sicherheitspolizei entlarvt.

Walus gehörte zu einer Gruppe Weißer, die sich immer wieder in Khutsong aufhielten – häufig, bevor es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam. Sie verfügten über Funk und teure Video-Ausrüstung. Sie wurden von einer Sicherheitstruppe bewaffneter Männer begleitet, die im Ort herumfuhren und auf Aufständische schossen. Der Augenzeuge, als Bau-Unternehmer ansonsten der einzige Weiße in Khutsong, berichtet: »*Ich sah, wie die Sicherheitstruppe auf die Leute feuerte. Später sah ich sie die Leichen auf die Lastwagen laden. Sie verließen das Township ohne die Toten. Ich bin sicher, sie wurden in Sickergruben geworfen. Ich teilte es der Polizei mit, die ignorierten aber meine Information.*«

»Dritte Kraft« oder Regierungspolitik?

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß sich diese Strukturen und die darin tätigen Leute seit Beginn des Verhandlungsprozesses in Luft aufgelöst haben. Seit Anfang 1990, seit Präsident de Klerk die politische Öffnung erklärte, ist Südafrika einer nie dagewesenen Gewaltwelle ausgesetzt. Und immer wieder gab es Hinweise auf die Beteiligung von Angehörigen der Geheimdienste, der Armee oder Polizei. Es ist unstrittig, daß es eine Kraft gibt, die Kader aus den Befreiungsbewegungen liquidiert und die gewalttätigen Auseinandersetzungen schürt (bis dahin, daß Inkatha-Leute auf Militärlastern in die anzugreifenden Townships gefahren wurden). In der Regel wird von einer »Dritten Kraft« gesprochen (womit vor allem Angehörige aus den Geheimdiensten und aus dem Militär-/Polizeiapparat gemeint sind), die unkontrolliert ihr Unwesen treiben. Doch gerade dieses »unkontrolliert« wird von anderer Seite bestritten. Wir fassen im folgenden die entsprechenden Aussagen aus den Nummern 1/92 und 2/93 der Zeitschrift GEHEIM zusammen. GEHEIM beruft sich auf Informationsquellen direkt aus südafrikanischen Geheimdienstkreisen.

Nachem Präsident de Klerk über die Führungsfiguren des NATIONAL INTELLIGENCE SERVICE (NIS-Nationaler Geheimdienst) an die Macht gekommen war, wurde im Sommer 1990 das Problem der Machtbalance zwischen den verschiedenen Geheimdienst- und »Sicherheitsorganisationen«, vor allem zwischen dem NIS und dem militärischen Geheimdienst DMI, grundsätzlich gelöst: Leitgeheimdienst ist seitdem der NIS. Von daher macht es keinen Sinn, von einer unabhängigen, »außer Kontrolle geratenen Kraft« zu sprechen, die meisten schmutzigen Aktionen werden vom Staat direkt bzw. seinen Organen organisiert.

Mit dem NIS als Leitgeheimdienst wurde 1990 die OPERATION THUNDERSTORM ins Leben gerufen. Führungsoffiziere aus beiden Geheimdiensten (Geheim nennt auch Namen) sind hierfür abgestellt. Die Offiziere des militärischen Geheimdiensts sind verantwortlich für die Koordination der beschlossenen Aktionen mit der Polizei, den Sonder- einheiten und der Armee. Die genannten Schlüsselfiguren bilden ein ultra-geheimes Team, das sich regelmäßig trifft, unabhängig vom Staatssicherheits-rat operiert und dem die meisten Geheimdienst- Operationen,

Schon bei den Wahlen in Namibia 1989 praktizierte das südafrikanische Regime alle Methoden zur Schwächung der Befreiungsbewegung: Desinformationskampagnen, Diffamierungen, Mord.



ARTHUR KEMP und die BRD-Connection

Der Deutsch-Südafrikaner war mehrmals in der BRD. Er schrieb für NATION UND EUROPA. In seinen Artikeln ging es auch um die Frage der Gewalt. Er propagierte Bombenanschläge u.ä. für Südafrika. An der Uni war er Vorsitzender der CONSERVATIVE STUDENTS ALLIANCE, danach brachte er es bei der Polzei zum Constable – für viele ein Beweis, daß er zu Studentenzeiten Polizeispitzel war.

Später war er bei dem Boulevard-Blatt Citizen beschäftigt, zwischenzeitlich arbeitete er bei der konservativen Zeitung PATRIOT unter GAYE DERBY-LEWIS. Zu der Zeit schrieb er ein Buch über die AWB aus sympathisierender Sicht. 1992, kurz nach der Abstimmung der südafrikanischen Weißen über den neuen Kurs, war er in Coburg beim HILFSKOMITEE SÜDLICHES AFRIKA und der Ortsgruppe der DEUTSCH-SÜDAFRIKANISCHEN GESELLSCHAFT. Die AWB stellte er positiv dar: es sei unwahrscheinlich, daß Straßenkämpfe u.ä. Teil einer zukünftigen rechtsradikalen Strategie sein würden. Es gäbe aber keinen Grund, warum nicht Sabotage als Kriegsmethode weitergeführt werden solle. Die einzige Hoffnung für die Weißen sei ein eigenes Land.

Kemp hat Anfang des Jahres beim Citizen aufgehört, weil er Jobangebote aus der BRD hatte.

CSU/ HANNS-SEIDEL-STIFTUNG

Die CSU hatte sich bereits vor einigen Jahren mit der Finanzierung sämtlicher Einrichtungskosten für ein UNITA-Büro in der BRD hervorgetan. Jetzt meldet GERMANY ALERT, daß sich Theo Waigel persönlich dafür eingesetzt hat, Gelder an Mangope,den Homeland-Diktator von Bophuthatswana, fließen zu lassen, die dieser an andere Organisationen, u.a. die AWB, weiterleitet.

Es sollen mittlerweile Millionen DM geflossen sein. Mangope fuhr zwischenzeitlich einen ANC-freundlichen Kurs, gilt aber mittlerweile als dessen hartnäckiger Gegner.

inklusive Terroraktionen und ge- zielte Ermordungen, zuzuschreiben sind.

De Klerk ist genau über dieses Team und dessen Operationen informiert. Die erste Phase der OPERATION THUNDERSTORM (bis Herbst 1991) zielte darauf ab, den ANC durch Terror und den Aufbau einer politischen Alternative von National Party, Inkatha und Homelandführern in die Enge zu treiben. Dazu gehörte auch der Versuch, den ANC in einen radikalen und einen gemäßigten Flügel zu spalten (eine der ersten Operationen war die »Aufdeckung« einer »kommunistischen Verschwörung«).

Mit der Erkenntnis, daß der ANC bei einer Wahl die stärkste Organisation bliebe und so nicht zu schwächen ist, wurde die Strategie geändert. Die zweite Phase geht davon aus, daß der ANC die Hauptkraft ist und versucht diesen in den Verhandlungen in eine Richtung zu drängen, in der er Kompromisse schließt, die seinen wichtigsten Prinzipien entgegenstehen. Dadurch soll er Einfluß in der Bevölkerung verlieren. Da das Regime mit dieser Strategie wenig Erfolg hat, wird verstärkt Gewalt eingesetzt. Jack Buchner, Mitglied des THUNDERSTORM-Geheimteams und zweiter Polizei-Chef des (Inkatha-)Homelands KwaZulu spielt dabei als Organisator eine Schlüsselrolle.

GEHEIM schreibt, sie hätten zwei Tage vor dem Hani-Mord eine Warnung von einem Informanten aus dem militärischen Geheimdienst bekommen, am Osterwochenende sei eine Operation gegen ein oder mehrere ANC-Führungsmitglieder geplant. Laut Geheim waren an dem Hani-Mord mindestens drei Personen und zwei Autos beteiligt. Walus gehöre nicht nur der AWB sondern auch einer der Einheiten, die der militärische Geheimdienst und Polizei-Sondereinheiten im Rahmen der OPERATION THUNDERSTORM aufgestellt hatten, an.

Die Ermordung Hanis ist Teil der Strategie des Regimes, den ANC »kompromißbereit« zu machen, so daß er von den Forderungen auf grundlegendere Veränderungen abrückt. Kurz nach dem Hani-Mord arbeitete das Regime an einem Plan OPERATION IRON FIST. Die Sicherheitsabteilung des ANC soll neutralisiert und ausgesuchte Mitglieder des ANC mit der Option auf Ermordung observiert werden. Unter dem Stichwort »Bekämpfung von Kriminalität und APLA« (militärischer Flügel des PAC) soll gegen »militante Kader« des ANC vorgegangen werden. Die ANC-Führung werde dagegen nur wenig Einspruch erheben können, da sie auf ihre Reputierlichkeit bedacht ist und fürchtet, sonst als Befürworterin von Kriminalität zu gelten. Allerdings sollen die Verfolgungsmaßnahmen erst dann in breitem Maße entfaltet werden, wenn sich ANC und National Party in bezug auf die Wahlen, die Verfassung und der »Teilung der Macht« prinzipiell geeinigt haben.

Im Rahmen der Kampagne gegen APLA wurden die meisten Führer des PAC auf einen Schlag verhaftet. Laut Geheim ist dies Teil einer Desinformationskampagne gegen den PAC, die ihn zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes bewegen soll. Dies werde zu heftigen Diskussionen an der Basis führen und den PAC ev. spalten. (Der PAC hat mitterweile das Ende seines bewaffneten Kampfes erklärt.- Info) Beabsichtigt ist weiterhin, den PAC aus den Verhandlungen zu katapultieren oder ihn dazu zu bringen, diese unter Protest zu verlassen. Damit soll der Weg zu einer Einigung zwischen ANC und National Party frei gemacht werden.

Kurz nach dem Hani-Attentat, so berichtet ein Informant, hat das Geheim-Team von OPERATION THUNDERSTORM die möglichen Auswirkungen des Mordes analysiert. Nach einer problematischen Periode werde die Mehrheit der ANC-Führung aus Angst, ohne konkrete Resultat Anhänger zu verlieren, wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren. Mit Hani sei *»ein mächtiger potentieller Gegner der Ergebnisse unser Verhandlungen mit dem ANC ausgeschaltet«*. Die Spannungen zwischen den schwarzen Organisationen sollen weiter geschürt werden, um dem ANC ein Verhandlungsergebnis aufzuzwingen, das eine Mehrparteienkontrolle des Repressionsapparats und eine Auflösung der OPERATION THUNDERSTORM-Strukturen ausschließt. Das *»Klima des Chaos«*, das der Ermordung Hanis folgen werde, werde die *»Legitimität für Operation Iron Fist«* schaffen.

Zu guter Letzt spricht GEHEIM in seiner Ausgabe vom Mai '93 noch von einem PLAN B, demzufolge der Ausnahmezustand ausgerufen werden soll, wenn der Exekutive Übergangsrat gebildet ist. Dieser Rat ist im September eingerichtet worden, und es ist klar, daß der ANC entgegen seiner ursprünglichen Forderung im Übergangsrat keine Kontrollmöglichkeit des Repressionsapparats hat. Damit sind dem Regime für weitere »schmutzige Tricks« Tür und Tor geöffnet. ■

USA

»Fourth Reich Skinheads« planten Anschläge in Kalifornien

Im Sommer wurden in Los Angeles und Umgebung acht Nazi-Skinheads verhaftet, die mehrere Mordanschläge auf schwarze und jüdische Einrichtungen und Personen geplant haben sollen. Die acht gehören zu der Gruppe »Fourth Reich Skinheads«, die enge Verbindungen zu den berüchtigten Neonazi bzw. Skinhead-Organisationen »White Aryan Resistance« (WAR; »Weißer Arischer Widerstand«, geführt von Tom Metzger) und »Church of the Creator« (COTC; »Kirche des Schöpfers«, geführt von Ben Klassen und Rick McCarty) haben.

Laut FBI prahlte der Anführer der »Fourth Reich Skinheads«, der 20jährige Chris Fisher, er habe bereits mindestens drei Rohrbomben-Anschläge ausgeführt. Fisher und seine Skinhead-FreundInnen im Alter zwischen 17 und 42 wurden festgenommen, nachdem ein FBI-Undercover-Agent enttarnt worden war. Der Agent (»Joe Allen«) versorgte in den vergangenen 18 Monaten mehrere rechtsradikale Gruppen mit mindestens 23 Schußwaffen und mit stattlichen Geldbeträgen. Kurz bevor »Allen« aufflog, lobte ihn die COTC noch in ihrem Mitteilungsblatt »Racial Loyalty« dafür, daß er das Geld für ein Trainingslager in Kalifornien und für Kautionszahlungen für in Kanada verhaftete COTC-Mitglieder besorgt hatte. Die Infiltration durch FBI-Agenten sorgt also keineswegs dafür, daß das Gewaltpotential der faschistischen Gruppen verringert wird.

Nur wenige Tage nach den Verhaftungen in Los Angeles wurden in Sacramento (Nord-Kalifornien) und in Tacoma (Bundesstaat Washington) Bomben- und Brandanschläge gegen eine Synagoge und zwei örtliche Büros der schwarzen US-Bürgerrechtsorganisation NAACP verübt, die zum Glück nur Sachschaden anrichteten. Drei Skinheads mit Verbindungen zur COTC wurden in Kalifornien und Washington nach diesen Anschlägen verhaftet. Zwei von ihnen sind außerdem Mitglieder der rechtsradikalen American Front.

Für den langjährigen Führer der COTC, den 73-jährigen Ben Klassen, war das wohl doch zuviel des Guten: er verübte am 7. August Selbstmord. Die neuheidnische COTC, die sich zumindest in den USA auf die Rekrutierung rechts-

gerichteter Skinheads spezialisiert, hat Ableger in mehreren US-Bundesstaaten, in Kanada, Britannien und Südafrika.

Quellen: Center for Democratic Renewal, P.O.Box 50469, Atlanta, GA 30302; und People Against Racist Terror (PART), P.O.Box 1990, Burbank, CA 91507.

Niederlande

Explosiver Antirassismus

In der Nacht vom 31. Juni zum 1. Juli 1993 zerstörte eine Zeitbombe der niederländischen Untergrund-Gruppe RARA (Revolutionäre Antirassistische Aktion) einen großen Teil des Sozial- und Arbeitsministeriums in Den Haag. Das Ziel des Angriffs war das Büro einer Abteilung (der DIA), die eine wichtige Funktion in der staatlichen Jagd auf illegale ImmigrantInnen hat. Die DIA führt in Zusammenarbeit mit der Polizei z.T. große Razzien an Arbeitsplätzen durch. Bei einer dieser Aktionen waren unter Einsatz von Hunden und eines Hubschraubers 120 Polizisten beteiligt. Leute, die nicht weiß genug aussahen, bzw. typische holländische Worte nicht perfekt genug aussprachen, wurden erstmal festgenommen und auf Polizeiwachen verfrachtet.

RARA besteht seit 1985. Am Anfang richteten sich ihre militanten Aktionen gegen das südafrikanische Apartheidssystem. In den letzten Jahren wandte sich RARA auch zunehmend gegen die rassistische Politik gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen im eigenen Lande. Die Gründe für diesen veränderten Schwerpunkt legen sie auch in ihrem letzten Kommunique dar. Darin heißt es u.a.: »Noch immer gilt, daß die beste Form der Solidarität (mit den Befreiungsbewegungen; Info) darin besteht, Veränderungen hier zu erkämpfen.«

ANS'ler vor Gericht.

Nachdem das ANS-Mitglied Gerrit Fokke Gerritsma bereits im Mai zu 5 Jahren Knast wegen verschiedener Verbrechen verurteilt worden war (siehe Info 23), standen nun die 10 Nazis vor Gericht, die bewaffnet und maskiert zum Prozeßauftakt gegen Gerritsma einem Aufruf des »SA-Sturm Enschede« gefolgt waren und zum Gerichtsgebäude vordringen wollten. Unter den angeklagten ANS'lern, befand sich auch der Führer des niederländischen GdNF-Ablegers, Eite Homan. Die Nazis, die aus verschiedenen Landesteilen kommen (u.a. Groningen und Breda), wurden gemeinsam schuldig befunden. Homan und Van der Kuyl (aus Eelde), die die Aktion geleitet hatten, bekamen Knaststrafen von je sechs und vier Monaten sowie Geldstrafen aufgebrummt. Die anderen wurden zu öffentlichen Arbeiten und Geldstrafen verurteilt.

Eite Homann (»Assel-Eite«) in Fulda, 14.8.



Mörder als Jugendführer

Die größte rassistische Partei des Landes, die Centrum Demokraten (CD), wollte den 24jährigen Martin van der Grind als Führer der neugegründeten Jugendorganisation einsetzen. Damit wäre er außerdem in den Vorstand der Partei aufgenommen worden. Van der Grind, der das Nazi-Skin-Magazin »Hou Kontakt« herausgibt und gute Kontakte zum »Blood and Honour« Netzwerk besitzt, das u.a. faschistische Bandauftritte organisiert, war 1986 an einem Überfall auf zwei Punks beteiligt, bei dem eines der Opfer ermordet wurde. Nachdem AntifaschistInnen die Vergangenheit und Aktivitäten van der Grinds offenlegten, trat er unter dem öffentlichen Druck vom Vorsitz der Jugendorganisation zurück. Dennoch ist zu erwarten, daß die versuchte Einsetzung des militanten Faschisten in hohe Parteiämter ein Signal zur Stärkung des radikalen Parteiflügels, somit zum Anwachsen organisierter Angriffe auf ImmigrantInnen, ist.

Österreich

Küssel

Der Prozeß gegen Gottfried KÜSSEL wurde auf den 27.September vertagt. Grund: Er behauptet, die TV-Interviews (der Grund für seinen Knastaufenthalt) seien »gefälscht«. Somit müssen die Originalbänder rangeschafft werden. Er hat also noch eine Menge Zeit, seinen schon vor langem angekündigten Hungerstreik endlich doch noch wahr zu machen.

Knast für »Kampfblatt«

Der Küssel-Statthalter Roman BAUMBERGER wurde Anfang Juli zu dreieinhalb Jahren Knast verdonnert – ohne Bewährung; er nahm das Urteil doch tatsächlich »dankend« an. Er hatte u.a. zusammen mit seinem Kumpel Robert SRAMEK – 18 Monate, davon ein Jahr ohne Bewährung – eine Neuauflage des »Österreichischen Beobachters« gestartet. Der Depp setzte dann genialerweise seinen Namen mit Adresse in das »Kampfblatt« und nötigte die Polizei geradezu zur Arbeit. Baumberger diente zeitweilig auch als »Sekretär« des alten Ekkehard WEIL-Kumpels Gerd ENDRESS. Endress hatte allerdings Glück. Sein Verfahren in dem Prozeß wurde abgetreennt. Ob es bei ihm zur Verurteilung kommt, bleibt abzuwarten. Er kam nämlichschon einmal wegen fast gleichlautender Anklage mit heiler Haut davon, während Weil in den Knast wanderte.

Thor tot

Der RHEINTHALER-Dobermann ist nicht mehr. Altersschwach wie er war – er lief schon gegen Laternenpfähle – mußte er bei einer Hausdurchsuchung unbedingt den Helden spielen. Einer der durchsuchenden Polizisten hatte für derartige Späße nichts übrig, zog die Knarre, drückte ab – und Thor trat die große Reise an. Herrchen sitzt derweil tief betrübt für die kommenden vier Jahre hinter Gittern.

Polacek rekrutiert weiter

Karl POLACEK, einst Märchenonkel für den niedersächsischen FAP-Nachwuchs und Besitzer des Mackenroder Nazi-Zentrums, ist nach seiner Ausweisung aus der BRD in seiner alten Heimat Österreich weiter aktiv. In Braunau/Mattighofen und in Salzburg und Umgebung soll er bereits 70 bis 80 Jungnazis um sich geschart haben.



Die VAM-Delegation auf dem Hess-Marsch in Fulda, 14.8.1993

Schweden

»Storm«, die Zeitschrift der terroristischen Gruppe WEISSER ARISCHER WIDERSTAND (VAM), hat sich in ihrer letzten Ausgabe mit einer schwarzen Liste mit Adressen von Linken und AntifaschistInnen verabschiedet. In einem anschließend verbreiteten Flugblatt kündigte das Storm-Netzwerk an, nach dieser Anti-Antifa-Ausgabe in den Untergrund zu gehen. Die Vorbereitungen der Terroristen für ihre Untergrundaktivitäten laufen jedoch nicht ungestört ab. Bereits im April waren zwei VAM-Aktivisten bei dem Versuch festgenommen worden, in ein militärisches Lager einzubrechen. Bei den anschließenden Hausdurchsuchungen fand die Polizei auch Waffen.

Die bedeutenste rassistische Partei des Landes, die SVERIGEDEMOKRATERNA (SD), die Kontakte zur VAM nicht scheut, hat in diesem Jahr ihre Anstrengungen verstärkt, unter Jugendlichen Einfluß zu gewinnen und zu diesem Zweck eine Jugendorganisation ins Leben gerufen. Die verstärkten Aktivitäten der rechten Organisationen wird in den letzten Monaten durch ein Anwachsen rassistischer und faschistischer Gewalt begleitet. Die Angriffe richten sich in der Hauptsache gegen ImmigrantInnen, aber auch linke Projekte sind davon betroffen. So geriet z.B. die südwest-schwedische Stadt Trollhättan in diesem Sommer gleich zweimal in die Schlagzeilen. Bei einem Überfall durch eine Gruppe Boneheads wurden im Juli zwei somalische Flüchtlinge angegriffen und brutal zusammengeschlagen. Unter den sieben Festgenommenen befanden sich lokale Führer der SD. Nur wenige Wochen später kam es in der Stadt auch noch zu einem Brandanschlag auf die erste schwedische Moschee, die dabei zerstört wurde. Im Zusammenhang mit dem Anschlag gab es im September Festnahmen, worunter sich abermals Angehörige einer rassistischen Organisation befanden. Einer der Festgenommenen war auch in den Überfall auf die beiden Somalis beteiligt gewesen.

Norwegen

Als ein Zeichen wachsender Aktivitäten der norwegischen Nazi-Skin-Szene kann das Erscheinen von drei neuen Hetzblättern angesehen werden. Die 12-seitige Zeitschrift UNG FRONT (Jugendfront) widmet sich z.B. der Anti-Antifa und brachte eine Liste mit Namen und Fotos von Linken.

In Norwegen gab es in letzter Zeit vermehrt Presseberichte über rassistische Vorfälle. Die in Oslo erscheinende antirassistische Zeitschrift Samora zählte in ihrem monatlich erscheinenden Info-Dienst (Samora Newsletter) allein für diesen Juli 16 Fälle auf. Darunter befindet sich z.B. der Überfall von 20 Skinheads auf zwei jugendliche Kosovo-Albaner in Vestfossen. Die beiden Flüchtlinge, die ernsthaft verletzt wurden und ins Krankenhaus mußten, hatten es »gewagt« in einer Diskothek mit norwegischen Mädchen zu tanzen. In der zitierten Zeitung wird auch über Pläne von Skinheads in anderen Orten berichtet, gegen »Rassenmischung« vorzugehen. Ähnlich wie in Schweden gab es verstärkte Propaganda-Aktionen vor Schulen von faschistischen Organisationen. Zu diesem Spektrum gehören Gruppen wie »ZORN 88«, »NATIONALE VOLKSPARTEI«, »NORWEGEN GEGEN EINWANDERUNG« und die »NATIONALDEMOKRATEN«. Auch die jüngsten öffentliche Auftritte von ARNE MYRDAL, dem Führer von »Norwegen gegen Einwanderung« waren von starken antifaschistischen Protesten begleitet.

Ein positives Zeichen stellen die zahlreichen Kirchenasyle für Flüchtlinge, die seit Januar landesweit entstanden sind und in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stoßen, dar. In einem dem Infoblatt zugesandten Bericht norwegischer AntifaschistInnen aus Tromsö heißt es: »In norwegischen Kirchen hat die Bevölkerung Flüchtlingen Unterkunft und Verpflegung gegeben. Die spontanen Aktionen zum Schutz der Flüchtlinge begannen, als die norwegische Regierung beschloß 2400 Kosovo-Albaner zurück nach Rest-Jugoslawien zu deportieren. Seit Januar 1993 bekommen kosovo-albanische Flüchtlinge Asyl in den Kirchen. Zur Zeit gibt es 49 Kirchenasyle im ganzen Land mit insgesamt 283 Flüchtlingen. Die Kirchenasyle finden bemerkenswerte Unterstützung in der Bevölkerung. (...) Es gibt keine zentrale Organisierung der Kirchenasyle, und mit Ausnahme der Kirchen sind keine großen Organisationen daran beteiligt.«

Dänemark

Ein breites Bündnis dänischer und deutscher AntifaschistInnen verhinderte mit zwei Demonstrationen am 16. und 20.Mai die Durchführung eines internationalen Nazi- und Geschichtsfälscher-Treffens in Süddänemark. An der Tagung unter dem Motto »Nordische Dichtertage«, zu der der deutsche Faschist Thies Christophersen eingeladen hatte, sollten u.a. die bekannten Geschichtsfälscher David Irving, Ernst Zündel und Robert Faurisson teilnehmen. Unter dem Eindruck der Demonstrationen hat sich inzwischen in Kollund eine Bürgerinitiative gebildet, die die von Kollund aus betriebene Propagandaarbeit von Christophersen unterbinden will. U.a. soll Druck gemacht werden, daß Christophersens an die BRD ausgeliefert wird, wo gegen ihn seit 1986 ein Haftbefehl besteht.

POST

Hallo Info-Leute!

Zum Artikel aus dem Info 23 **»Neues aus den Reihen der Berliner Polizei«** ist eine Korrektur notwendig. Ich war selbst Zeuge des Vorfalls vom 1. Mai 93 in der Oranienstraße, und er spielte sich so ab: Die BGSler marschierten tatsächlich – ohne Sinn und Verstand – als geschlossener Block in Reih und Glied durch die fast leere Straße, vermutlich als Manöver unter erschwerten Bedingungen (es schien am 1.Mai öfter so, als ob der BGS die »leichten« Aufgaben übernimmt bzw. einfach übt, während die Berliner Bullen die »ernsthaften« Sachen gemacht haben, z.B. mit dem Panzerwagen Müllsäcke wegfetzen und über Lautsprecher die BGSler veräppeln). Als die besagten BGSler durch die Oranienstraße marschierten, rief aus einem Fenster jemand »Ein Lied-drei-vier!« und stimmte die »Wacht am Rhein« an (»Lieb Vaterland, magst ruhig sein...«), offenbar satirisch gemeint, weil die Truppe tatsächlich so aussah, als finge sie jeden Moment an zu singen. Darauf reagierte in einem gegenüberliegenden Hauseingang ein Betrunkener, indem er das »Horst-Wessel-Lied« anfing, übrigens mit falschem Text (»Die Straße frei, die Reihen fest geschloßen...«) Dann war die Truppe vorbei und Schluß mit dem Gesinge. Die BGSler haben überhaupt nicht reagiert.

Interessant an der Sache ist eigentlich, daß Berliner Staatsschutzkreise (Bullen, Staatsanwälte, Innenverwaltung...) es offenbar durchaus für möglich hielten, daß BGSler solche Lieder singen; andernfalls hätten sie wohl kaum so pressewirksam Ermittlungen aufgenommen (und sie haben anfangs ziemlich viel Wirbel drum gemacht!). Vielleicht hat ja der eine oder andere BGSler leise mitgesummt... **S.G.**

Hallo und Oi! »Antifa Infoblatt« Team,

neulich las ich einer Eurer Ausgaben einen Bericht über das **»Gay Skinhead Movement«** und hatte mal wieder allen Grund mich aufzuregen, zumal ich Euer Vorwort, welches die ganze Sache doch ein wenig differenzierter darstellt erst nach der Lektüre des eigentlichen Artikels entdeckte.

Ich bin selbst Herausgeber eines Skin-Fanzines und nicht erst seit gestern Skinhead. Soviel zu meiner Person und nun zum Bericht:

Vorweg sei gesagt, daß es mir nicht so sehr um die Inhalte des GSM geht (da ich selbst heterosexuell bin und mir das GSM – ehrlich gesagt – ziemlich egal ist, wobei ich hiermit nicht sagen will, daß mich die Probleme von Homosexuellen nicht tangieren!), sondern um einige Behauptungen bzw. Forderungen, die der Autor des Textes über Skinheads losläßt bzw. an uns stellt.

»Sich (...) selbst als »Skinhead« zu bezeichnen, ist Programm und soll offensichtlich Geistesverwandtschaft demonstrieren, denn niemand ist gezwungen sich so zu nennen.« Dieser Satz ist für mich die lächerliche Krönung des Artikels.*(Der von Dir zitierte Satz stammt von niemand aus der Redaktion sondern war ein Zitat der Schwulen International, d. Red.)* Ich bin mit Genuß Skinhead und Stolz darauf!! Das heißt aber noch lange nicht, daß ich Ausländer verdresche oder Asylanten-Wohnheime anzünde und genauso wenig, daß ich mich irgendwelchen rechtsextremen Parteien oder Gruppierungen anschließe oder gar »Geistesverwandtschaft demonstrieren« will. Skinhead hat mit Politik erstmal *nichts* zu tun. Der Kult ist von seinen Wurzeln her unpolitisch. Sicherlich hat jeder Skin auch eine eigene politische Meinung, aber eben als Individuum und nicht als Skin. Ich will damit sagen, daß ja auch nicht Kleintierzüchter-Vereine in linke und rechte Vereine unterschieden werden, sondern jedes einzelne Mitglied eher so oder so gesehen werden kann. »Skinhead« ist ein Lebensgefühl und nicht eine politische Sache, aber das ist Leuten, die damit nichts zu tun haben, schwer klarzumachen. Meine Meinung ist, daß sich die Möchtegern-Politiker, die unbedingt jedem ihren Mist aufdrücken wollen (ob nun rechts oder links) aus der Szene verpissen sollen, da sie den Kult schon bis vor den Abgrund getrieben haben. Sicher hat jeder das Recht seine politische Meinung zu äußern, aber ich sehe da einen Unterschied, ob er das als Einzelner tut oder als Skinhead und dann noch als parteipolitischer Agitator.

Ich sehe es auch nicht ein, daß ich mich ausdrücklich als antirassistisch kennzeichnen soll, denn »Skinhead« *ist* antirassistisch. Es wäre ja wohl besser, wenn S.H.A.R.P. gar nicht nötig wäre, oder? Aber hier gilt dann wohl auch, wenn Du kein SHARP bist, mußt Du ein Fascho sein (haha). Es leben die Stereotypen. Und was die Sache mit der Angst vor uns betrifft, kann ich nur den Äußerungen von Michael zustimmen. Außerdem muß ich sagen, daß auch wir Angst haben. Vor Ausländer- und AntiFa-Gangs wie auch vor Boneheads. Es wundert mich eigentlich, daß viele von Euch, die ja sonst jeder Pressemeldung ach so kritisch gegenüberstehen, jeden Furz, der in der Presse über uns gelassen wird, begierlich und ohne Zweifel am Wahrheitsgehalt aufsaugen und weiterpropagieren. Ihr arbeitet doch mit dieser Art und Weise den Bonner Politikern, die ja in uns den Sündenbock gefunden haben, mit dem sie vortrefflich von ihrer eigenen Schuld ablenken können, in die Hände und macht Euch so zu Helfershelfern. (...)«

(Die persönlichen Ausfälle am Ende des Briefes, die sich direkt an die als »Schreiberling« bezeichnete Autorin richten, geben wir hier nicht wieder. Info-Red.)

Antifaschismus-Arbeit im Knast ist möglich!!!

ich denke, daß wir als gefangene auch antifa-arbeit leisten sollten und auch können. Mit viel mut und kraft schaffen wir es auch in den natoknästen der brd eine stimmung zu erzeugen, die zeigt daß wir keinen neofaschismus in den knästen dulden. so konnte ich im rahmen eines gedenkgottesdienstes eine kurze rede halten, die ich nachfolgend abdrucken werde – ich hoffe, daß auch andere noch weitere ideen haben, um antifaarbeit zu leisten.

»rede zum gottesdienst für die terroropfer von hünxe, mölln, solingen...:

in anbetracht der faschistisch-terroristischen verbrechen von hünxe, mölln und schließlich solingen, sind wir hier zusammengekommen, um für die opfer der rassistischen gewalttaten zu beten und deren opfer zu gedenken. auch wir als gefangene einer totalen institution dürfen und wollen unsere augen vor diesen greueltaten nicht verschließen und wollen gleichzeitig ein zeichen setzen – ein zeichen dafür, daß wir gegen faschistisch-rassistische übergriffe sind. wir leben hier in dieser totalen institution mit ausländerInnen zusammen, wir nehmen sie als brüder und schwestern an. (...) jegliche ansätze von fremdenfeindlichkeit, seien sie in wort, schrift, bild oder gar in destruktiv faschistischer musik, müssen auch hier unterbunden werden. auch wir müssen solchen tendenzen den garaus machen. wir müssen uns auf die seite der unterdrückten und der wehrlosen stellen, die diese regierung sukzessiv ausgrenzt und ausbeutet, indem ausländer und ausländerinnen in der brd keine rechte haben. sie dürfen zwar in für die brd arbeiten, dürfen die kassen der regierung füllen, aber ihre meinung in der kommunalpolitik oder gar in der bundespolitik dürfen sie nicht sagen – ihre meinung zählt hier nicht !!

wir wollen auch für diese regierung beten, eine regierung die mit ihren gesetzen und ihrem sogenannten »asylkompromiß« den hass in der bevölkerung geschürt hat. sie hat es möglich gemacht, daß neofaschismus wieder salonfähig werden konnte. (...)

freiheit für die antifaschisten, die in den brd-knästen verrecken !

freiheit für die politischen gefangenen !

lasst uns aufstehen und kämpfen – krieg den zuständen hier und auch draußen !«

ich denke, daß es ein großer erfolg war, daß eine solche rede »öffentlich« im knast gehalten werden konnte. ich hoffe, daß auch andere gruppen im knast die antifa-arbeit endlich aufnehmen, damit skins im knast nicht weiter ihre taten ausführen können. (...) **JVA Willich**

ans Info

... Wir grüßen die bewaffneten Haufen in der Wüste

